











Nr. 30

# Inländische Zustände.

—♦♦♦—

Erster Theil.

---

Königsberg, 1842.

Bei Gräfe und Mayer.



# Inländische Zustände.



Erstes Heft.

---

Der Königsberger Zeitung mit Genehmigung des Preussischen  
Besatzen eintommen.

---

Königsberg, 1847.

Bei Gräfe und Unger.



~~Zb. Sp.~~



54

34925

~~47520~~  
~~34/05 = 30~~  
2051

## V o r w o r t.

**D**ie Königsberger Zeitung hat seit der Bekanntmachung der Censur-Circularverfügung vom 24. Decbr. v. J. ununterbrochen in leitenden Artikeln die vaterländischen Zustände in freimüthiger Weise besprochen, und dadurch den faktischen Beweis geliefert, daß die erwähnte Censur-Verfügung ein wichtiges Hemmnis für die freiere Entwicklung der periodischen Presse ist, und daß „Mangel an Stoff und an Kenntniß“ nur ein leerer Vorwand ist, welcher dem Mangel an aufrichtigem und ernstem Willen, dieses Zugeständniß königlicher Gesinnigkeit zweckmäßig zu benutzen, verdecken soll. Die „Inländischen Zustände“ — mit welcher Ueberschrift diese leitenden Artikel bezeichnet sind — haben nicht allein in unserer Provinz, sondern auch in den übrigen Provinzen unseres Vaterlandes und in ganz Deutsch-

land Anerkennung und Beifall bei allen Denjenigen gefunden, welche eine freimüthige Besprechung der Zeitfragen lieben; und es ist von vielen Seiten her der Wunsch ausgesprochen, daß diese Aufsätze gesammelt und so in noch weiteren Kreisen verbreitet werden möchten. Diesem Wunsche zu entsprechen, haben wir eine geordnete Zusammenstellung dieser Aufsätze veranstaltet, und übergeben hiemit dem Publikum das erste Heft derselben.

### Die Verleger.



# I n h a l t.

---

Vornam.	Seite.
Einführung. . . . .	1
<b>I. Die Censur und die preussische Journalistik.</b> . . . . . 7—29	
1. Censur. . . . .	7
2. Preussische Journalistik und Censur. . . . .	10
3. Bücherwesen. . . . .	14
4. Die Tagespresse. . . . .	16
5. Die preussische Journalistik. . . . .	21
6. Die preussische Censur. . . . .	25
<b>II. Ständische Verfassung.</b> . . . . . 29—36	
<b>III. Kommunal-Angelegenheiten.</b> . . . . . 36—49	
1. Kommunal-Angelegenheit . . . . .	36
2. Kriegsschulen der Stadt Königsberg . . . . .	39
3. Öffentlichkeit der Stadterwerbsen-Verhandlungen. . . . .	45
<b>IV. Justizverfassung.</b> . . . . . 50—75	
1. Kriminalprozeß. . . . .	50
2. Summarischer Prozeß . . . . .	51
3. Gerichtes Gerichtsstand . . . . .	54
4. Prozeßual-Gefüge . . . . .	56
5. Kriminalstrafen. . . . .	60
6. Öffentlichkeit und Mündlichkeit des gerichtlichen Verfahrens . . . . .	62
7. Der Abolutesstand . . . . .	67
8. Öffentlichkeit und Mündlichkeit im Eheverfahren. . . . .	69

	Seit.
<b>W. Vermischtes.</b>	76—98
1. Staatsverwaltung.	76
2. Finanzen.	79
3. Ueber das Verhältniß des jüdischen Elements in Preußen zum deutschen	82
4. Deutsche Nationalitäten.	87
5. Angelegenheit der bürgerlichen Verhältnisse der Juden.	89
6. Das Bischen zu Jerusalem	92
7. Deutschland und der Bundestag.	96

Wie ist doch die Zeitung so interessant! Diese Worte sollten uns stets an einen Uebelstand mahnen, der einer allgemeinen politischen Bildung der Völker unser Vaterlandes und namentlich unserer Provinz sich bis jetzt noch in den Weg stellt. Was ist der Zustand der periodischen Presse, und in welchem Grade wird derselbe bis jetzt erreicht? Eine gründliche Betrachtung dieser Fragen würde gewiß von höchst wichtigem Nutzen sein, und zur Befriederung dieser Betrachtung und der daraus folgenden Erwägung der Mittel, um den sich verfindenden Umständen noch Kräfte entgegen zu wirken, wünscht der Verfasser durch vorliegenden Aufsatz (den gut gemeint, wenn auch geringes, Scherstein beizutragen. —

Wir sind seit lange gewohnt, unsern Hunger nach politischen Nachrichten durch Berichte über franz. und engl. Kammerdebatten zu stillen, und was die Zustände des eignen Vaterlandes betrifft, uns aus Nachrichten ausländischer Reiseofficiere eine ziemlich mangelhafte Beschreibung zu holen. Wenn man den Nachrichten der press. Blätter diesen unzulänglichen Zustand zu Last legt? Man würde damit ein großes Unrecht begehen. Theils führen sie sich bisher durch die Censur zu sehr bangt, deren lebende Prinzipien nur durch höchst allgemeine Berechnungen bestimmt sind, theils war der größte Theil ihres Republikanism in den Verhältnissen Frankreichs und Englands weit besser befaßt, als in den vaterländischen. Man klammerte sich um letztere wenig, da man zu einer freien Erörterung keinen Spielraum hatte. Das große Publikum ließ die Sachen gehen, wie sie eben gingen, suchte in den Zeitungen Nichts als einen möglichen Beistand für die schließlichen Berathungsmomente nach der Wahlzeit, und fand sich durch die gemalten recht gutachten Beden franz. und engl. Deputirten genügen beruhigt. Aber wie gesagt, dieser Zustand ist einer aufgeklärten Nation unwürdig. Und wenn in Frankreich und England selbst der gemeine Arbeiter aus den Zeitungen einige Belehrung schöpft, während freilich oft selbst den Vätern das Ausland eine terra incognita ist, so muß man diesen Zustand noch viel schlimmer finden als den unsrigen, wo zwar Jedermann von Paris

und stehen zu sprechen muß, als ob er selbst dem gemessen wäre, wo aber selbst die Behörden über die Interessen des Vaterlandes oft in völliger Unwissenheit sich befinden, und in mancher Theilnahmlosigkeit, unbefähigt um diese heiligen Interessen forciert, oder höchstens in nutzlosen, unergiebigen Wirksamkeiten seinen Gesäften freien Lauf läßt. Die politischen Tagesblätter haben den wichtigen Pfad, das große Publikum über die vaterländischen Interessen, den Stand der allgemeinen Verhältnisse und die ganze Richtung der Zeitgeist in einer möglich gründlichen, aber hauptsächlich allgemein faßlichen Weise zu unterrichten und aufzuklären. Aber sie sollen zugleich die Stimme des Volkes repräsentiren, wenigstens des gebildeten Theils der Nation; und wie können sie auch anders dem Leser von der herrschenden Meinung der Zeit ein klares Bild entwerfen? Sie sollen den Regierungen ein wichtiges Hülfsmittel sein, über die Zustände, Bedürfnisse und Wünsche aller Stände und aller Bezirke sich zu belehren; sie sollen es den Regenten ersparen, wie Oram et Ralchid vertheidigt die Straßen ihrer Städte zu durchschleichen, um die freien Unterredungen ihrer Unterthanen zu belauschen. Diese Pflicht ist eine ernste, wahrhaft heilige, und selbst durch die Einrichtung verblendeter Verfassungen nicht weniger als entbehren sich gemacht. Was der Zeitpunkt schon wirklich gekostet zu sein, in welchem die Tagesblätter wenigstens einen mäßigen Fortschritt, eine bedeutende Annäherung an dieses Ideal erreichen könnten.

Die neueste Instruktion an die Oberpräsidenten der russ. Provinzen hat der Tagespresse einen freien Spielraum versprochen, so fern sie sich in den Schranken einer wohlgemeinten und ruhigen Disposition halten werde. Diese sind die Hoffnungen, welche man nach den Worten dieser Instruktion hätte fassen können, durch mancherlei sehr gleichzeitige Ereignisse nicht wenig beschränkt worden; allein der angebotene Weg warster, gereinigter Beherrschung ist doch offenbar noch viel zu wenig versucht, als das man sagen könnte, auch er sei uns versperrt. Was immerhin die Präventivmaßregeln in Verfassungssachen den Russen unentbehrlich erscheinen, immer bleibt es trübselig, daß die Regierungen gegen Angriffe der Zeitgenossen und des besondern Willens von dieser ganzen Masse Gehörlos machen. Entsetzt man ja selbst im geistlichen Privatleben kaum eine heftige Rede, wo man eine ernste, wohlmeinende Andeutung zum verzeihen würde; kann man sich über eine ähnliche menschliche Verstocktheit bei Regierungen wundern, die über ihrem Tische mit viel offenkün-

guter Vergelt zu machen haben als Schutzpersonen? Versuchen wir also den uns offen gelassenen Weg, und mären wir nicht immer darüber, daß ein anderer uns verschlossen ist! Die öffentliche Meinung hat unläugbar für die Trennung des Königs, unserer jetzt regierenden Königin einen menschlichen Aufschwung genommen. Man strebe vorwärts; man erhebt sich endlich aus jenem Zustande schlüfriger Tracht, der das nationale Leben in unserm Vaterlande dem Auslande gegenüber so lange in einer nicht eben erfreulichen Stellung gehalten hat. Wie langsam endlich an, was nun die politischen Institutionen unseres Vaterlandes nachstrebend mit einigen Eifer zu bekämpfen; aber als junge Kämpfer zu nehmen wir uns dabei auch ziemlich schüchtern. Wir besprechen allerdings die Zustände unseres Vaterlandes häufiger und mit größerem Interesse als sonst, die Nation kommt allmählig zu einem klaren Bewusstsein ihrer Wünsche und Hoffnungen; und dies Bewusstsein hängt beständig an sich, in Ansehung zu veredeln, indem es höher sehr frei wird: allein noch sind wir weit von der Einsicht und Klarheit entfernt, mit der eine die zahl. Nation die Vorgänge und Mängel ihrer Institutionen zu revidiren weiß; wenigstens ist diese klare Einsicht bei uns noch immer auf einem sehr kleinen Kreise beschränkt. Das nationale Interesse unserer Zeit ist allerdings ein sehr verschiedenes, was wir nicht zu leugnen; allein an die Stelle der früheren egoistischen Theilnahmelosigkeit, des Vorwurfsdunkels in sehr materiellen Interessen ist auch jetzt nicht etwas getreten als ein unerschütterliches Vertrauen in einzelnen Kreisen. Es sind in unserer Zeit Wünsche laut geworden, dem Volk in unsern politischen Institutionen eine größere Theilnahme einzuräumen zu sehen; man hat dagegen behauptet, das Volk sei dazu nicht reif. Und wirklich, man scheint mit dieser Behauptung vollkommen Recht gehabt zu haben; wenigstens ist das Bewusstsein der Massen unter unsern Liberalen bis jetzt ein schlagender Beweis für diese Behauptung gewesen. Früher thaten wir Nichts und schweigen dazu; jetzt schweigen wir freilich nicht, handeln aber fast eben so wenig als früher. Unter zum Beispiel bei einer Tasse Kaffee oder einem Glas Wein wissen wir oft recht gehobener Absichten zu Tage zu treten; allein in welchem Kreise werden wir dann vereiniger Stimmen gehört. Was man auch durch ein solches Verhalten des Vorgesetzten Kreises führen? Es ist wahrhaft thöricht, daß wir, um zusammenhängende und ausführliche Nachrichten über preussische Zustände zu erhalten, die Zeit

jige oder Angestutzte Forderung oder jedes andere aufreizende Bedenken dem Volk in die Hände nehmen können, nur nicht unsere einheimischen. Unsere Provinz ist stolz darauf, an Geistigkeit und politischer Aufklärung keine Feinde andern parischreiben, und wir hoffen Männer genug in unserm Mitte, die durch wissenschaftliche Bildung und politische Einsicht befähigt sind, über die wichtigsten Fragen der Zeit öffentlich ein gemäßigtes oder gelindliches Urtheil abzugeben, Männer genug, deren unabhängige Stellung ihnen Muth zu einer besonnenen Vorkühnung gewährt: weshalb versuchen sie es, in unserm provinciellem Vaterland ihre Stimme laut werden zu lassen, und uns dadurch von jenen hohen Vermuthungen über Ministerial-Veränderungen u. dgl. zu befreien, die unsern politischen Vätern, um ihre Spalten zu füllen, bis jetzt bei Trugangeben unter den deutschen Zeitungen gemeinlich nachbeten müssen? Können unsere Beobachter ohne intelligente Mittheilung ihrem Willen einen gelingern und besondern Inhalt geben? Oder haben jene Männer es nicht der Mühe werth, in Blättern, die über die Gengen unsrer Provinz wenig verbreitet sind, ihre Ansichten mitzutheilen? Was geht kauschen nur einem andern Inhalt, und sie werden auch bald ein größeres Lesepublikum finden! Können wir uns nicht länger als Copisten, das Alles sich auch ohne unser Duthen zum Kopist werden werth. Solche Rehm sind Nichts als veredelte Vorkühnung des bekannten deutschen Volkstums, eine Entschuldigang unsrer übertriebenem Neigung zu behaglicher Ruhe. Eine europäische Nation kann nicht noch Zeit bei Schinken auf einer einmal erreichten Stufe stehen bleiben: sie muß fortstreben, oder sie macht unbekannt einen Rückschritt. Namentlich kann unser Vaterland nur durch fortwährende Vorangehen an der Spitze deutscher Intelligenz und Bildung den Platz unter den europäischen Völkern behaupten, auf den Reichthum des einzigen Kaiserthums und Regententhums es gestellt hat, und den sein Quadratkilometer und Einwohnerzahl ihm zu sichern nicht vermögen. Aber auch die unsichtbarste Regierung kann eine Nation ohne thätige Mitwirkung derselben kaum weiter fortbilden. Ohne den freiwilligen Aufschubung aus der Mitte des Volkes welche unser Vaterland die glänzende Uebergehens nach dem unglücklichen Kriege nicht erlebt haben. Welche alle Jahre zur Fortbildung der Nation nach Klassen getrennt sind, und ein Hauptmittel für alle Befindungen in dieser Richtung sind die öffentlichen Blätter.

Was sollen alle solchen Tadelnreden von Konstitutionen? Was die ganze, wie edelmüthige Liberalität, die jetzt gewissermaßen zum guten Theile gehet? Die gepriesene englische Verfassung ist das Ergebniß einer allmähigen Fortbildung und Entwicklung durch mehr Jahrhunderte; und wie wenig ein Volk sich in einem plötzlichen Uebergang von der absoluten Monarchie zur Repräsentativverfassung zu setzen vermag, sehen wir deutlich an unserm Reichthum jenseits des Rheins, die nach allen ihren Konstitutionsversuchen sich doch noch keinen behaglichen, der ganzen Nation entsprechenden Zustand zu konfirmiren wissen. Also auf die nächsten erreichbaren Grenze laßt uns jetzt das Auge ruhen, für das Fernere mögen einst unsere Söhne sorgen! Suchen wir allmähig unsere verfassungsmäßigen Institutionen fortzubilden, das Interesse an ihnen stufen zu vergrößern, und in der ganzen Nation ein immer kläreres Bewußtsein ihrer Vorzüge und Mängel hervorzurufen. Das sich zu diesem wichtigen Werke geeignete Männer bei uns vorhanden werden, ist keine Frage; allein eben so ungewißhaft ist es, daß wir Deutschen einer steten Fortgang bedürfen, wenn wir nicht in kurziger Verzagtheit verfallen wollen. Es ist uns jetzt ausdrücklich fraglich, verfassungsmäßige Zustände freiwillig, oder angedrungen zu bekommen; mögen unsere Forderungen diese Grenzen von Osten berühren! Die Stimmung unserer Provinz ist von der Art, daß sie bei solchen Forderungen nur zerkümmert stehen, und daß man die jeholischen Wächtern aus fremden Betheimen kaum ganz antworten wird. Jedoch kann die solche Entschien nur bei thätiger Unterstützung aller Behörden einen günstigen Ausgang nehmen; allein man dürfte schon den Versuch wagen, ob diese Unterstützung sich nicht von selbst finden werde, wenn nur der erste gute Wille erst gehörig manifestiert wird. Wäge namentlich die Königsberger Provinz, die Vertreterin des Unitarismus unserer Provinz, harte mit gutem Beispiele vorzugehen. Wie leicht ist dieselbe den wenigen groß. Willens beigegeben, welche die jetzt das meiste an der Einseitigkeit entgegenzusetzen zu versuchen versucht haben; allein noch sehr viel, daß dieselbe eine feste und wohlthätige Vertreterin der allgemeinen Stimmung unserer Provinz genannt werden könnte. Frankreich und England haben manche und politische Experimente in der Lehre von der Staatsverfassung angestellt, es bleibt die Bestimmung Deutschlands zu sein, wodurch belehrt, auf friedliche, organische Weise allmähig Dasein zu erreichen, was anderswo mit jahrelangen Unruhen und Einbrüchen von

Dies vergebend erstrebt ist. Möge auch hierin Preußen, wie in allen Umwandlungen deutschen Denkens und Handelns, die Initiative ergreifen. Möge unsere Provinz, wie sie im Jahre 1813 mit edelmüthigem Eifer den übrigen Provinzen zuerst das Beispiel patriotischen Aufstrebens gab, auch in der jetzigen Uebergangsperiode zuerst beginnen, eine verstärkte allgemeine Theilnahme an öffentlichen Interessen an den Tag zu legen! Möge sich endlich auch unter uns Deutschen ein öffentliches Leben bilden!

Und nochmals sei es gesagt, der lauzenste und schwache Weg zu diesem Ziele ist ein freier, ausführlicher und, so weit es die umgehenden Schranken erlauben, freiermüthig Besprochen unserer Bedürfnisse, Wünsche und Befürchtungen in den vaterländischen Blättern. Bald würden dieselben doppelt reichlicher sein und als auch einen verdoppelten Einfluß auf das Publikum ausüben, wenn die Redaktionen in solchen Besprechungen nur von Dingen der vielen Männer unberührt würden, die dazu befähigt sind. Möge die gelehrte Redaction unserer Zeitung solche Männer auffuchen; möge man sie hierin freundlich entgegenkommen! Jedenfalls würde ein solches Schreiben mehr zur Förderung der guten Sache beitragen als die geschwätzigen, fast die ganz Elbe betreibenden liberalen Reasonnements; jedenfalls würde es einem unabweislichen Beweise abgeben, daß es uns mit unserm Schreiben nach dieser Richtung hin überlegen herrschter Herr ist, und daß wir nicht in schaukelndem Wank eine Richtung eingeschlagen haben, die uns später bei klarer Ueberlegung schmerzhaft selbst zurück macht. Eine unabweisliche Demonstration eines allgemeinen festen Willens vermag viel. Mögen diese Zeilen, nichtgeschicklich ohne alle Rücksicht auf Eleganz, ja selbst ohne Rücksicht auf systematische Ordnung, wenigstens dazu beitragen, Mögen Personen der Sache an's Herz zu legen, für die der Verfasser Nichts zu thun vermag, als seine guten Wünsche zu äußern. Wenn sie diesen Zweck erreichen, so haben wir gewiß bald in unserer Zeitung ein Organ, das der allgemeinen Richtung unserer Provinz völlig angemessen ist; und nur wenn solche Organe recht zahlreich vorhanden sind, kann die in den verschiedenen Provinzen herrschenden Ansichten ausföhrlich besprochen und gegen einander ausgemessen werden: nur dann läßt sich ein allgemeines Interesse und eine gemeinsame Fortbildung für unsere vaterländischen Zustände und Institutionen hoffen.

(Königsberger Zeitung 1842. No. 41.)



## Die Censur und die preuss. Journalistik.

V. G e n s l e r.

Die Verhältnisse, welche die Presse zur Zeit im preuss. Staat umgeben, nicht höchst nachtheilig auf Geist und Herz des Volkes. Dem Wortsatze der Verordnung vom 18. Oct. 1810 entgegen, hat die Censur eine Richtung genommen, die besonders dahin geht, sehr feinsinnig, wenn auch unsäglich geizig und grübelnd, die meiste Censur der innern Verhältnisse des Staats ängstlich zu überwachen oder vielmehr zu verhindern.“

Ob diese Klage unserer Zeitgenossen nurmehr durch die Censurinstruktion vom 24. Dec. d. J. richtig, oder nicht von Unwissenheit her noch Wankes zu wünschen übrig? Dem wesentlichen Inhalte nach waren die Ministerialverfügung nicht mehr, als die Wiederholung des jenen Anlasses der Verordnung vom 18. Oct. 1810 und des höchsten Anlasses der Censurinstruktion der Wiener Ministerialbestimmung vom 1814. — Wenn trotz dieser im J. 1819 und 1834 ertheilten Verordnungen die Censur nur von unsinnigen Schanden geachtete Richtung nahm, wenn sie trotz der fortwährenden Bestimmungen (wie die Instruktion sich ausdrückt), „angenehm“ und „mit aller Möglichkeit gehaltbar“ wurde, so war ja erst schon in Wirklichkeit über die Absichten der Bundesräthe Veranlassung gegeben; so kann man sich wohl kaum der Befürchtung erwehren, daß die Weiterbehaltung jener Gesetze zu keinem erfreulichen Resultate führen werde, als die Gesetze selbst. Gleichgültig mit dem Bekanntwerden der Instruktion vom 24. Dec. erfolgte das Verbot des Hoffmann und Camphausen Verlags, und bald darauf die Beschlagnahme der unter (christlicher Censur) erschienenen „Posten“ und des „Beynrocks“ wider die Schrift der 37 Berliner Gelehrten über die christliche Staatsreligion.“ Bei so bekannten Umständen können wir die langwierigen Hoffnungen der preuss. Tagesblätter keineswegs theilen; wir hegen jedoch andere, um dem willigen die nachstehenden wohlgemeinten Andeutungen hier einen Platz finden mögen.

Die Censur sagt, wir jete Verantwortung, Mithrasen ganz die Mithrasen oder den guten Willen der Verantwortlichen verleiht. Die Zeitung, hat sie notwendig mit sich führt, wird von den Pflichten des Mannes (Christen und Nichtchristen) mit um so größtem Mithrasen empfangen, je mehr selbst in Gutsdienste ihren Verstand geistlich.

und je geringer der Schutz ist, den ihnen das Gesetz gegen willkürliche Behandlung gewährt. — Was demnach bezüglich der Willkür dieses Verhältnisses beabsichtigt, soll durch eine freiwillige Publication „die Thatsache an vaterländischen Interessen anknüpft, das Nationalgefühl erhöht werden,“ so kann jedoch nur durch eine geeignete Wahl der Censoren und durch ein — der schaffenskräftigen Freiheit größtes Quantum bewahrendes Gesetz gegen Censurwillkür erreicht werden. In anderer Beziehung wäre schon viel gewonnen, wenn die Geschäftsvertheilung aus den Händen der Administrationsbeamten in die anderer, z. B. richterlicher Beamten, überginge. Während jene oft besonders, nicht publicirten Instruktionen Folge zu leisten haben, würden diese die bestehenden Gesetze als ständige Norm ihres Handelns anerkennen. Die Vortheile eines solchen Wechsels liegen unsern Lesern nahe. Es sei aber gestattet noch weiter zu gehen. „Der Mensch, Baumstumpf“ (es hat dies die Worte unseres vorjährigen Landtages) „— an Bildung und Charakter verhält sich der ausgesetzteste — ist wie durch ein Schicksal vom Volke getrennt, welcher großentheils der gegenseitig bestehenden Wechselwirkung mit dem Volke und bildet daher mit seinem Ansichten und Thun gewissermaßen einen Staat im Staate.“ — Diese Verschiedenheit der Ansichten und Thun ist es aber gerade, was den Menschen zum Vermittler zwischen Schicksal und Volk am wenigsten geeignet machen dürfte. Wäre es daher nicht vielmehr besser, selbstständige, nicht theurbaute Männer — so es durch die einzelnen Gemeinden oder durch die Provinzialstände — zu Censoren ernennen zu lassen? Sollte der Staat, der den Gemeinden schon so viel Autonomie ohne Nachtheil gewährt hat, ihnen nicht auch die Ueberwachung der Geschäftsvertheilung anvertrauen können? — Welche der Regierung noch die Befähigung der Wahl und nöthigenfalls der Antrag auf Amtsentsetzung durch Gesetz und Recht. Durch das Vertrauen der Wähler würde das Censuramt zu einer Ehrenstelle stehen und wie jetzt gemeinen — mit Eifer erfüllt werden.

Was den zweiten Nachtheil, — den geringen Schutz der Schriftsteller — betrifft, so bedarf es, daß der Censor nicht bloß für das Verfaßten, sondern auch für das Verbotenen verantwortlich sein muß. In dem Ende wäre — wie das materialle, so auch das geistige Eigenthum unter den Schutz des Richters zu fallen. Während jetzt dem — durch die Laune der Ungerechtigkeit des literarischen

Vorurtheil Vorurtheiligteten nur eine Beschränkung zusetzt, deren Intention auf abmilderndem Wege erfolgt, während die Zulassung richterlicher Entscheidung ebenfalls der schriftstellerischen Freiheit eine bei weitem größere Garantie gewährt. Auf solche Weise würde ein Censur, der seine Gewalt mißbraucht, der verdienstlichen Mühe und der nützlichen Verbesserung von den Ehrenämtern nicht möglich.

Alle diese Einrichtungen — und außerdem die in Süddeutschland schon längst gestattete Censurfreiheit aller Schriften über 20 Bogen — hätten sogleich ohne die geringste Berücksichtigung der Bundesbeschlüsse vom Jahr 1819 im Leben treten.

Im Vorhergehenden möchte der Muth, und so nehmen wir uns endlich noch die Freiheit zu fragen, ob jene Bundesbeschlüsse unter den gegenwärtigen Verhältnissen noch durchaus nützlich seien. In dem ersten §. derselben wird Pressfreiheit als die bundesgemäße Grundlage der deutschen Pressgesetzgebung festgehalten und die Censur nur als ein durch Zeitumstände gerechtfertigter Ausnahmefall dargestellt. Sollten die damaligen Nothen noch fortdauern? Wäre es nicht an der Zeit, statt der preussischen Verordnung durch Censur ein Strafgesetz für begangene Verstöße zu erlassen, insofern nämlich das Allgemeine Landrecht „zu Eintheilung wie die Beschränkung in allen ihrem höhern Interesse vor hindern und hindernigen Anzügen zu sichern“ nicht hinreichend sei? Sind nicht dabei freilich noch zu bedenken: wie die Vorschriften über Censur, sind auch alle Strafgesetze für Verstöße einer so vielfachen Deutung unterworfen, daß es der Publizität schwerlich voraussetzen kann, was er straflos schreiben darf, was nicht. Soll daher der Schriftsteller nicht aus der censurlichen Willkür in die richterliche gerathen, so müssen wir in seinem Interesse noch eine Bedingung hinzufügen, ohne welche jene Pressfreiheit unvollständig wäre, — wir meinen das Geschworenengericht.

Ist die öffentliche Besprechung individueller Zustände in solcher Weise schon gestillt, kann es sich noch et sich handeln, daß — das erste Wort der besten und treuesten Rathgeber der Kaiser ist. —

(Stenographische Zeitung 1842. Nr. 48.)

## 2. Preussische Journalistik und Censur.

Es ist nicht zu leugnen, daß seit dem siebenjährigen Kriege Preußen drei bis vier preuß. Zeitzungen einen bemerkenswerthen Aufschwung genommen haben. Sind aber drei bis vier ungenügend bestehende Blätter für das Bedürfniß der ganzen Monarchie ausreichend? Diese Frage wird wohl Niemand bejahen mögen. Wie kommt es vornehmlich, daß gerade die wichtigste Stadt unseres Vaterlandes, die Haupt- und Residenzstadt Berlin noch hinter durch Her Völkner hind so behäbige Theilnahme an den mehr und mehr zu allgemeinem Vortragsgegenstande werdenden literarischen Interessen befindet, als man es von ihrer Bildung erwarten könnte? Das Vorkommende dieser Frage wollen wir einem die preuß. Tagespresse betreffenden Aufsatz der Staatszeitung näher betrachten; wir wollen untersuchen, welchen Vortheilen sie zugetheilt ist, daß auch jetzt noch nicht alle getrieben genug. Wären denn allen Schreibern einfluß gegeben; mit wem uns beistehen anzuweisen, was auch ohne ein wenig ungeschicktes neues Preßgesetz geschehen könnte, den anderen Mangel abzustellen.

Man kann nicht erwarten, daß alle Berliner literarische Zustände gerade in diesem Sinne besprochen, wie etwa unsere Zeitung; aber man kann uns Recht verweigern, daß sie ungeschickte, ihre Aufgaben darüber vortragen und nicht, wie es noch so häufig geschieht, die wichtigsten Interessen mit völligen Entschuldigungen übergehen. Die Redaction dieser Zeitschrift beginnt die Staatszeitung bereits anzuzeigen anzuweisen. Schon vor einiger Zeit besprach sie die Wirklichkeit der literarischen Presse in einem Aufsatz, dem eine Fortsetzung folgen sollte. Ihrer erste Nummer, nämlich weil nur eine Einleitung; war in einer Art abgefaßt, die auch in dem nachfolgenden die offene Auszeichnung der noch herrschenden Verhältnisse anzuweisen ließ. In Nr. 18. die Staatszeitung ist nun ein Aufsatz über die Beförderung literarischer Angelegenheiten gegeben, welcher allerdings die von uns erwähnte Mangelhaftigkeit unserer Journalistik, sowohl in anderer Art, anerkennt. Betrachten wir diesen Aufsatz näher! „Wir haben niemals die Befürworte über Beförderung der Censur geäußert,“ heißt es dort. Nun Wunder! Denn was würde wohl für die Nation, welche die Staatszeitung ihren Lesern mittheilen pflegt, irgend welche Beförderung von der Censur gesichert haben! „Aber doch so wenig,“ heißt es weiter, „haben wir die singulären Hoffnungen eheilen können, welche man sich von der größten Mangelhaftigkeit der Presse

in Bezug auf unsere Angelegenheiten hin und wieder gemacht hat. Unsere individuellen Leistungen werden wohl, wenn sie aufrichtig wären, fast ohne Ausnahme gelobt müssen, daß sie sich über ihre eigenen Leistungen unter den mit dem Entfasser größter Vorstellungen gemacht haben, als sie dazu her zu erfüllen im Stande gewesen sind. Von allem, was sich über die literarische Gegenstände in jenen Blättern gelesen, hat uns die Zeit nur Weniges beschieden; und das Publikum urtheilt, so viel uns bekannt, in ähnlicher Weise. — Wir wollen wirklich ganz aufrichtig zu Werke gehen. Daß mit Uebersetzung unserer Deutsche bei Ausübung der Censur unsere Journalistik plötzlich den höchsten Grad der Vollkommenheit erreichen würde, haben wir nie erwartet. Daß sie ähnlich, wie diese früheren Deutsche wirklich zur Ausübung gekommen sind, durch viele solchen Fortschritte gemacht hat, können wir für wahrscheinlich halten. Es ist u. B. ein entscheidender Fortschritt, daß jetzt die Redaction unserer Zeitung täglich ihr Blatt mit einem literarischen Artikel über individuelle Zustände eröffnet hat, wenige Fälle ausgenommen, die auch theilweise durch Censur-Verhältnisse hervorgerufen waren. Daß unsere Aufsätze den Verfassern jener Artikel der Staatszählung nicht beibringen haben glauben wir gern; ob das Publikum darüber ähnlich urtheilt, läßt sich schon eher bestreiten. Gleichwohl besteht der Redaction Dank, wenn sie, statt lange Aufsätze über den Zustand von Europa und Einrichtungen und der Jugendzeit Napoleons mit der Staatszählung abzuenden, Zeit hat, Artikel über individuelle Zustände liefert, so gut sie dieselben beschreiben kann. Niemand wird behaupten wollen, daß diese Artikel sich nicht vollendet lesen lassen; wir selbst hoffen, daß dieselben von Jahr zu Jahr eine größere Vollendung erreichen werden. Was ist nur daran gegen uns? „Die Geschichte des Journalismus ist noch jung,“ sagt die Staatszählung. — Genug sehr jung bei uns, denn er ist noch durch das ewige Censur-Gewitter aus dem lebensfähigen Schlafe wieder geweckt, in welchem eine strengere Censur ihn selber hielt. In unsern lieben Vaterlande wird Alles lebendig und ohne Ueberdross entwickelt. Geschlossenheit, Unwissenheit, narrow Prejudice, Minderlichkeit und Egoismus, Alles geht seit Jahren einem raschen Absterben zu; man wird wohl gestehen müssen, daß unsere periodische Presse im Vergleich zu diesem geschnittenen Entwicklungsgange mit ihrem eignen Fortschreiten, die erst seit wenigen Monaten möglich sind, nicht gerade allzuvielge vorzüglich ist. Wie schon gesagt, die Entwicklung unserer Journal-

schon ist noch mangelhaft; aber dieses ist bloß eine notwendige Folge der kurzen Zeit seines Lebens, andererseits liegen die Gründe dieser Mangelhaftigkeit in ganz andern Umständen, als die Staatszeitung uns glauben machen will. — „Talent und allgemeine Bildung genügen für die Darstellung von Staatsfachen noch keineswegs, wenn nicht wenigstens eine politische Ansicht von den Geschäften damit verbunden ist. Die so Befähigten finden fast einzig in der Klasse der öffentlichen Beamten zu suchen sein. Aber von diesen werden die ausgezeichneten zu solcher Thätigkeit schwerlich Beruf und Muth finden.“ Dies ist noch der Staatszeitung ein großer Hauptgrund der jetzigen Mangelhaftigkeit unseres Journalismus. Und gewiß ist es sehr zu bedauern, daß unsere Beamten, von denen zugleich wissenschaftliche und praktische Bildung sich die geliebtesten Leistungen erwarten lassen, zur Fortbildung unseres Journalismus so wenig mitwirken. Allein finden sie wirklich keinen Beruf, keine Ruhe zu solcher Thätigkeit? Allerdings sind sie mit Geschäften genügend versehen; allein wenn Zeit zu Zeit einem interessanten Aufsatze zu lesen, würde wol fast jedem noch immer möglich bleiben. Und der Beruf? — Sollten unsere Beamten die politische Bildung des Volkes über den Einfluß des Journalismus auf dieselbe so ansehnlich halten, daß sie keinen Beruf fühlen, gewisser zu diesem Zwecke die Zeit zu ergreifen? Niemand wird das glauben. Allein die Beamten fürchten, daß eine freistündige Begegnung laienlicher Angelegenheiten — und eine andere können die meisten nicht leisten, ohne ihrem Gewissen etwas anzuhaben — ihnen in ihren beruflichen Verbindnissen Unannehmlichkeiten zuziehen würde — Unannehmlichkeiten der ansehnlichen Art. Ist diese Furcht wol völlig unbegründet? Wir überlassen die Verantwortung dieser Frage der Staatszeitung; Jeder, der einigermaßen mit Beamten bekannt ist, weiß, daß diese Ansicht, gleichviel ob begründet oder unbegründet, allgemein unter ihnen herrscht. —

Die Staatszeitung behauptet ferner: „Es ist überhaupt ein großer Irrthum, wenn man die Fragen der inneren Verwaltung, die Administration, durch welche die Staats-Maschine sich bewegt oder sich erneuert, an sich für das Publikum interessant hält. In England und Frankreich knüpfte sich an solche Gegenstände meistens ein Thema im Grunde sonderbarn Interesses: die Politik. Nicht durch das eigene, sondern durch das politische Interesse wird eine Frage im Grunde sein, die Aufmerksamkeit des Publikums zu fesseln, eine Zeit lang Mode zu sein.“

den und alle Jungen und Jüden in Bewegung zu setzen: mit einem Worte sich zur Tagesfrage zu erheben. Von allem diesem findet sich nun bei uns keine Anwendung. Selbst gelangt es bei uns kaum noch, sich zur Tagesfrage zu machen. Jetzt aber keine Frage so entschieden in den Vordergrund, so ist nicht abzusehen, wie die große Masse der Zeitungleser Geschmack an unserm inländischen Angelegenheiten gewinnen soll.“ Diese Ansicht zeigt offenbar von einer entschiedenen Verkennung des deutschen Nationalcharakters. Allerdings wird bei uns keine Frage in der Art wie in Frankreich Mode- und Tagesfrage werden, um über einen Monat vergessen zu sein. Mit ruhiger, bestimmter Fassung behandelt die deutsche Nation ihre politischen Angelegenheiten; das Interesse an denselben, zwar nicht mächtig aufwackernd wie bei den Franzosen, welche das für feststehend an Gehirngewalt und Intelligenz, und es auch vielleicht durch bessere Verhältnisse auf Augenblicke schenken zurückgebracht, glüht die kräftige Theilnahme für solche Fragen fort, bis dieselben endlich ihrer Lösung gehoben haben. Wie wollen wir Modefragen und keinem einmaligen, auf keine Observation beachteten Enthusiasmus des Publikums für denselben; aber wir wollen eine ernste, geübtere und durchgehende Theilnahme an allen wichtigen Verhältnissen unsern deutschen Vaterland! Und eine solche wahrhaft deutsche Gesinnung wird jedes gute Volk sicherlich nicht und mehr bei seinem Republikanismus zur Herrschaft gelangen sehen. Allerdings „kann kein preuß. Journalist,“ wie die Staatsregierung richtig bemerkt, „mit seinem Wunsche sich ruhig ein Kunstpoetereuile abplücken;“ allein so kühn ist der Hergang des preuß. Journalisten auch nicht. Ihr Streben ist ganz einfach dahin gerichtet, theils die öffentliche Meinung zu vertreten, theils die politische Bildung ihrer Mitbürger, die Theilnahme derselben an vaterländischen Interessen befördern zu helfen; und dieses Streben wird sicher vom Publikum dankbar anerkannt werden.

„Dieser Journalismus wird kaum jemals aus seiner Nationalität und Einfachheit herauswachen können,“ heißt es gegen das Ende des besprochenen Artikels. „Wir glauben dies im Obigen anerkennen zu haben und wiederholen es, damit man nicht der Censur verwehrt, was ein Ergebnis der Nothwendigkeit ist.“ Auch wir glauben im Obigen anerkennen zu haben, was von der Wanderschaft dieser Aufgabe der Staatsregierung zu halten ist. Was den zweiten, wichtigsten Theil unserer Aufgabe, den Nachweis derjenigen Umstände, welche wir für die wahren Veranlassungen

des unvollkommenen Zustandes unseres Journalismus haben, und die Entwicklung der bisherigen literarischen Mittel betrifft, so werden wir diesen in einem späteren Artikel behandeln.

(Königsberger Zeitung Nr. 73.)

**Bücherverbote.**

Trotz der freisinnigen Censur, die jetzt bei uns zur Anwendung gekommen ist, geht unsere Regierung den Grundsatze noch nicht auf, Bücher, in denen sie eine feindselige Richtung nachzusehen glaubt, durch Nichts anderes zu widerlegen, als durch — Verbote. Natürlich mag eine solche Maßregel sein, ob aber auch angemessen? Schreifteller haben mit noch niemals eine Revolution bewirkt, und unser Vaterland ist — Dank der Tüchtigkeit des Volks und der Weisheit der Regenten — in einer Lage, in der Keckheiten wol am wenigsten zu befürchten sind. Allerdings werden in einer so großen und so komplizirten Staatsmaschine sich einzelne schädliche Stellen befinden, allein wo die Regierung sich kräftig fühlt, kann die Aufdeckung einzelner Missethats nicht geschehen werden. Sie haben auch diese Missethats bereits auf Wandel hingewiesen, was wir für mangelhaft oder eher für einen Entwickelung bedürftig halten: sie haben dies mit uns so gethan, als ob die Verurtheilung vorzuziehen komme, durch solche freisinnige Besprechungen die Achtungsfähigkeit der Bürger an Betrüben und Regenten gerade zu stellen; sie haben es für unnützlich gehalten, denn dabei der Vergleich zu vermeiden, welche Pressens Verwaltung vor derjenigen anderer Länder hat, da diese Vergleich so vollkommen in das Bewusstsein des Volkes übergegangen sind, daß ein freies Urtheil an denselben überhaupt möglich ist. Sollten diese Maßregeln nicht auch zugleich jedes Mißverstand als überflüssig erscheinen lassen? Unsere Nation ist zu unabhängig und aufgeklärt, um selbst durch systematisch feindselige Schriften zu maßlosen Toben und Mäßen, zu unbegründeter Unzufriedenheit sich verleiten zu lassen. Es ist auch endlich Zeit, wie die Weisheit der deutschen Regierungen im Allgemeinen, so auch die Weisheit, der ganzen, patriotischen Einn der deutschen Presse anzuerkennen. Die Zeiten der wissenschaftlichen Unzufriedenheit sind vorüber. Wenn man sich nicht selbst den Vorwurfe der Unzufriedenheit aussetzen will, mag man sehen, daß die deutsche Schriftsteller von einer Fülle und der höchsten Tüchtigkeit gegen alles Bedrohende frei sind. Wenn also



Sichererheit? Glaubt es bei uns etwa ein so gescheitertes Partizipat als in Frankreich und England? —

Die deutschen Völker haben ein Vertrauen zu ihrem Fürsten, das durch Nichts hat zerstört werden können; selbst sie nicht bezugt sein, ein ähnliches Vertrauen gegen sich auch bei ihrem Fürsten zu erwecken? Ein Vertrauen, das immer nur durch Mißtrauen erloschen wird, muß endlich erloscht werden. Und muß nicht jedes Völkerverbot als ein Verweis des Mißtrauens betrachtet in die Urtheilskraftigkeit aber in die gute Gesinnung; bei Völkern angesehen und von diesen als unbedingte Anerkennung schmerzlich empfunden werden? Will man dieses nicht zugeben, so gibt man der Regierung Raum, das verbotene Buch müsse Beschuldigungen enthalten haben, welche man sich auf anderem Wege zu erheben nicht zu traut. Andere Fälle sind nicht möglich; entweder das verbotene Buch enthält Falsches, und man traut dem Volke nicht Verstand oder guten Willen zu dies anzusehen, oder das verbotene Buch enthält Wahres, und man traut dem Volke zuviel Verstand zu, um sich durch eine Verschleierung täuschen zu lassen. — Man bedenke zugleich die Menge von Inkonsequenzen und Ungerechtigkeiten im Befolge solcher Verbote. Ein bei uns verbotenes Buch ist es in Oesterreich erlaubt; kann das den Bewohnern unserer Patriarchat gleichmäßig erscheinend Ein Buch, das die Censur passiert hat, nicht gebracht, und, da die Auflage im Fürste vergriffen ist, verboten. Der unschuldige Verleger ist also erheblichen Schaden ausgesetzt; an wen hält er sich? An den Censur, der das Imprimatur erteilt. Wie oft aber wird es sich finden, daß dieser außer Stande ist, den Schaden zu decken! Selbstredend trägt diese Einrichtung nicht wenig dazu bei, den Censurern eine Verantwortlichkeit aufzubringen, die sonst vielleicht nicht in ihrem Charakter, gewiß aber nicht im Geiste der neuen Censur-Besetzung liegt. — Wie ist namentlich das Verbot eines ganzen Verlages zu rechtfertigen! Das Beispiel liegt klar zu Tage. Hoffmann und Kamp's Verlag ist verboten; Wagners, der in unserer Zeit gewiß nicht feindselig gegen Preussens Aufsteigen ist, muß unter diesen Verbot, dem auch bis bei uns nicht ohne Telegraph unterliegt, unschuldig mitgehen. —

Am vorzüglichsten würde es noch immer erscheinen, solche Bücher, welche die Masse des Volkes gegen Regierungsmassregeln wehren, und bei für das ganze Volk gefährlich sind, zu untersuchen. Solche Verbote lassen uns wenigstens die Freiheit, die dem bespotteten Schaffstädt gebührende

in äußerer Beziehung zu behandeln. Wie aber soll man sich die Messungen gegen die Deutschen Jahrbücher stellen? Alle Zeitungen erzählen, daß dieselben von Deutschen unterdrückt werden sollen; dabei hört unser Vaterland doch auch eine gemessene Stimme abgeben. Die Deutschen Jahrbücher sind amf gehalten. Sie sind ein wissenschaftliches Journal, dessen Lektüre selbst einem großen Theile des gebildeten gebildeten Publikums zu schwierig sein dürfte; sollte man nicht wenigstens zu dem höchstgebildeten Theile der Nation das Vertrauen haben, sich durch solche Darstellungen, wenn man glaubt, daß die Deutschen Jahrbücher dergleichen gelesen, nicht täuschen zu lassen? — Dessen wir, daß der ernstlichen Uebersetzung auch bald die Aufhebung einer Messung folgen wird, welche dem Volke etwas empfindlich als der Regierung nachtheilig ist. —

(Börsenberger Zeitung No. 77.)

#### 4. Die Tagespresse.

Wir haben bereits in Nr. 73. d. J. dargestellt, wie unpolitisch die Gesetze sind, durch welche die Staatsregierung zu beweisen sucht, daß die im Allgemeinen noch geringe Bewegung der Censur-Vereinbarung vom 24. Dez. von Seiten der preussischen Tagespresse ganz natürlich sei, und daß noch sobald nicht eine freiwillige Begegnung der politischen Angelegenheiten in den Tagesblättern erwartet werden dürfe. Aus dem großen Eifer, welchen die Staatsregierung auf den Nachweis verwendet, daß einer freieren Bewegung der politischen Presse unüberwindliche Schwierigkeiten im Wege stehen, er mögen wir, daß der Zweck dieser Kritik kein anderer ist, als auf solche Weise die politischen Tagesblätter von einer ungehörigen Benutzung der gegenwärtigen günstigen Censurverhältnisse abzuhalten. Dies ist der Grund, warum wir noch einmal auf diesen Gegenstand zurückkommen, jedoch zum letzten Male; alle eines nach folgenden Kritik der Staatsregierung dieser Art werden wir nicht mehr durch Worte, sondern nur durch die That widerlegen.

Die Staatsregierung gibt für ihre, oben erwähnte, viel mehr als auffallende Behauptung folgende drei Hauptgründe an: 1) Da bei uns der Kampf der Parteien fehlt, so muß es an Stoff mangeln, der sich zur Besprechung in den Zeitungen eignet. 2) Es fehlt bei uns an Per-

senen, welche Zeitungartikel lesen können, haben die vorzugsweise hierzu geeigneten Staatsbeamten nicht Zeit dazu haben, anderen Personen es aber an Kenntnissen und auch an Eifer fehlt, weil sie bei uns keine Aussicht haben, als diese Zeitungschreiber eine glänzende Laufbahn sich zu eröffnen. 2) Es sind bei uns nicht genügend gründliche politische Nachrichten verbreitet, und nur solche besitzigen erst zur vollständigen Orientierung politischen Fragen; überdies fehlt es der Deutsche mehr, sich die adelichen Nachrichten aus Völkern als aus Zeitungen zu holen.

3) Ganz gerath ist es nicht in der Natur der Sache begründet, wenn es aus dem öffentlichen Zeitungen niemals an Stoff mangeln sollte. 15 Millionen Einwohner eines Staats, auf 8 Kingenrade und mehr als 3 Dreiergrade vertheilt, müssen ununterbrochen Vorgänge unter sich erleben, die einer Völkung ebenso werth sind, als wenn ein französischer Kaiserhof oder eine englische Zerstörung ein aufsehendes Ereigniß erlitten, und doch pflegt letztere selbst in der preussischen Staatszeitung zur Zeitung der Spätere zu dienen. Die Verhältnisse unseres Landes liegen einer großen Menge von Personen als Staatsbeamten, Adeligen, Kaufleuten u. s. w. die ständische Verfassung auf, sich mit den Verhältnissen im Staat genau bekannt zu machen; für alle diese sind und bleiben daher ganz öffentliche Zeitungen eine Sache von höchster Bedeutung und Wichtigkeit. Aber wenn wir auch diese ständische wichtige Ansicht von der Tagespresse unberücksichtigt lassen und solchen und solchen sehen wollten, die lediglich einen Vergnügen zur Unterhaltung beschreiben, so würden wir dennoch behaupten müssen, es thäre auch dazu nicht an Stoff fehlen; und jedenfalls würde es eine sehr wichtige Aufgabe sein, sich durch das Mittel der hohen Unterhaltung des Interesses an vollständigen Zuständen und Ereignissen, dadurch aber den Patriotismus zu heben.

Sehr auffallend ist die seltene Behauptung jenes Kritikers der Staatspinning, daß nur Dramen geeignet sein sollen, gute Zeitungartikel zu liefern. Es verdrängt freilich den höchsten Rang über die Tagespresse, wenn die höchsten Staatsbeamten, Minister u. dergl. Ansehen in großen Büchern zu vertheiligen pflegen; wo indessen, wie bei uns, keine politische geschickte Personen sich gegenübersehen, wie als eine bestimmte Ansicht verfochten, sondern nur das Beste ermitteln und bekannt gemacht werden soll, da ist in der That nicht abzusehen, warum nicht die



Einmal jedes Gebildeten alle Beachtung verdiente. Die hiesige nöthigen Eigenschaften und Fähigkeiten nur für die Beamten in Anspruch nehmen, heißt die wirklich vorhandenen Verhältnisse verkennen. Unsere Beamten sind meistens tüchtige, unterrichtete Männer, jeder Patriot hält mit Freuden diese Uebersetzung fest; wenn indessen darauf häufig ein großer Druck gelegt wird, daß bei uns Niemand einen mehr aufmerksamen, schützenden Blick zeigt, als z. B. in Frankreich, wo Personen plötzlich die höchsten Stellen einnehmen, ohne je eine untergeordnete bekleidet zu haben, so muß wirklich darauf aufmerksam gemacht werden, daß auch bei uns der alte schützende Beamtenzug mehr und mehr verlassen und nur in den niedern Sphären festgehalten wird. Das Offizier, wenn nicht plüschig, so doch äusserst rasch zu den höchsten diplomatischen Posten, zu Ober-Präsidenten, Civil-Ministern u., gelangen, weiß Jedermann; daß sogar Ausländer sogar in die höchsten Ämter gerückt sind, ist nicht minder bekannte Thatsache. Der Umstand, daß in einem Reichthums ein auf seine Weise begabter Kopf, ein gelehrter Geschichtsforscher und eleganter Geschichtschreiber, der dabei ausgezeichnete Rednergaben besitzt, auch Minister werden konnte, wenn er gleich mehrere Jahre hauptsächlich nur Mitarbeiter an Zeitschriften gewesen war, ist in der That nicht so auffallend, als man es zuerst denkt. Er wurde es ja nicht als Redaktionschreiber, sondern noch als Leitungschreiber, d. h. so wie unser Wausen nicht wegen seiner theologischen Studien, sondern auch des Kundschens der Theologie, unseren höchsten diplomatischen Posten erhalten hat.

Wir sehen daraus, daß bei uns in den nöthigsten Posten nicht mehr ängstlich danach gesucht wird, wie Jemand zu seiner Thätigkeit und zu den Kenntnissen gekommen ist, und ob er wirklich wohl drei Jahre die Universität besucht hat, u. s. w., sondern daß E. Maj. der König sich mit der Uebersetzung von der vorhandenen nöthigen Bildung genügen läßt. Müßten wir dies aber bei den höchsten Posten annehmen, dann ist doch sicherlich kein Grund vorhanden, warum nur Beamten brauchbare Leitungswörter zu liefern im Stande sein sollen. Ihr gewöhnlicher Wirkungskreis befähigt sie dazu in der Regel hinlänglich und eben so sehr ihnen dazu die nöthige Kraft. Die Beamten vieler Verwaltungszweige, z. B. einer Finanz-Abtheilung oder Provinzial-Staats-Direktion sind in ihrer amtlichen Thätigkeit fast ganz und gar auf die Beherrschung von Pächtern und Steuern beschränkt, so daß ihnen ihr



Nur auf diese Weise eine höhere Einsicht in das Staatliche gestattet, als jedem andern Staatsbürger. Es kann daher unmöglich angenommen werden, nur erstere wären im Stande, Zeitungen mit interessantem Nachrich ten und Beschränkungen zu versehen. Aber solche Männer in dieser Beziehung lassen, inwiefern sie wesentlich nicht aus ihrem Alim, sondern wählen sie als Männer von staatsmännlicher oder allgemeiner Bildung. Man machen aber sehr viel mehr Jünglinge ihren Tunes auf Universitäten, als solche Aufstellungen im Staatsdienst haben; es haben diese also für allgemeine Fragen, welche das Wohl des Staats betreffen; die natürlichen Eigenschaften wie hier, und sie sind zu deren Beantwortung nicht minder kompetent. Unzweifelhaft ist jedoch die bestehende Verhältnisse unserer Verwaltungsbehörden und die Art ihrer Besetzung einer Untersuchung, so finden wir, daß die Anzahl der durch staatsmännliche Studien gebildeten Mitglieder immer kleiner, die der Juristen aber immer größer wird, und daß es gerade diese sind, die sich hervorzuhelfen und eine rasche Karriere zu machen pflegen. Aber Eigenschaften als Juristen, d. h. als Beobachtenden, befähigt sie hierzu nicht, die Hervorhebung muß also darin, daß sie gute Köpfe sind, und in ihrer allgemeinen Bildung seinen Grund haben, — beiden Eigenschaften, die keineswegs nur bei dem Studium angenommen werden. Haben wir doch zuerst einen Juristen, Mitglied des Justizministeriums, plötzlich Finanzminister werden sehen. Ist aber durch alles dieses theilweise anerkannt, daß man auf Vorbegehungen staatsmännliche Studien für unsere Verwaltung keinen besonders hohen Werth mehr legt, sondern daß es nur nach Talent und allgemeiner Bildung sind, die bei Besetzung der wichtigsten Stellen berücksichtigt werden, so ist nicht abzusehen, wozu diese Eigenschaften für einen Zeitungs-Korrespondenten nicht genügen sollen. Unzweifelhaft aber wirklich Staatsdienst die Besetzung von Zeitungsstellen, so eben so es nicht als solche, sondern als Staatsbürger, denn es wäre doch noch schlimmer als die höchste Einsicht, wenn die Zeitungen vorzugsweise in die Hände der Beamten fielen, indem diese bald nur nach dem Willen ihres Oben schreiben dürfen. Für die Zeitung und das Publikum muß und wird es gleich viel sein, ob ein Beamter oder ein politischer Akt einige politische Fragen äußert.

Kenntnisse jeder Art sind eine Noth, und alles Wissen verdient und findet Anerkennung, namentlich unter uns Deutschen. Ja wir müssen bezeugen sogar der Staatsverwaltung durchdauern, daß der Deutsche

es nicht scheut, sehr ganz Wahrung in Büchern und nicht allein in Zeitschriften zu finden, indessen wird bei der immer mehr zunehmenden Vervielfältigung es auch gerade für beschäftigte Männer unzulässig, sehr viele Werke durchzulesen; deshalb ist in unserer Zeit die kürzeste Beschreibung von solcher Bedeutung geworden; aber auch diese fangen an sich sehr zu häufen und es bleibt nichts übrig, als durch Abzügen über Tagesbeurtheilungen und Tagesfragen sich in Kenntniß zu erhalten. Und gerade unsere vielbeschäftigten Beamten sind selten im Stande ganze Bücher durchzulesen. Es beruht auch wirklich nicht auf einer Mängel der Deutschen zu diesen Büchern, wenn es nach ihrem Geiste, sondern auf dem Umstande, daß die Verfasser solcher Bücher sich nicht dazu begaben wollen, den Hauptinhalt derselben durch Proschriften oder gar durch Zusammenfassungen zu veröffentlichen. — In auffallendem Widerspruch mit dieser für die Deutschen in Anspruch genommenen Wissenschaftlichkeit steht die bekannte Behauptung der Staatslehre: „ohne inhaltliche Einsicht ist keine inhaltliche Perse möglich“, und daß z. B. ohne statistische Nachrichten die Frage über Möglichkeit oder Schwächheit der Patrimonialgewichte nicht zu beantworten ist. Das mag doch allerdings am Reichthum scheitern! Nein im Gegentheil, nur die Reich der Ideen enthält die Antwort für wichtige Staatsfragen, die Form muß sich dann finden lassen. Als der hochselige König betrachtete: „am 10. November 1810 ab gibt es uns noch sehr Leute“, merkte nicht erst statistische Nachforschungen gehalten; wichtigsten Kabinetten finden sich später, wenn nur die Wichtigkeit und Möglichkeit des Hauptgrundsatzes erst feststeht. Eben so müssen wir die Kräfte zurückweisen, daß nur solche Männer Lehrgangartikel schreiben können, die eine praktische Ansicht von den Geschäften haben. Diese praktische Handhabung verdient alle Anerkennung, sie ist aber doch immer nur das Handwerk, und wird es zu einer Arbeit des Geistes, wo nicht auf richtige Theorie sich Alles gründen und stützt. Diese Rücksicht auf die bestehenden Verhältnisse zu verlassen, ist wirklich nur das Werk möglicher Köpfe und kann nie zu Resultaten führen, aber die Zahl sei demnachst nur dem Geiste dienen, nicht dem Geiste verstanden.

(Königsberger Zeitung 1812. No. 78.)

Am 10. November 1810 ab gibt es uns noch sehr Leute, merkte nicht erst statistische Nachforschungen gehalten; wichtigsten Kabinetten finden sich später, wenn nur die Wichtigkeit und Möglichkeit des Hauptgrundsatzes erst feststeht. Eben so müssen wir die Kräfte zurückweisen, daß nur solche Männer Lehrgangartikel schreiben können, die eine praktische Ansicht von den Geschäften haben. Diese praktische Handhabung verdient alle Anerkennung, sie ist aber doch immer nur das Handwerk, und wird es zu einer Arbeit des Geistes, wo nicht auf richtige Theorie sich Alles gründen und stützt. Diese Rücksicht auf die bestehenden Verhältnisse zu verlassen, ist wirklich nur das Werk möglicher Köpfe und kann nie zu Resultaten führen, aber die Zahl sei demnachst nur dem Geiste dienen, nicht dem Geiste verstanden.

## 2. Die perussische Journalistik.

Es ist schon wiederholt bemerkt worden, daß auch jetzt die perussische Tagespresse noch nicht durchgängig denjenigen Grad von Tüchtigkeit und Gehaltigkeit erreicht hat, den man selbst mit Berücksichtigung der zu ihrer allmählichen Entwicklung erforderlichen Zeit von ihr hätte erwarten können. Diese betrübende Erscheinung ist von vieler Wichtigkeit; die Gründe derselben anzuführen und wahrscheinliche Mittel dagegen vorzuschlagen wird statt des Gegenstandes unserer sonst häufigsten Besprechungen stehen.

Man nimmt daher noch sehr oft die größeren deutschen Blätter zum Muster, allein es ist thöricht, nach den Leistungen der Vergangenen Zeit und Gegenwart auch für die Zukunft die Richtungen und Bestrebungen der Tagespresse formen zu wollen. Eine Journalistik, welche die wichtigsten Fragen der Zeit in dem verschiedensten Organen allseitig behandelt, ist eben erst im Entstehen begriffen; die Stellung derselben war bisher eine unrichtige, diese Stellung wird und muß sich allmählig selbst verändern, demgemäß muß sich aber auch unsere periodische Presse jetzt auch ein ganz anderes Ziel stellen als bisher. Zeitungen ohne bestimmte Tendenz werden im Verlaufe der nächsten Jahre zu einem gewissen Unbekanntheit herabsinken, wenn man nicht eben versuchen sollte die nationalökonomischen Interessen des Vaterlandes nicht zu vernachlässigen. Wir fürchten nicht, daß man einem solchen Versuch werden wird; und wir zweifeln auch sehr, ob die solcher jetzt noch Erfolg haben könnte. Warum, denn man hat jedem Worte die störrische Furcht anheft, in Bezug auf ein höheres Ansehen zu missfallen und dann durch ein spezielles Verbot einige Ideenreizen zu verhindern, können dem heutigen Bedürfnisse der deutschen Nation nicht mehr genügen; der Kunstzweck ist endlich abgeworfen, allseitige mehrseitige Kräfte in gewisse schärfere bestimnte Redaktionen zu halten und so eine gesunde und werthvolle Liberalität zu erheben. Die Charakterlosigkeit wird sich nicht lange mehr hinter den nachlässigen den Namen „Mäßigkeit“ und „Unparteilichkeit“ verbergen können: selbst ein schärfes Wort über den Epikur wird bald nicht mehr im Stande sein, diese Charakterlosigkeit zu verdecken. Jede Zeitung, welche auf die Leitung des Vaterlandes Anspruch macht, muß jetzt eine bestimmte Richtung mit Konsequenz und Klarheit verfolgen: dabei ist allerdings auch Unparteilichkeit ein notwendiges Erforderniß, denn deutsche Nationalität wird sich jetzt von den Vorurtheilen und Entstellungen mancher fremd-

sthen Blätter mit Vortheil abzuwenden. Die Sprache der Zeitungen sei genüßigt, ernst und würdig; diese Eigenschaften werden uns aufschätzen, wenn auch jene „parfum literaire“ fehlen sollte, das wir an der Augsburger Allgemeinen Zeitung haben erkennen hören. Nur für die Feuilleton der größten Journale möchte derselbe ein wesentliches Erforderniß sein. —

Journalisten und Verleger haben die Zeitungen bisher meistens als bloße Gewerbe-Spekulationen behandelt, und das Publikum hat ihnen demnach den verdienten Grad von Achtung gezollt; man wird wohl endlich zu der Erkenntniß kommen, in der periodischen Presse ein wirksames, unerschöpfliches Beförderungsmittel der Volksbildung und politischen Entwicklung zu sehen. So wird das ganze Verhältnis der Tagespresse zum Publikum ein anderes werden, als es bisher war, aber auch ein anderes, als es z. B. in Frankreich ist. Denn dort sind die meisten Journale bloßen gewisser parlamentarischer Faktionen, deren Vorgang müssen sie zum Ruhm derselben ausbeuten, und wenn Thatfachen ihren Parteistandpunkt zu schlagend entgegenstehen, wird oft der Wahrheit die schamlose Gewalt angethan. Von dem Allen ist bei uns keine Spur; in dieser Hinsicht kann also unsere jetzt emporstrebende Tagespresse sicher sein als die französische. Aber sie wird auch eine ganz andere werden, als sie so lange war; denn bis zur neuesten Censur-Befehlgang dienten unsere Zeitungen nur dazu, das Publikum in dem Wahne zu erhalten, wir hätten eine politische Presse, während wir in der That nur nachgeschaltete Tagelöhner hatten die bei jedem Ereigniß heftigste Betrachtungen anstellten und von einander abdendeten. —

Für die Thätigkeit der Zeitungen ist in Deutschland ein ungeheures Feld offen. Denn wenn wir auch den übrigen Nationen an gelehrter Bildung theilweise überlegen sind, so stehen wir an politischer noch unendlich weit hinter ihnen zurück. Kaum gibt es irgend eine wichtige politische Richtung, über welche unser großes Publikum hinlänglich aufgeklärt wäre. Hier hat also die Tagespresse eine für jetzt noch unerschöpfliche Menge von Stoff; so man kann kaum hoffen, daß diejenigen Kräfte, welche sich derselben bereits zugewendet haben, ausreichen werden, diesen Stoff in seiner ganzen Reichhaltigkeit zu bewältigen. Aber glaubt man etwa, daß ein einziger Zeitungsartikel über irgend ein wichtiges Thema, wie Münzwesen und Cassenpflicht des



Gesichtspunkte u. dgl., hinreichende Versicherung geben können? Das werden sich neue Gesichtspunkte verschaffen, und dann man diese wichtigsten Gegenstände einer neuen Prüfung nicht unterwerfen müssen, und diese wiederholte Besprechung wird um so nöthiger sein, je weniger man behaupten kann, daß außer den Leistungen noch andere Berücksichtigungsmittel der politischen Auffklärung bis jetzt in Deutschland gesetzt worden. Je größer aber dieses Feld für eine heilsame Thätigkeit der Tagespresse ist, desto klarer ist auch die Unmöglichkeit, mit den ihr bisher gewidmeten Kräften dieses Feld in allen seinen mannigfaltigen Richtungen gründlich zu bearbeiten. Dies scheint uns einer der Hauptgründe der bisherigen Mangelhaftigkeit unserer Journallistik. Da uns keine journalistische Thätigkeit neuen Forderungen für den Gehalt noch Hoffnungen auf materielle Vorteile; und obgleich wir diesen Umstand nicht eben für ein Uebel halten, so hat er doch die natürliche Folge, daß bei uns nur wenige Männer einer solchen Thätigkeit sich ausschließlich widmen können. Hoffen wir von dem thätigen Patriotenmuth Mehrerer, was sich von den Anstrengungen Einzelner kaum erwarten läßt! —

Man wird gesehen müssen, daß öffentliche-journalistische Thätigkeit bis jetzt noch einen Grad von Noth erfordert, den fast wenige von den zu einer solchen Thätigkeit Befähigten bewiesen haben. Unzweifelhaft ist es auch, daß es mit den größeren Schwierigkeiten verbunden ist, sich mit der Verfassung und Verwaltung unseres Vaterlandes bekannt zu machen als mit der französischen oder englischen. Katholische Nachrichten über dergleichen fließen uns sehr spärlich zu, die öffentlichen Febranstalten sind bis jetzt noch gar nicht thätig, den Sinn für vorerwähnte Studien bei der Jugend zu erwecken; desto mehrschwerer erscheint es, daß Jeder, der mit geistlichem, wohlunterrichteten Ansichten über unsere Institutionen die nöthige allgemeine Bildung verbindet, zur Förderung der patriotischen Tagespresse thätig mitwirke. Was eine solche ungewohnte Thätigkeit auch Anfangs beschwerlich sein, allmählig wird sich die Schwierigkeiten mindern, das eigene Interesse mehr und mehr heben; und nur so können unsere Zeitungen einem höhern Grad von Vollkommenheit erreichen. Allerdings war es natürlich, daß bis jetzt das Studium unserer Verfassungs- und Verwaltungs-Organisation nur wenig Theilnahme fand; unsere bürgerlichen Institutionen selbstem kann ein kümmerliches Dasein bis zu dem con-

Entwerfen Maßregeln, durch welche unser Monarch auch durch eine  
 angemessenen Entwidlung seinen Epochen geh. So kann es die-  
 der real Monarchen zugewendet werden, die eine künftige künftige  
 Wirtschaft sich durch gründliche politische Studien verzeichnen. Aber  
 ein Buchdruck sagt besser für unser Vaterland als jenes berühmte  
 „*Beate Libet*“ eines sehr deutschen Geistes. Doch wir müssen  
 wir in jeder Hinsicht; und so hoffen wir, auch noch die Zeit zu  
 geben, wo unsere künftigen Deputierten an gelehrter politischer For-  
 bildung jeder andern Nation wenigstens gleich stehen werden. Das  
 Interesse für deutsche Studien wird von Jahr zu Jahr lebhafter, und  
 mit der Entwidlung unserer künftigen Verfassung wird die Ent-  
 widlung unserer Presse Hand in Hand gehen, denn beide bedingen  
 sich gegenseitig, und die eine geht die andere als notwendige Folge  
 nach sich. Dahin würde Jeder in seinem Kreise und nach seinen Kräf-  
 ten! Niemand steht ihn Fesseln unter einer Schelle; in unsern Tagen  
 wird man wohl nicht mehr zu behaupten wagen, daß es nicht die  
 Augen der Welt (sich) sehen kann! Wie eine belebende Aufklärung über  
 vaterländische Zustände zu geben vermag, der theile sie mit! Dann wer-  
 den sich bald begabte Talente unter der Menge der in gleicher Rich-  
 tung Wirkenden herausstellen, und um diese, wie um einen festen Kern,  
 wird sich ein zahlreicher Kreis von thätigen Mitarbeiter bilden, die in  
 einzelnen Richtungen Thätigkeit leisten. Dann wird unsere Presse  
 eine wahre Repräsentantin der öffentlichen Meinung sein,  
 dann wird sie einen mächtigen und heilsamen Einfluß auf die Entwid-  
 lung vaterländischer Institutionen ausüben, und auch wir werden sagen  
 können: Die Presse ist eine Macht! und daß nicht anders!

Mancher wird vielleicht diese Hoffnungen als Utopien betrachten;  
 wir bedenken ihn nicht um seine künftigen Zweifel, denn es sind  
 Zweifel an der Tüchtigkeit unserer Nation. Das ist ein unan-  
 nenes Volk und seiner Freiheit werth, daß alle Entwidlung und For-  
 bildung von der Muth und Einsicht seiner Regierung hoffe, um selbst  
 in früher Ruhe verharrt zu können. Wir legen die feste Zuversicht  
 zu der Kraft und Lebensfreude unserer Nation, daß sie selbständig und  
 beharrlich fortwähre, und zu der Weisheit unserer Regierung, daß sie  
 solche Bestrebungen zu unterstützen und richtig zu leiten wisse.

(Königsberger Zeitung 1842. No. 92.)

## 6. Die preussische Censur.

Die vor Kurzem in dieser Zeitung gegebene Nachricht von der Bildung eines selbständigen Ober-Censur-Collegiums mußte Jedem mit freudiger Hoffnung erfüllen, welcher an die Entwicklung unserer Preß-Verhältnisse denkt. Jede Maßregel ist von der höchsten Wichtigkeit, welche durch Anordnung wohlgeordneter und namentlich selbstständiger Behörden die Mängel unserer unbestimmten, der willkürlichen Diktatur Raum gebenden Preßgesetz zu normalisieren vermag. Wir sind sehr dankbar, die Widmung der Censur, welche z. B. diesem Blatte zu Theil geworden ist, mit freudigem Danke anzunehmen; wir nehmen aber auch keinen Anstand die jetzige ungleichmäßige Handhabung derselben — ungleichmäßig, in sofern sie nicht in allen Provinzen gleich human ist — für einen Mangel zu erklären, welcher einen allgemeinen Fortschritt der ganzen preuß. Preß durchaus unmöglich macht. Außer der Rheinischen Zeitung und den Stettiner Völkisch-Nachrichten wissen wir kaum eine größere Zeitung zu nennen, welche durch die Theilnahme hätte, daß sie von der Nothwendigkeit einer totalen Reformation in unserm Journalismus durchdrungen sei. Man kann nicht umhin bemerken, daß z. B. das Berliner Publikum den Mangel einer häufigeren Gesellsch.-Abtheilung fühlen könnte; man wird sich jedoch fragen, daß in der Stellung Preßes genug vorhanden sein müssen, den jetzigen Journalismus an dem Aufstiegs-Wege Theil nehmen zu lassen, den er in diesem andern Zeitalter der Monarchie zu nehmen beginnt: und nun überzeuge man sich durch einige Blicke in die Berliner Blätter, daß von einem Fortschritt bei ihnen kaum die leisesten Spuren sich bis jetzt finden lassen! — Man hat schon angedeutet, daß mancherlei Rücksichten es verhindern, für Berlin eine gleiche Censur-Behandlung strecken zu lassen, wie für andere Städte; diese Rücksichten liegen hier zu Tage. Ist es aber gerecht möglich, in vielen Theilen der Monarchie (denn nicht bloß die Berliner Blätter können hier genannt werden können) die Tagespresse in einer Unbedeutendheit zurückzusetzen, auf welche man in andern Gegenden derselben Monarchie nie auf eine glücklich überstandene Kindheits-Periode zurückblicken sollte! Die frühere Unterdrückung der ganzen preuß. Preß konnte bei einem Gesetz nicht haben, da das Publikum sich durch seine auswärtigen Blätter aufhob; wie viel gerechter muß eine strenge Beschränkung in einzelnen Provinzen erscheinen! Zweifel man kann, daß die ansehnlichen Blätter nicht bald den Weg nach

bestimmten Stellen finden werden, deren eigene Zeitungen in aller Unbedeutendheit fort vegetiren?

Dieser Zustand ist zu verwerflich, als daß er von langer Dauer sein könnte. Man wird entweder durch eine gleichmäßig fortwährende Censur einer allgemeinen Emanzipation der Presse allmählig Raum geben müssen — oder man wird bald den Versuch für notwendig machen, einzelne kraftvolle Stimmen zu unterdrücken und überall die preuß. Presse in ihren früheren Abhängigkeitszustand zurückzubringen. Diese Gefahr ist kein bloß möglicher Juvensal an der Aufsichtspflicht und dem guten Willen unserer Regierung. Eine ungleichmäßige Handhabung der Censur ist verwerflich und auf die Dauer unauflöslich; sie muß entweder einer allgemeinen Freiständigkeit weichen, die allen vorurtheiligen Ideen überall freien Spielraum giebt, oder sie verurtheilt sich allmählig wieder in jene verkehrte Einsichtlichkeit, welche kraftvolle Ideen im Volke auszurennen hofft, wenn sie die Tagespresse zwingt, sich auf allseitig schmeichele, halbseitige Nebenbanten zu beschränken, die Jeder belächelt.

Das Censur-Gesetz vom 18. Okt. 1819 gestattete ausdrücklich eine „strengste und beschädemde Uebersuchung der Wahrheit“ und doch ist es überall anerkannt, daß sehr bald die preuß. Censur eine hiervon ganz abweichende Richtung nahm. Die neue Censur-Verfügung ist Nichts als eine Verstärkung jener schon 1819 ausgesprochenen Grundsätze; welche Bürgschaft haben wir, daß sie sich nicht mit der Zeit ebenso unwirksam zeigen wird? Unser jetziger Censur-Befehl enthält auch nicht den laßesten Schatten von Selbstständigkeit; jede in höherem Kreise angenommene herrschende Ansicht ist bis jetzt noch im Stande, auf die Censur einen unbedingten Einfluß zu üben; wir fragen uns dessen, daß man nicht allmählig wieder dieselben Versuche machen wird, die Wirkksamkeit der Presse zu lähmen wie früher? Allerdings genöthigt uns die im ganzen Volke lebende Ueberszeugung von der Nothwendigkeit einer weniger bescholtenen Presse häufige Sicherheiten, daß solche Versuche keinen dauernden Erfolg haben können; aber wir flchten, daß sie allmählig dennoch zuweilen angefaßt werden möchten, wir flchten, daß gerade dadurch der Presse eine unelastische außerordentliche Wächung auferlegt werden könnte, wir flchten, daß allgemeine Mißthagen die traurige Folge solcher Versuche werden würde. — Die Censoren sind, wie gesagt, jeder Einsichtung der oberen Behörden schuldig preisgegeben, sie können nach Belieben errathen und abgelehnt, nach Belieben an Institutionen gebunden werden; diese

Zustand ist ein völlig rechtloser. So lange er dauert, kann man nicht behaupten, daß die Presse durch Gesetze geschützt wird, so erscheint sich ja nur eine Duldung, die jedem Augenblick eingezogen werden kann. Man beschuldige uns nicht, den freimüthigen Geist der neuen Censur-Versorgung zu verkümmern; wir haben ihn stets mit dem lebhaftesten Danke anerkannt. Wir hoffen, er werde den Lehrenden und dem Publikum eine besondere Anregung zum Fortschritte geben, und diese Hoffnung ist auch theilweise in Erfüllung gegangen; allein es wäre kurzsichtig, über der erscheinlichen Gegenwart die Gefahren der Zukunft aus dem Auge zu verlieren. Gerade daß erst das Censur-Gesetz von 1819 die Presse völlig unbedeckt und eine erneuerte Censur-Versorgung nöthig werden konnte, beweist uns, daß auch diese allein uns vor möglichen Konflikten nicht hinreichend zu sichern vermag.

Diese Sicherheit kann nur durch eine veränderte Stellung der Censurbehörden gegeben werden. Das Censurbureau muß, damit die Ausübung desselben weder für die Presse bedrückend, noch für den Censor lästig werden kann, durchaus nach den Grundsätzen des Richteramtes behandelt werden. Der Censor sollte einzig auf die Gesetze angewiesen sein; und wie für den Richter Ministerial-Befehlungen auf das materielle Recht nicht von Wirkung sein können, so sei auch der Censor nie durch geheime Instruktionen gebunden. Wie für alle andern Organe, so müßte auch für die Angelegenheiten der Presse ein ständiger richterlicher Instanzenzug angesetzt sein. Man schiebe die Censoren vor willkürlicher Abweisung, und gestatte eine solche nur nach vorgängiger Untersuchung und nach erfolgtem Urtheile eines selbständigen Ober-Censur-Kollegiums; damit können auch die Censoren selbständig sein. Die Einwirkung auf dieselben sollte den höchsten Behörden nur durch ständischen Prozeß und rechtskräftiges Urtheil möglich sein, und eben so müßten die Klagen der Schriftsteller nur durch Prozeß und Urtheil auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen und nicht durch einfache Verfügungen entschieden werden. Man mache den Censor zu einer unabhängigen ersten Instanz; man setze den Grundsatz auf, daß einem Verlegten, dessen anonymes Buch später durch Erkenntniß einer höhern Censur-Instanz unehrlich wird, nicht der Censor, sondern die Staatskasse Schadenersatz leisten muß, und bestreite dadurch die Censoren von einer Befugniß, die sie nicht zu übernehmender Verantwortung vertheilen können. — Die

ganze Instanz in Preßsachen übertrage man entweder gänzlich den Ober-  
Landesgerichten, oder man bilde in denselben besondere Deputationen da-  
für. Denn, daß diese ganze Instanz jetzt die Oberpräsidien bilden, läßt  
sich mit Inbetrachtung des Gesammtes als Richteramt nicht vereinigen,  
und kann einer willkürlichen Einwirkung auf die Censur großen Spiel-  
raum geben. Man entgegnet nicht, die Justizorgane unserer höheren  
Behörden blühe dafür, daß sie von den ihnen verliehenen Macht keinen  
üblen Gebrauch machen werden; wir müssen dann wieder auf die Be-  
hauptung zurückkommen, daß ein Zustand völlig rechtlos ist, welcher be-  
greift eine willkürliche Abhängigkeit keinen andern Schutz gewährt, als  
den guten Willen Derjenigen, welche ihr zu schaden vermögen. — Die  
heute Instanz endlich sei eine völlig unabhängige Ober-Censur-Kollegium,  
welches darüber zu richten hat, daß die Presse überall einer  
gleichen Freiheit genosse. Ein solcher Zustand schenkt die Schreisteller  
möglichst gegen willkürliche Beschränkungen, die oft nur in temporärem  
Verhältnissen ihre Begründung haben, dann aus Gleichgültigkeit beibehalten  
und gewöhnlich erst zu spät als unabweisbar erkannt werden; aber er  
gibt dem Staat auch genügende Bürgschaft gegen Pressenflug und  
Pressensucht. Dann erscheint wieder die von höheren Behörden ange-  
setzten Censoren und setzen genügt sein, auch bei voller Unabhängigkeit  
denn solchen Aufsatz freies Spiel zu lassen; andererseits ist stets die  
Möglichkeit gegeben, einem pflichtvergeßlichen Censor durch Prozeß und  
Erkennung des Ober-Censur-Kollegiums abzusetzen. Einem solchen Zu-  
stand beizukommen, würden auch mehr langwierige Gesch-Kommissionen  
noch besonders, kostspielige Einrichtungen erforderlich sein. So lange  
aber die Censur willkürlich abgesetzt werden kann, so lange die Censur  
durch diese Instanzen modifiziert und beherrscht werden kann,  
bleibt ihr die Macht, auch einer gesunden, zurechnenden Entwicklung  
der Presse ganz gegen den Sinn der Allerhöchsten Verfügungen hindern  
entgegenzusetzen.

Das Angst erhebt, wenn Pressenflug wird vermehrt noch lange  
auf sich warten lassen, und es ist wenigstens zweifelhaft, ob es der Ein-  
fluss ein Ende machen und uns Pressenfreiheit bringen wird; es er-  
scheint daher als eine Pflicht jedes guten Staats, das Publikum auf  
die erscheinenden Umstände von Zeit zu Zeit aufmerksam zu machen. Die  
angedeuteten Beschränkungen scheinen uns so durchaus notwendig und  
ganzlich so leicht ausführbar, daß man bei Zeiten daran denken muß.

nöthigenfalls durch Ausschüsse an die Provinzialstände, selbst die zu kommennten, für diesen Zweck zu wirken, und die künftigen Wünsche aller Einsichtigen höchsten Grades durch die gesetzlich dazu bestimmten Organe selbst zu vertreten zu lassen.

(Stettin, 20. März 1842. Nr. 22.)

## II. Ständische Verfassung.

### L.

Wenn man einem durch die Zeitungen verbreiteten Gerüchte Glauben schenken kann, so wird unsere künftige Regierung uns nächstens wieder einen beautifulen Beweis geben, wie sehr es ihr mit der weiteren Entwicklung unserer politischen Institutionen Ernst ist. Man sagt nämlich, daß der Ausschuß der Landstände von drei Provinzen unseres Vaterlandes nächstens zu wichtigen Verhandlungen versammelt werden wird. Offenbar ist die Bildung von ständischen Ausschüssen, die in gemeinsamer Beratung die共同的 Interessen der verschiedenen Provinzen gegen einander abwägen, die abweichenden Ansichten gegenseitig austauschen sollen, eine höchst beachtungswerthe Entwicklung unserer ständischen Verfassung.

Bei einem Staate wie Preußen, dessen einzelne Provinzen aus so verschiedenartigen Elementen entstehen und zu so verschiedenen Zeiten mit der Monarchie vereinigt sind, scheint die Einrichtung der Provinzialstände ganz besonders den Vortheil mit sich zu führen, daß diese Stände, als Organe der öffentlichen Meinung, den gegen die natürlichen Vorurtheile der Provinzen nicht zu sehr von einander abgewichen könnten. Unser Vaterland ist in seiner jetzigen Gestalt offenbar noch zu jung, um bereits in allen seinen Theilen zu einem einzigen, gleichartigen oder wenigstens völlig organisch gegliederten Ganzen zu sein. Immer noch werden sich in einzelnen Provinzen Spuren aus ihrer früheren Geschichte und ihrer erst kürzlich erfolgten Vereinigung mit der Monarchie nachweisen lassen. In solchen aber Provinzialständen diese Entwicklung der einzelnen Glieder gerade zu beobachten, in solchen sie die Verschmelzung der besondern Interessen

verhältnißmäßig verschmälern können, läßt es sich nicht leugnen, daß sie im Vergleiche mit allgemeinen, das ganze Land vertretenden Ständen leicht einigen nachtheiligen Einrichtungen Raum verliessen. Es sei denn, daß man von dem Gesichtspunkte ausgehe, eine bewährte Verfassung sei eben nach dem Grundsätze: *divide et impera* den abwechselnden Regierungen erwünscht. Diesen Uebelstand kann man eben durch die einzelnsten ständischen Ausschüsse auf's Wirksamste entgegen gearbeitet werden; und wir haben daher vollen Grund, das ihr's Leben treten solcher Ausschüsse mit lebhafter Freude zu begrüßen. Zugleich ist die Hoffnung geäußert, daß die Verhandlungen dieser Ausschüsse eben so wie die der Provinzialstände durch die Zeitungen veröffentlicht werden würden, und gewiß ist eine solche Veröffentlichung durchaus erforderlich, um das Interesse der Nation an den neuen Instituten erge zu erhalten. Eben so ist auch die Hoffnung geäußert, daß nicht bloß die Verhandlungen dieser Ausschüsse in gerechtem Maße publizirt, sondern auch die Namen der jetzmaligen Redner genannt werden sollen. Und auch dies scheint uns ein durchaus wünschenswerthes, außerordentlich förderliches Bedingungs-  
minut der allgemeinen Theilnahme an diesen Verhandlungen zu sein.

Noch liegen uns die Zeiten gar nicht so fern, in denen man häufig Ausrufen hören könnte, welche die Unwirklichkeit der Vereinigungsstände überhaupt stark in Zweifel setzen. Man behauptete, die Gegenstände ihrer Verhandlungen seien zu geringfügig, diese Verhandlungen selbst von der öffentlichen Meinung durchaus nicht beachtet und honoriert, und von höchst unbedeutendem Einflusse auf die Handlungen der Regierung. Nicht selten hörte man die Provinzialstände für eine Einrichtung erklären, welche, ohne dem Lande irgend erheblichen Nutzen zu stiften, ihn nur unnütze Kosten verursache. Die Zeiten, in denen solche Ausrufen häufig ausgesprochen wurden, sind, Gott sei Dank! vorüber. Das Interesse an den ständischen Verhandlungen steigt offenbar an, sich zu regen, allein nichtsdestoweniger bleibt noch sehr viel zu thun, um ihnen die wünschenswerthe Wichtigkeit und Allgemeinheit zu geben. Noch immer hört man klagen, daß die ständischen Debatten einen zu geringen Einfluß hätten, und hieraus will man denn erklären, weshalb die Aufmerksamkeit der Nation noch in keinem höhern Grade auf sie gerichtet sei. Und gewiß kommt häufig genug der Gedanke vor, daß die von den Landständen vorgebrachten Bitten höheren Orts nicht geprüft werden. Man will man sich hierüber wundern? Oder hätte



man noch zur Bemerkung kommt, wenn man bemerkt, daß die Provinzialstände fast nie eine einmal zugewiesene Bitte zum zweiten Male vorgetragen haben, ob auch die allgemeine Stimme die Erfüllung derselben fortwährend als wünschenswerth behauptet hätte. Eine durch die Stände berechnete Bitte ist am Ende doch nichts weiter als ein Beweis eines für den Augenblick in einer Provinz allgemein verbreiteten Wunsches. Ein solcher Wunsch kann aber sehr veränderlich sein; deshalb ist Nichts schädlicher, als daß ihm oft auch keine Folge geleistet wird. Wenn aber durch alle Provinzialstände der Monarchie oder durch die ständlichen Ausschüsse derselbe Vorschlag wiederholtentlich und gründlich motivirt vorgebracht würde, so wäre das ein unüberwieglicher Beweis eines allgemeinen und tief gefühlten Bedürfnisses; und ein solcher Beweis würde gewiß bedeutenden Eindruck machen. Wiederholt im engl. Parlamente 19 Jahre hindurch seinen Antrag auf Emanzipation der Sklaven; jedesmal wurde die Majorität gegen ihn gesprochen, und endlich erlang er den herrlichsten Sieg. Diese als Beharrlichkeit wollen wir uns zum Muster nehmen.

Auch aus diesem Gesichtspunkte würde die namentliche Aufführung der einzelnen Bitten in den Ausschussverhandlungen von erheblichem Vortheile sein. Die Wähler der ständlichen Deputirten können jetzt aus den Berichten über die Landtagsverhandlungen zwar ersehen, inwiefern diese Verhandlungen im Allgemeinen ihren Wünschen entsprechen; ob aber gerade der Deputirte, den sie gewählt, die von ihnen gewünschte Richtung verfolgt, können sie nie mit Sicherheit beurtheilen. Das einzige Mittel dazu blieben ihnen Schluß von dem Privatcharakter ihres Vertreters auf seine öffentlichen Vorstellungen, und solche Schlüsse sind offenbar sehr fehlerhafter Art. So kann es geschehen, daß Personen wiederholtentlich zu Mitgliedern der Landstände gewählt werden, denen obgleich bei ganzer Inanspruchnahme ihrer ständlichen Wirkksamkeit diese Ehre nicht zum zweiten Male wäre zu Theil geworden. Andererseits würde es gewiß auch für die Mitglieder der Stände und namentlich der ständlichen Ausschüsse ein erheblicher Anreiz sein, wenn sie wüßten, daß ihre Verhandlungen (speziell von ihren Wählern, ja sogar von der ganzen Nation anerkannt würden. Man möchte das vielmals Erklärte wissen; allein der Wunsch, Vorstellungen zum Nutzen des Vaterlandes auch dem Vaterlande bekannt gemacht und von ihm anerkannt zu sehen, ist

geriff, wenn überhaupt Einseitig, so doch eine Einseitigkeit der vorzüglichsten Art. Namentlich in einer consequenten Thätigkeit in einer liberalen Richtung, die geriff oft mit mancherlei Beschwerden verknüpft ist, werden die Mitglieder der Stände und besonders der Ausschüsse, die doch offenbar harrnichten Arbeiten zu überwinden haben als die übrigen Deputirten, sich meistens wol nur durch die beschwerliche Ausfertigung des Publikums hinlänglich angeregt fühlen. — Außerdem ist es klar, daß das Publikum im Allgemeinen die Verhandlungen der ständischen Ausschüsse mit größerem Interesse verfolgen wird, wenn ihm die Namen der Redner genannt werden. Dann da es mit den Personen derselben gewöhnlich einigermaßen bekannt ist, so mischt sich unter solchen Voraussetzungen das persönliche Interesse mit dem allgemeinen für die besprochene Sache verknüpfen, und die allgemeine Theilnahme dadurch zu einer Stärke anwachsen, die von dem schmalsten Beizein sich mischt.

(Stettinberger Zeitung 1842. No. 45.)

## 2.

In der Befugnis des ständischen Bewusstseins liegt der Grund, weshalb mit ständischer Verfassung mehr Rechtsschranken verbunden ist als mit der — Völkerverfassung. Diesen Bedürfnisse genügt eine Ständebewusstseins mit bloß bewahrender, begrenzender Ausdehnung vollkommen, wenn ihr alle Befugnisse außer eine Ausnahme vorgelegt werden, welche nicht bloß eine vorübergehende Abhilfe bedeuten. Hier auch die unbefchränkte Pressefreiheit kann an und sie sich allein kein Surrogat beschaffen, so lange das Volk von der meisten Befugnis nicht eher etwas erfährt, als bis sie fertig sind, und ohne Inkonsequenz nicht mehr bekräftigt werden können. Mit der freien Presse haben wir also wenig oder nichts gewonnen. — Der Artikel in Nr. 43. d. Z. vermischt in unsere provinzialständischen Verfassungen die Wittenberg's, aber mit Unrecht. Der Kernschuß unserer Provinzialstände aller Provinzen liegt in den gesetzlichen Grenzen ihrer Thätigkeit. Das Gesetz vom 1. Juli 1833 wegen Anordnung der Provinzialstände für das Königreich Preußen verordnet namentlich: §. 49. Wenn und Wo Reden der Stände können nur aus dem besondern Interesse der Provinz und der mit ihr verbundenen dynastischen Theilnahme hervorgehen. §. 50. Alle bei dem Landtage eingehenden, so wie die von denselben ausgehenden

den Anträge müssen schriftlich angegeben werden; sind die letzteren einmal zurückgezogen, so dürfen sie nur alsdann, wenn wirklich neue Veranlassungen oder neue Gründe eintreten, und immer nur erst bei künftiger Berufung des Landtages erneuert werden. §. 51. Die Stände stehen als beratende Versammlung eben so wenig mit den Ständen anderer Provinzen als mit den Kommunen ihrer Provinz in Verbindung; es finden daher keine Verhandlungen unter ihnen statt.

Der §. 107. Theil 1. Tit. 7. sagt: „Wer etwas that oder sich gesellen läßt, was ihm nachtheilig ist, oder zur Einschränkung seiner Rechte gerichtet; der hat die Vermuthung wider sich, daß bei einer solchen Handlung oder Thatung die Meinung einer vorhergehenden Verpflichtung zum Grunde liegt.“ Nach diesem Gesetze würde das Hannoversche neue Staatsgrundgesetz in Augen zum Recht erwachsen, und die alten Befugnisse der Stände des Königreichs Preußen wären jetzt, nachdem seit 150 Jahren in ihre Verletzung stüßend eingewilligt worden, von Rechtenagen nicht mehr vorhanden.

(Malgaberger Zeitung 1842. Nr. 47.)

### 3.

Ueber einen in Nr. 45. dieser Zeitung gedruckten Aufsatz ist in Nr. 47. ein Artikel gegeben worden, dessen mehrmalende Absicht zwar nicht zu verkennen ist, der aber beweist, daß der darin besprochene Aufsatz nicht ganz in dem Sinne aufgefaßt ist, wie Verfasser desselben wohl gewünscht hätte. In dem betreffenden Artikel wird gesagt, selbst eine völlig bekehrte Person könne nur dann von christlicher Wirklichkeit sein, wenn die Geschehnisse schon zu ihrer Kunde kämen, ehe sie noch darauf selbst steht indem, daß eine Abänderung mit Schwereigkeiten und Inkonsequenzen verknüpft sein müsse. Darin liegt nun ohne Frage viel Wahres; allein wir haben keinen Grund über ein solches allseitiges Bekanntwerden der Geschehnisse zu klagen. Man denke nur an die jetzt diskutirten Reformen in den Preßgesetzen! Gleich nach der Thronbesteigung Sr. Maj. wurde im ganzen Lande darüber gesprochen; — und nach ist kein bedäkliges Versehen erschienen. Wie werden wir gesehen müssen, daß den Tagesblättern wachsam Zeit genug gelassen ist, ihre Aufsätze darüber zu liefern. Nicht anders ist es mit der lange besprochenen Lande-

nung in der Uniformierung des Heeres, die zwar für diesen Augenblick ausreicht, aber doch noch nicht unmittelbar aufgegeben ist; dem so mit der beschriebenen Ausdehnung der Mündlichkeit und Essentialität im Prozeßverfahren und andern wichtigen Gegenständen nicht. In dem besprochenen Aufsatze war die 19jährige Schenkliche Wölffersdorf als Muster empfohlen; der Einsender des (obigen) Artikels macht hingegen einige Einwendungen, weil er in dieser Empfehlung den Widerspruch zu finden glaubt, daß in unsern ständischen Versammlungen kein Wölffersdorf angetroffen sei. Er zählt ständischgenau an, daß fast nur durch unsere Provinzialstände derselbe Vorschlag wiederholt worden sei; nur erklärt er sich diesen Umstand allein aus den gesetzlichen Bestimmungen über die Provinzialstände, und citirt namentlich den §. 8. des Gesetzes vom 1. Juli 1823. Im §. 49. heißt es allerdings: „Witten und Welschwerden der Stände können nur aus dem besondern Eintrasse der Provinzen hervorgehen.“ Allein wir sprechen in dem erwähnten Aufsatze namentlich von der zu erwartenden Wirtschaft einer ständischen Ausschüsse; und daß auf diese ihrem ganzen Wesen nach der §. 49. keine Anwendung finden könnte, scheint mir einleuchtend. Wir machen hierbei mit Vergnügen die Note auf einem in den Berliner Wochenblätter der Oesterreichischen Zeitung über die Session der preuß. Gesellschafter aufmerksam, in welcher nach einer gehörigen historischen Uebersicht namentlich darauf hingedeutet wird, wie die durch das Gesetz vom 3. Juni 1823 verordnete ständische Mitwirkung bei Gesetzentwürfen, welche Veränderungen in Personen- und Eigenthumsrechten und in den Steuern zum Gegenstande haben, auch auf Begnadigung der verurtheilten Gesetzbücher nicht ausgedehnt werden, wie aber diese ständische Mitwirkung dabei sich eben nur durch die Ausschüsse heben lasse. Daß aber Verordnungen über beide Gegenstände vom höchsten Belange sein können, und also namentlich für die Thätigkeit der ständischen Ausschüsse ein sehr wichtiges Feld sich hoffen läßt, wird man wohl nicht bestreiten können.

Schlagintweit scheint allerdings den §. 50. des Gesetzes vom 1. Juli 1823 zu sein; er lautet: „Als bei dem Eintrasse eingehenden, so wie die von demselben ausgehenden Artikel müssen schriftlich eingegabten werden; sind die letzteren einmal zurückgewiesen, so dürfen sie nur abkann, wenn wirklich neue Veranlassungen oder neue Gründe eintreten,

und immer nur erst bei künftiger Berufung des Landtages anzuwendet werden.“ Auch dadurch ist ja ausdrücklich nicht die Wiederholung jedes vom Landtage vergebeneigten Wunsches unmöglich gemacht, sondern nur die Wiederholung eines vom Landtage selbst ausgehenden und damit gesetzgebenden Antrages auf den Fall neuer Veranlassungen oder neuer Gründe auf einem künftigen Landtage beschränkt. Namentlich scheint also die wiederholte Erneuerung einer dem Landtage von andern Bürgern wiederholtlich eingereichten Petition durchaus nicht verhindert zu sein. Auch dürfte es im andern Falle oft gar nicht unmöglich sein, neue Veranlassungen oder neue Gründe für einen gesetzgebenden Antrag aufzubringen. Der §. 51., welcher besagt, daß zwischen den Bürgern und den Kommissen der Provinzen keine Mittheilung stattfinden dürfe, scheint uns aber auf das von uns angeregte Thema fast gar keinen Einfluß zu haben, da die künftigen Verordnungen im Allgemeinen bereits durch die Zeitungen publizirt werden, und die von uns gehoffte Mittheilung der Namen der jedesmaligen Richter den Kommissen sogar eine Kontrolle ihrer persönlichen Betheuerungen möglich machen würde.

Wäre der Verfasser des hies. Aufsatzes diese Erwiderung nicht als Beweis einer Forderung zum Zerknirschung angesehen! wir glauben, daß eine politische Zeitung, wenn sie allgemeine Achtung gewinnen will, nur eine bestimmte politische Richtung vertreten darf, nämlich die in ihrer Provinz herrschende, wenn auch mit kleinen Abweichungen. Deshalb sind wir weit entfernt, mit andern Korrespondenten der Königsberger Zeitung heftige Kontroversen beginnen zu wollen. Wir sind auch ganz damit einverstanden, daß in den politischen Bestimmungen über die künftige Verfassung große Beschränkungen für die Thätigkeit der einzelnen Departementen enthalten seien; glauben das auch bereits anerkannt zu haben, indem wir sagen, daß eine konsequente Thätigkeit in einer Richtung gewiß oft mit mancherlei Beschränkungen verknüpft sei. Ueberhaupt sind wir weit entfernt, unsern jetzigen politischen Zustand für die höchstmögliche Entwicklungsstufe zu halten, sondern wir suchen das Heil nur in vernünftiger Zurechtbildung auf der Basis des Bestehenden. Aber wir sind der Meinung, daß wir uns auch durch Schranken hängen fühlen, die wir vor der Hand nicht ganz fortzuschaffen vermögen, ein völliges Aufheben jeder Thätigkeit und ein Beschränken auf thätlose Klagen durchaus zu vermeiden

sei; und wir wünschen die Ansicht allgemein zu verbreiten, daß durch verdoppelte Energie und Anstrengung von unserer Seite die stehenden militärischen Einrichtungen solcher Schwächen möglichst paralysirt werden müssen.

(Königsberger Zeitung 1842. Nr. 41.)

### III. Kommunal-Angelegenheiten.

#### 1. Kommunal-Angelegenheit.

Wir und hiesig Jahre sind verfloßen, indem Königsberg's Einwohner an Friedrich Wilhelm III. die Bitte um gefällige Veranlassung der Bürgerchaft richten. Die gewöhnliche Anwesenheit des Königs auf ihrer Verfassung vom 15. Juli 1808 bezeugt ausdrücklich „Förderung der bürgerlichen Selbstständigkeit und Belebung des erloschenen Gemeinfinnes“ als den Zweck des in kurzen zu erwartenden Kommunalgesetzes. Wenn die Städteordnung von 1808 diesen Zweck nicht in dem Grade, wie es sicherlich in der damaligen Absicht des Königs lag, erfüllt hat, so dürfte dieses weniger durch die Schuld der städtischen Vertreter als durch den zwischen der Kommunal- und der Staatsverfassung bestehenden prinzipiellen Widerspruch verursacht worden sein. Das Fortbestehen der bürokratischen Einrichtung des Staates, das Streben nach möglichst Centralisation der Verwaltung, der beherrschend festgehaltene Grundsatz der Bevormundung — alles dieses mußte nothwendig einen lähmenden Einfluß auf die, nur durch Selbstthätigkeit der Bürger herbeigeführte Entwicklung des städtischen Gemeinbewusstseins ausüben.

Als die Selbstverwaltung bei uns eingeführt wurde, konnte es nicht verwundern werden, daß zum großen Theil die bisherigen Mitglieder des

Magistrat, weil man die Ausgaben der Pensionierung schonte, wiederum nicht merkte. Diese von der Stadt besoldeten sogenannten „Geldheben“ Mitglieder, aus früheren Zeiten an ehrenbürtige Amtsführung und unbedingte Hingabeleistung seitens der Bürger gewöhnt, waren nicht im Stande, die hohe Last des Gesetzerlasses zu fassen, sahen in jedem Zweifel an ihrer Unschärferkeit eine persönliche Verletzung, und suchten die Würde ihres früheren Beamtenstehens dadurch ansehnlich zu erhalten, daß sie jeder nicht von ihnen ausgehenden Meinung entschieden entgegentraten. Die unbefähigten Mitglieder des Magistrats, die des Geschäftsganges mangelnd, ihnen nicht das Gezagrecht zu halten vermochten, sahen sich oftmals genöthigt das Feld ganz zu räumen. Die hiermit nothwendig erscheinenden Kenntnisse der bürgerlichen Selbstthätigkeit geben zu erheblichen Konflikten zwischen Magistrat und Stadtbewohnersammlung und diese wiederum zu beschwerlichen Verhandlungen, welche bei den vorgeschrittenen Behörden um so weniger Berücksichtigung fanden, je mehr diese selbst dem bürokratischen Geschäftsgange zugewandt waren.

Die natürlichen Folgen dieser Widerstände blieben nicht aus: der feindselige Eifer, die allgemeine Theilnahme, die sich bei Einführung der Selbstverwaltung kundgab, erlosch; die besseren und tüchtigeren Bürger zogen sich, bei erfolglosen Anstrengungen müde, allmählig zurück, und die Kontrolle der städtischen Verwaltung kam so in die Hände der, die solchen Geschäfte am wenigsten gerechtem waren. Zu diesen in der That selbst beglaubten Uebelständen nahm als neue Erklärung die letztere Folge der Jahre 1812 bis 15 hinzu. Die allgemeine Noth des bedrängten Vaterlandes nahm Geist und Herz jedes Bürgers zu sehr in Anspruch, als daß die Theilnahme für beschränkte Lokalinteressen sich beständig konnte. Der Magistrat, der früheren Ansicht des Staats bis auf die äussern Verwaltungserhalte anhängig blieb, da die bei Bürgern überragende Kontrolle höchst mangelhaft ausgeübt wurde, unabhängig kam er mit den städtischen Einflüssen. Erst nach beendeten Kriege gewahrte man den Mangel, an dessen Rand die Angelegenheiten der Stadt gelangt waren. Die Einrichtungen, die bis dahin zur Befriedigung der Gemeinbedürfnisse vollständig gereichten, erwiesen sich nunmehr zur Deckung der steigenden Ausgaben unzulänglich, die Räumlichkeiten waren veraltet, und schon im

Jahre 1821 hatte das Budget des Stadthaushalts — (den Kriegsschaubeharf ungeschmet) — die enorme Höhe von 120,000 Thlr. erreicht.

Von jener Zeit ab beginnt, zunächst herbeigeführt durch den Verfall des argsten finanziellen Zustand, eine neue bessere Periode unseres städtischen Lebens. Die gesammte Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten fing sich wieder zu heben an; viele der Zuhörern unserer unermüdeten Kämpfe mit den ökonomischen Gemeinwesen; die bisherigen Magistratsmitglieder wurden allmählig durch Männer ersetzt, die das Schicksal der Zeit besser schmecken konnten, und so gelang es endlich dem gemeinsamen Werke der Stadtwirtschaftenvereinsammlung und des Magistrats, nicht nur die Finanzverhältnisse der Stadt zu ordnen, sondern auch die übrigen Kommunalangelegenheiten einem erschwerteren Ziele entgegen zu führen.

Wollte so bezeichnend wie jenes, diese glänzende Wendung der Dinge angestehen, so gerne wir dem guten Willen wie der beharrlichen Thätigkeit unserer Vertreter Dankbarkeit widerfahren lassen, können wir es doch mit der gemeinen Wesen willen nicht verschweigen, daß der Zweck, den der Magistrat bei Verleihung der Selbstverwaltung von Tübingen hatte: „Erlebung des Gemeinwesens und Heranbildung der Bürger zur Selbstständigkeit“ noch keineswegs in dem Grade erreicht ist, wie es der Vaterlandsfreund zu erwarten berechtigt sein dürfte. Dem Gemein Wesen steht noch viel zu thun an, der Magistrat, der selbst in größter Eile, in dem man doch eine allgemeine Bildung verkörpern darf, es der Anbahnung von Einsparungen bedurfte, um die Bürger zur Theilnahme an den Wahlen zu nöthigen.

Weniger ist geschehen, Vieles aber bleibt noch zu thun übrig. Nur kann erst hoffen sich die Früchte der Selbstverwaltung in ihrem ganzen Umfange offenbaren, wenn (wie wir selbst in England sehen) die Einrichtung der Staatsbehörden sich lediglich auf die Sorge für Aufrechterhaltung der bestehenden Gesetze beschränkt, wenn allgemeine Interessen der Stadt als die hiesige Verwaltung ihres Vermögens in den Stadtwirtschaftenvereinsammlungen zur Sprache können, wenn endlich den Verhandlungen derselben Öffentlichkeit gewährt würde, ohne welche noch niemals Gemeinwesen regiert werden.

„Wer den Zweck will, muß die Mittel wollen, zur Wahrheit — Öffentlichkeit.“



Andere Städte unserer Monarchie sind bereits mit gutem Beispiel vorgegangen; sichtlich werden Königsberg's schätzvolle Sammlungen nicht länger liegen, auch ihrerseits auf Öffentlichkeit ihrer Vertheilung angetragen.

(Königsberger Zeitung 1842. Nr. 24.)

## 2. Kriegsschulden der Stadt Königsberg.

Noch immer hat unsere Stadt an den Nachwehen der traurigen Jahre 1806 und 7 zu leiden; und diese Nachwehen sind um so schmerzlicher, da Friede und Wohlstand bei uns seit jener Zeit nicht in dem Maße gewachsen sind, als in den Städten anderer Provinzen. —

Im Jahre 1840 betrugen die Schulden der Stadt Königsberg noch 1,600,949 Thlr., und ob auch seit der Zeit genög diese Summe um einiges ermäßigt ist, immer bleibt der Zustand unseres Stadthaushaltes im Vergleich zu andern Städten ein höchst unersesslicher. Haben wir diesen traurigen Zustand selbst verschuldet? Ist etwa die Verwaltung unserer städtischen Einnahmen für den Zweck der Schuldentilgung nicht thätig genug gewesen? Dahin müssen antworten. Im Jahre 1808 betrug unsere Stadt noch 1,926,000 Thlr.; so ist also von da ab bis zum Jahre 1840 um 325,139 Thlr. vermindert worden — eine Summe, die noch betrüblicher erscheint, wenn man bedenkt, daß während jenes Zeitraumes die Kräfte der Stadt durch ein schreckliches Brandunglück, welches den Verlust mehrer Willkoren verursachte und durch die patriotischen Aufregungen der Befreiungskriege ungemein geschwächt waren. War ein angemessenes, besonnenes, Ansehen also der Stadt den Vorwurf machen, nicht energisch genug auf Verbesserung ihrer finanziellen Verhältnisse hingewirkt zu haben. — Es ist in unserer Zeit vielfach von den Ansprüchen der Kommunen an den Staat die Rede gewesen, namentlich sind in unserer Provinz mehrfach dergleichen Beispiele davon vorgekommen; allein nirgend ist das größere Publikum in dem Maße mit diesen Vorgängen bekannt gemacht worden, als das hohe Interesse des Gegenstandes fordert. Künftig ist man bei uns von Ansprüchen zurückgekommen, welche die Interessen des Handels und der Agrikultur streng von einander sondern, weil gar einander förmlich gegenüberstellen wollten. Solche Ansichten können in Staaten mit so tief-wachsendem Privatguthum wie England sich nicht

weilige Götung verschaffen, und auch eine solche wol nur in Krisen, die auf tief liegende Krankheiten des ganzen öffentlichen Zustandes deuten: in unserem Vaterlande führt Jeder, daß ein wohlfeiles Beibehalten des Ackerbaues auch die Handelskammer bedingt, und daß umgekehrt der Flor der letzteren auch auf den Zustand des erstern die segensreichsten Wirkungen ausüben muß. Deshalb wird jeder irgend erhebliche Beitrag zur Kenntniß der finanziellen Verhältnisse unsrer Stadt wenigstens für die ganze Provinz Preußen von Interesse sein.

Zwei Tage nach der unglücklichen Schlacht von Friedland eilten die Franzosen in die Stadt Königsberg, deren Besitz ein unbedenkliches Geheiß ihnen kaum hatte fertig machen können. Und von dieser Zeit datirt sich der traurige Verfall unsrer Stadtkasse, der sogar eine unpopuläre Einstellung der Aufregung an die Willkür der Stadt zur Folge gehabt hat. Am 21. Juni erließ Darn, General-Intendant der französischen Armee, ein Schreiben an die Kriegs- und Domainen-Kammer, worin 30 Millionen Francs, als „contribution de la ville de Königsberg et de la province“ von der Stadt verlangt wurden. Diese aufzutreiben war unmöglich. Am 7. Juli wurde die Contribution auf 12 Millionen herabgesetzt, von denen 8 baar bezahlt, die übrigen 4 in Waaren abgetragen werden sollten; dabei hielt Darn sich lediglich an die Stadt, ohne seine eigene Erklärung über die Nothwendigkeit dieser Contribution irgend zu berücksichtigen. Dieß kann uns auch nicht befremden, da der franz. General-Intendant nur darauf sah, wie er die ausgeschriebene Summe am leichtesten beschaffen könnte, und der zahlreiche Handelsstand der Stadt es viel bequemer erscheinen ließ, diese allein zur Zahlung anzuhalten, als sich um eine Vertheilung auf die ganze Provinz zu bekümmern. Die Vertreter der Stadt wendeten sich an den Kaiser Napoleon, und dieser antwortete dahin, daß die baar zu zahlenden 8 Millionen auf die ganze Provinz zu übertragen seien, über die in Waaren aufzutreibenden 4 Millionen ließ er sich nicht aus. Es war auch gar nicht Sache der franz. Behörden, die Vertheilung der Kriegslasten unter die preuß. Kommunen zu besorgen, diese machten dieselben später unter sich und mit ihren Staats anemachen; die franz. Staatskasse sah nur dahin, daß ihr das Geld möglichst schnell gezahlt würde. Es kann hier keine spezielle Angabe der einzelnen Lasten und Leistungen der Stadt Königsberg be-

schligt werden, der Gesamtbetrag des für unsere Stadtkasse und die einfachen Bürger in den Kriegsjahren 1806 und 7 erwachsenen Verlustes ist von der Königlich preussischen Regierung auf die ungeheure Summe von 2,833,767 Thlr. anerkannt. Sollten wir uns aber allein an die Contribution von 12 Millionen Francs, von denen die hiesigen 8 Millionen auf die Provinz vertheilt, die 4 Millionen in Baaren aber ausschließlich von der Stadt Königsberg entrichten werden müssen. Nachdem auf die hiesige Summe schon bedeutende Abschlagszahlungen geleistet waren, versammelten sich die Vertreter der Stadt und der übrigen Provinz dahin, daß von dem Reste erstere circa  $\frac{1}{2}$ , letztere  $\frac{1}{2}$  zu tragen hätten. Dieser Vorschlag war nach dem Voll-Ertrage der Einkommensteuer ermittelt worden. So war die Summe von 8 Millionen von vorn herein als Provinzialschuld allgemein anerkannt worden; als daher am 7. September 1811 das Edict über die Finanzen erschien, welches die Übernahme der Kriegsschuld der Provinz Preussen auf Staatsfonds ansprach, wurde der Antheil an diesen 8 Millionen, der noch als Stadtschuld auf dem Hauptstamme von Königsberg lastete, vollständig mit übernommen. Die 4 Millionen in Baaren ließ man aber völlig unberücksichtigen. Wie außerordentlich beschränkt diese Baarenleistung der Stadt getrieben sein muß, wird Ihnen leicht begreifen, der von der Billie der damaligen franz. Intendanten-Beamteten einige Begriffe hat. Die Stadt lieferte Baaren, welche mit 786,364 Thlr. bezahlt waren, befreiten wurden von Darz nur im Betrage von 669,770 Thlr. in Aufschlag gebracht; 412,310 Thlr. mußten später noch baar oder in Wechseln von der Stadt nachgezahlt werden. Außerdem hatte man, um für die ganze Contribution von 12 Millionen Francs Aufschub zu erlangen, den franz. Beamten 27,681 Thlr. als Douceur-Gelder zahlen müssen; auch hiesem wurden nur 38,433 Thlr. als Provinzialschuld [für die Stadt und die übrige Provinz gemeinschaftlich] zugerechnet, 19,218 Thlr. sollte der Stadt allein zur Last. So hat die Stadt statt 4 Millionen Francs oder circa 1,681,681 Thlr. die Summe von 1,226,892 Thlr. als spezielle Leistung außer ihrem Antheile an der als gemeinsame anerkannten Provinzialschuld übernommen müssen.

Es fragt sich nun, ob man nach Rücksicht der Billigkeit die Zurechnung dieser bisher der Stadt allein zur Last fallenden Summe von 1,226,892 Thlr. als Provinzialcontribution veranlassen dürfte.

Die Stadt hat zur gemeinsamen Provinzial-Contribution nach Verhältniß der Kräfte und viel auch noch über dasselbe hinaus beigetragen; welchen Grund kann man anführen, ihr noch eine so bedeutende Last aufzubürden? Die Sache ist schon in früherer Zeit im k. k. Reichsrath zur Sprache gekommen; die Gründe, welche damals der Erfüllung unserer Wünsche entgegengeleitet hat, müssen für uns vom höchsten Interesse sein. „Die Contribution von 4 Millionen Francs, welche die Franzosen der Stadt Königsberg auferlegten, war schon ihrem Ursprunge nach ganz verschieden von der Provinzialschuld. — Man war schon beim Ursprunge dieser Schuld der Meinung, daß jene zur Kategorie der Natural-Requisitionen gehörigen Leistungen nach den Regeln der Provinzial-Contributionen angenommenen Grundstücken nicht beizulegen und eben so wenig lastet werden könnten, als die Natural-Requisitionen in den übrigen vom Feinde besetzten Provinzen.“ Diese Ansicht scheint auf einem Schutten des franz. Intendanten de Stassart zu beruhen, worin derselbe sagt: „La ville de Königsberg est imposée en outre à une contribution de quatre millions en vins, draps, tabacs et autres marchandises; mais il paraît juste, qu'elle la supporte seule, puisque les campagnes et les petites villes ont aussi de fournir de leur côté aux requisitions en nature, et ont été exposées aux fouragements.“<sup>12</sup> Man wird de Stassart wol kaum für eine solche Ansicht bei Entscheidung der k. k. Reichsrath gegen den Staat gelten lassen; sehr und die mit ihm übereinstimmende Ansicht des Reichsrathes würde allerdings unbestreitbar sein, wenn die erwähnten 4 Millionen Francs der Stadt wirklich als Naturalrequisitionen zum Unterhalte der franz. Armee, wie die Requisitionen und Fouragements in der übrigen Provinz abgeführt wären, und wenn die Stadt im Uebrigen mit Natural-Requisitionen versehen worden wäre. Allein dieselbe kann ganz gesondert von jener Summe wie jeder andere Theil der Provinz Natural-Requisitionen aufzubringen, und zwar im Werthe von 699,256 Thlr. und nun sollte sie außer ihrem verhältnißmäßigen Antheile an der Provinzialschuld, außer jenen 699,256 Thlr. in Natural-Beiträgen noch 1,226,892 Thlr. als besond. Last zu tragen haben? Legt man Summe nach, wie wir bereits oben gesehen haben, ein integrierender Theil der Contribution von 20 Millionen Francs, welche später auf 12 Millionen

entföhigt wurde, und unbedingend, wie schon erwähnt, als contribution de la ville de Königsberg et de la province von Darn gefordert war; man gestattete die Abtragung dieser 4 Millionen Francs in Baaren nur deshalb, weil man die Vermögenlichkeit ansah, auf andere Weise die volle Summe von 12 Millionen einzutreiben. Dem Ertrag hien für Natural-Requisitionen veranschlagt 509,266 Thlr. hat die Stadt niemals verlangt; allein die 4 Millionen Francs können als in jene Kategorie gehörig annähernd anzurechnen werden, und die Uebernahme der Provinzial-Kriegsschuld auf Staatsfonds ist in dem schon angeführten Finanz-Erlaß vom 7. September 1811 ausdrücklich ausgesprochen.

Die Ansicht über die Lage der Stadt Königsberg während der Kriegszeit, welche im Staatsrathe vorherrschte, veränderte sich die Abtragung, nur 4 Millionen Francs als Provinzialschuld anzuerkennen. „Die Stadt Königsberg“, sagte man, „war nur kurze Zeit okkupirt gewesen. Die hiesigen Einkünfte dieser kurzen Periode waren vollkommen liquidationsfähig. Wenn die Besitzthümer der Armen durch Unannehmlichkeiten hebelgeschafft werden, erhalten die Einwohner auf der andern Seite Gelegenheit, die Produkte zu höheren Preisen zu verkaufen; bei Einquartierungsclaffen müssen andererseits auch die großen Leistungen in Aufschlag gebracht werden, welche den Vorräth beizien und wodurch Minder sein Wohlstand begründet.“ So wollte man der Stadt nur die Last der wirklichen Besetzung durch die Franzosen anrechnen; man vergaß die großen Opfer, welche sie im unglücklichen Kriege schon vor dieser Okkupation dem Vaterlande gebracht hatte. Daß die ganze Arbeitsleistung unserer Armer für den Winter 1805; nur von der Stadt Königsberg bezugsfähig; dem General Verrington nur eine Summe von 100,000 Thlr. bewilligt werden, welche, wenn auch später von Ausland abgetragen, doch einem starken Vorrath von der Wohlthätigkeit der Stadt hien gehen sollen, die Sache des Vaterlandes mit Aufopferung zu unterstützen, so lange es die eigenen Kräfte nur irgend erlauben. Hien noch selbst während der franz. Okkupation die Stadt der franz. Staatskasse zum baaren Verfaß von 41,281 Thlr. angewendet gewesen. Die Dauer der Zeit kann hien auch gar nicht wesentlich zur Entschädigung beitragen, sondern nur die summarische Größe der Opfer, welche die Stadtkasse und die einzelnen Bürger, gleichviel ob

während der vierzehnjährigen oder einer mehrmonatlichen Periode des unglücklichen Krieges haben tragen müssen.

Schon einmal ist die ungeheure Summe von 1,833,767 Thlr. als amtlich anerkannter Gesamtschuldenbetrag der von Königsberg und seinen Bürgern während der Kriegszeit gemachten Leisten angeführt. Die Beweise derselben hätte wol schon allein ausreichen sollen, die Ansprüche der Stadt auf Übernahme ihrer Kriegsschuld durch Staatsfonds als gerecht und wohlbegründet erscheinen zu lassen; König Friedrich Wilhelm III. hatte aber noch durch eigene gnädige Auslassungen diese Forderung bekräftigt und als berücksichtigungswürdig anerkannt. Schon während des unglücklichen Krieges hatte der König gegen die Vertreter Königsbergs schriftlich sich geäußert: „die Stadt habe sich mit Würde gegen den Feind benommen. Sie könne allen andern großen Städten zum Muster dienen und habe Sr. Majestät ganze Zufriedenheit. Es seien die Bewohner derselben brave, patriotische Bürger, denen Sr. Majestät dieses nie vergessen würden.“ Allein viel bestimmter ist in einer Allerhöchsten Kabinets-Ordre an einen bereits verstorbenen Bürger unserer Stadt die Versprechung derselben an den Staat als gerecht anerkannt: „Ich habe auf Ihre Eingabe vom 14. dieses Monats dem Staatskanzler Hiesigen von Hardenberg den Auftrag ertheilt, dahin zu wirken, daß das der Stadt Königsberg und der Provinz im Jahr 1811 ertheilte Versprechen der Verrentung ihrer (speziellen) Kriegsschuld in eine allgemeine Staatsschuld baldmöglichst in Erfüllung geh.“ — Die werden also nicht allein die Ansprüche unserer Stadt anerkannt, sondern sogar ausdrücklich erklärt, daß diese Anerkennung bereits in dem erwähnten Edikt vom Jahr 1811 erfolgt, und der Stadt ein bindendes Versprechen gegeben sei. Was für Gründe können in einem absoluten Staate wie Preußen gegen diese authentische Interpretation jenes Finanz-Ediktes geltend gemacht werden? —

Was nun die Insicht betrifft, daß durch die großen Leistungen für die franz. Armee viele Personen verarmt seien, so läßt sich diese allerdings nicht völlig vermeiden; es fragt sich nur, wer diese Personen waren und ob aus der Verarmung derselben für unsere Stadt irgend ein Vortheil erwachsen ist? Die Mehrzahl jener Personen waren franz. Lieferanten: die wenigen Preußen, die an dem Contin. Handel zu nehmen mußten, verließen gütigtheits halber Königsberg, um sich der durch die Kriegsschuld hervorgerufenen hohen städtischen Besteuerung zu entziehen.

Es ist also dieser geringe Ertrag — der Stadt durchaus nicht zu Gute gekommen; im Gegentheil wurde eine Menge jener „patriotischen Bürger“, welche große Summen in Staatsobligationen angelegt und dadurch harte Verluste gemacht hatten, später in die traurige Nothwendigkeit versetzt, diese Obligationen, deren Verfallung eine Zeit lang angesetzt werden mußte, mit dem größten Schaden an Wucherer und Börsen-Spekulanten zu veräußern. Eben so wenig Vorteil hatten diejenigen, welche an die großen Versicherungen bestimmte Natural-Versicherungen leisteten; denn dieselben wurden ihnen zwar nominell höher als geschätzt, aber in Zahlung kaum bezahlt, welche später ebenfalls nur mit erheblichem Schaden in bares Geld umgesetzt werden konnten.

Ein langer Friede hat jetzt allerdings die traurigen Nachwirkungen jener Kriege dem Auge des oberflächlichen Beobachters verbodet; unsere Provinz und auch unsere Stadt hat seitdem viel an geistiger Regsamkeit, so an materiellem Wohlstande gewonnen, und diese unläugbare Thatfache scheint in den Augen vieler jede Klage über altpolitische Leiden, die bei Kommunen auslagen, und über zu geringe Unterstützung von Seiten des Staates zu überwiegen. Aber es handelt sich nicht darum, ob überhaupt der Zustand unserer Stadt und der Provinz (denn beides ist sich nicht ganz reinen) im Vergleiche gegen die Kriegsjahre sich verbessert, sondern es ist sich, so weit nicht politische Verhältnisse hindern, in dem Maße verbessert hat, wie in andern Provinzen, in dem Maße, wie es die reine, aufopfernde Anhänglichkeit der Bevölkerung an Vaterland und Regentenhaus verdient hat.

Gegenwärtig liegt diese Angelegenheit dem Königl. Staatsrath vor und wir dürfen wol, bei der Rechtschaffenheit des von der Stadt Königsberg gemachten Anspruches, eine günstige Entscheidung desselben erwarten. —

(Königsberger Zeitung 1842. No. 82. u. 83.)

### 3. Öffentlichkeit der Stadtherordneten-Verhandlungen.

Die Verfassung unseres Vaterlandes soll auf einer breiten sichern Grundlage in die Höhe gebaut werden, auf einer Basis, die in dem ganzen Volke und nicht in einigen Klassen desselben ruht. Diese Ansicht ist allerdings häufig ausgesprochen, und kein einsichtsvoller Patriot wird sie verwerfen. Natürlich ist es auch, daß man mit Entsch-

nung des Grundgesetzes begonnen hat, und zum letzten Acten des ganzen Verfassungswerkes bis zu seinem höchsten Gipfel hin erst allmählig fortgeschritten. So erschien zuerst die deutsche Commune selbständige Verfassung, dann setzte man Provinzen zusammen und bildete unsere jetzigen Provinzialstände, und schon ist nothwendig durch die Vertheilung gemeinschaftlich bearbeiteter Aufträge aus allen Provinzen ein wesentlicher Schritt gethan zu einer Vertretung der Monarchie als eines einzigen, untheilbaren Ganzen, ein wesentlicher Schritt zur Vollendung des großen, seit dem unglücklichen Kriege begonnen Verfassungswerkes. Wir, die dem heiligen Fundamente des großen Staatsverbandes beheimlich näher stehen als dem Gipfel desselben, wir alle haben nur zwei Wege vor uns, um die Entwicklung unserer Verfassung nach bestem Wissen fördern zu helfen. Zuerst müssen wir dahin streben, die uns bereits gegebenen Institutionen in einer Art zu benutzen und in so weit als möglich zu festigen, daß sie eine ständige Basis für weitere Fortschritte bilden. Regenten können den Wählern zwei Rechte und Freiheiten versetzen, allein der ständige Sinn, die ständige Theilnahme an Verwaltung dieser Freiheiten muß aus dem Volke selbst hervorgehen, und kann durch den Befehlgeber bloßens nicht gefördert werden. Dieser ständige, theilnehmende Sinn ist es allein, der den Volkswahlen rechten Werth verleiht, der sie aus einer todten, auf das Papier beschränkten Phrase zu einer lebendigen Wahrheit umwandelt, die an jedem Bürger einen heiligen Antheil hat. Außerdem können wir noch durch gesetztes, beherrschtes Ausprechen unserer beschriebenen Wünsche wesentlich zur Ausbildung unserer Verfassung mitwirken. Denn eine vortheilhafte Regierung giebt sich nicht geringeres Verfassungserpochen hin, welche Ruhe und Sicherheit jenseits nicht so leicht zu schützen. Sie hüte sich, ein plötzlich entzweigtes Verfassungsgebilde aufzuführen, welches vielleicht schon morgen als unzulänglich sich erweisen würde. Sie nimme mit dem Bestehenden nur diejenigen Veränderungen vor, welche sie im Grunde mit der öffentlichen Meinung als unabweislich erkannt hat. Dazu ist aber erforderlich, daß die öffentliche Meinung sich erst und deutlich ausspricht.

Herr von Bülow \*) erklärt es für die Bestimmung Preussens: „die Welt ein Beispiel zu geben, wie eine Monarchie geführt sein

\*) Preußen, seine Verfassung, seine Verwaltung, sein Verhältniß zu Deutschland von Bülow-Schunemann. Berlin 1842.



müsse, um im vollen Besitze der Macht, — die ganze Kraft der Nation in sich zu vereinigen, und doch dem Volk als Freiheit zu genöthen, wenn es zu seinem Wohle bedarf.“ Man könnte vielleicht sonst besser sagen, daß unser Vaterland die ihm gehörnde Stellung auf die Dauer nur behaupten kann, wenn es vollständige Mündigkeit der Nation im Innern mit energischer Kraft der Regierung nach Außen hin verbindet. Das Erben der Willen, für mündig erklärt zu werden, ist das charakteristische Merkmal unserer Zeit überhaupt, und die jetzt vorherrschende Richtung der groß. Nation. Es gibt aber keinen zweckmäßigeren Weg in diese Richtung, als umsichtige Verknüpfung der bereits verliehenen Freiheiten.

Eines der bedeutendsten Gesetze, mit denen unser vernünftiger Monarch sein neues Volk beglückt hat, ist unstreitig die Städteordnung. Die einzige Beschränkung würde hinreichen, seinen Namen und den (nicht eben Minderen) Sein jedem Vorurtheil unzugänglich zu machen. Durch die Städteordnung ist ein mächtiger Hebel gegeben, allmählig eine lebhaftere politische Regsamkeit, eine tätige Theilnahme an öffentlichen Interessen bei der ganzen Nation hervorzurufen. Sie könnte das Volk daran gewöhnen, sich ernsthaft und gründlich mit öffentlichen Verhältnissen zu beschäftigen; das lebendige Wirken für Kommunal-Angelegenheiten würde eine treffliche Vorstufe bilden für eine ungezügeltere Theilnahme an Angelegenheiten des ganzen Vaterlandes. Es wäre eine Selbsttäuschung, wenn man behaupten wollte, die Städteordnung habe bewirkte Wirkungen bereits in erheblichem Maße geleistet; es wäre aber kindliche Naivität, wenn man darum jede bewirkte Hebung für die Zukunft aufgeben wollte. Die bis jetzt herrschende Theilnahmslosigkeit an Kommunal-Angelegenheiten ist ein zu großer Uebelstand, als daß nicht eifrig nach Abhilfe gesucht werden müßte. Auf jeden Wunsch nach freierem Spielraum in höheren Kreisen kann man uns bis jetzt noch mit der Antwort antworten, gewiß doch die eigenen Freiheiten thätig zu benutzen, die man in niederen Sphären uns bereits verschaffen hat. Es ist wie die Fortbildung unserer ständischen Einrichtungen beanspruchen, kann man uns die Behauptung entgegenstellen, daß wir an unseren Kommunal-Angelegenheiten noch nicht die Theilnahme und Regsamkeit brauchen haben, welche zu einer heilsamen Entwidlung der Verfassung erforderlich ist. Das wichtigste Hinderniß dagegen ist aber Oeffentlichkeit der Stadtver-

ordneten Verhandlungen. Oeffentlichkeit ist hier das große Schlagwort, das Vereinigungspunkt aller einsichtsvollen Freunde des Fortschritts. Um Oeffentlichkeit der ständischen Debatte hat der letzte preussische Landtag, für Oeffentlichkeit des Richtersverfahrens hat unser würdiger Justizminister sich ausgesprochen, und dadurch den lebhaftesten Dank aller Vaterlandsfreunde sich erworben; Oeffentlichkeit der Stadtverordneten-Verhandlungen ist von Stettin bereits beantragt, und selbst in Berlin soll schon daran die Hand gewesen sein. Wollen die Bürger unserer Stadt hinter legend einer anderen Kommune der Monarchie zurückbleiben? Man möge uns nicht, daß die meisten Verhandlungen über ständische Angelegenheiten kein allgemeines Interesse hätten, daß sie zu einfach und ungeschwätzt seien, um das Publikum anzuziehen. Der Anblick, geachtete Redner in öffentlichem Interesse Alles lassen zu sehen, was ihre Wirkungskreis erlaubt, wird für den Zuhörer immer interessant sein; die Möglichkeit, sich über manche ständische Verhältnisse näher zu belehren, würde gewiß viele anlocken; die Theilnahme an den ehrenwerthen Männern, welche mit Aufopferung ihrer Bequemlichkeit dem allgemeinen Besten dienen, würde beim Publikum auch das Interesse an den verhandelten Gegenständen heben. Diese allgemeine Theilnahme würde aber auch für die Stadtverordneten ein mächtiger Sporn zu höherem Eifer sein.

Eben so wenig wird der Versuch, eine solche Oeffentlichkeit einzuführen, durch den Einwand als unpassend beseitigt, daß dieselbe erst bei der Regierung beantragt werden müsse, und von ihr verworfen werden könnte. Unsere Regierung ist zu aufgeschlossen, ein allgemein gefühltes und gelingendes Begehren unberücksichtigt zu lassen; darauf aber kommt es an, daß dasselbe allgemein gelindert werde. Welche Stadt sollte sich wol eher berufen fühlen, hierin, so wie Götting, mit gutem Beispiele vorzugehen, als die unserige? Schon beginnt dieselbe, sich den Rahmen einer thätigen Vorläuferin auf der Bahn geschlossenen Fortschritts zu erwerben; unsere Stadtverordneten werden gewiß nie vergessen, was sie dem Reize ihrer Kommune schuldig sind. — Uebrigens liegt es ganz in ihrem unbeschädigten freien Willen, wenigstens einen Schritt auf der angezeigten Bahn vorwärts zu thun. Es dürfte nur mit der Aufforderung zu Stadtverordneten-Versammlungen der jeweiligen Gegenstand der Verhandlungen durch die Zeitungen bekannt gemacht werden. Schon dadurch würde das Publi-

kum in den Stand gesetzt, sich eine allgemeine Uebersicht über die Beschäftigung der Staatsverordneten und über die Behandlung der kommunalen Angelegenheiten zu verschaffen, und auch hiernach würde das Interesse an denselben einigermaßen erhöht werden. Freya betrifft es aber keiner weitem Autorisation der Regierung.

Schon in einem frühern Aufsatze ist derselbe Vorschlag gemacht worden; allein es ist nicht verstanden, ob derselbe eigentlich in Erwägung gezogen sei. Nur zu oft ist es auch das Schicksal der Zeitungsaufsätze, daß das Publikum sich mit einer ziemlich werthlosen Freude über die freie Sprech- und Denkweise derselben begnügt, ohne die darin mitgetheilten Ansichten und Vorschläge in ernstere Erwägung zu stellen. Die mancherlei Unbequemlichkeiten völligen Indifferenzismus, dem wir uns eben erst zu erwehren angefangen haben! Die hier ausgesprochenen Ansichten werden keinesweges als unsicher und unbestimmbar aufgestellt, allein sie betreffen eben zu wichtigen Gegenstand, um mit theilnahmlosim Stilltschweigen übergangen zu werden. Sollten die Vertreter unserer Kommunen diesen Ansichten nicht beistimmen, so kann man doch mit Recht erwarten, daß sie die Gründe ihrer abweichenden Meinungen frei und offen mittheilen werden, denn nur durch einen freien und offenen Austausch der verschiedenen das öffentliche Leben betreffenden Ansichten kann das Wohl des Ganzen gesichert werden.

(Königsberger Zeitung 1842. No. 102.)

## IV. **Zusatzverfassung.**

### 1. **Kriminalprozeß.**

Ist es billig, daß Gelohene (Juristen) die Kriminalurtheile sprechen? Diese Frage muß meines Erachtens mit Nein beantwortet werden und zwar selbst nach der preussischen Halsgerichtsordnung. Denn so wie es schon in der Summe heißt: „daß im heil. Römischen Reich Deutscher Nation altem Brauch und Herkommen nach die meisten „preussischen Gerichte mit Personen, die der kaiserlichen Rechte nicht ge- „höret, versehen oder ledig haben, besetzt wären;“ und daß es daher wegen nöthig gewesen, die preussische Halsgerichtsordnung abzufassen, so mit „alle und jede Reichsunterthanen ein gerechtes Urtheil zu sin- „den im Stande sein möchten.“ — also ist auch ferner sogleich im ersten Artikel verordnet, daß die preussischen Gerichte besetzt sein sollten mit — „frommen, ehrbaren, verständigen und erfahrenen Personen“, ohne die Rechtsgelahrtheit auch nur im mindesten zu erfordern. — Der Kaiser nennt das Urtheilssitzen angesehener Personen einem alten Deutschen Gebrauch; und da in England noch jetzt ein gleiches Sitich ist, so fragt sich billig, ob wir wohl und recht daran gethan haben, diesen Gebrauch zu verlassen und dazu sage ich nein. —

Denn was kann unbilliger und grausamer sein, als einen Men- schen zu verdammen, ohne versichert zu sein, daß er das Gesetz, dessen Uebertretung ihm zur Last gelegt wird, begriffen und verstanden habe, oder begreifen und verstehen könnte? Die deutlichste Probe aber, daß ein Urtheilshörer das Gesetz verstanden habe oder doch verstehen könnte und sollte, ist unstreitig diese, wenn sieben oder zwölf ungelehrte Männer ihn dennoch verurtheilen und durch eben dieses Urtheil zu er- kennen geben, wie der allgemeine Begriff des übertretenen Gesetzes ge- wesen, und wie jeder mit bloßer gesunden Vernunft begabte Mensch solches ausgelegt habe. Dies ist die einzige Probe von der wahren Deutlich- keit des Gesetzes, welche der Gelohene nie geben kann, weil seine Ehre zu gefährdet, zu klein und über den gemeinen Begriff zu sehr erhaben sind. Der in der preussischen Hals-Verichtsordnung vorgeschriebene Eid erfordert von den Urtheilssitzern, daß sie nach „ihrem besten Verständ-

„nisse“ sprechen sollen. Das beste Verständniß eines Geschwornen ist aber nothwendig von dem besten Verständniß des Verbrechens sehr unterschieden. Der Geschworne ist ein Vernünftiger, der durch ein Vergleichenvermögen hundert Dinge in einer Sache entdeckt, welche einem gemeinen Auge entgehen; und der seine Metast, der das menschliche Herz lange studirt hat, entdeckt Falschheiten in den Tugenden, welche im gewöhnlichen Leben gar nicht bemerkt werden. Wenn also ein Geschwornener urtheilt, so ist er in beständiger Gefahr, von seiner feinen Einsicht entweder zum unzeitigen Mitleide oder zu einer übermäßigen Strenge verführt zu werden, — und er sollte sich um seines eigenen Gewissens willen als mit geistlichen Urtheilen abgeben. Haben doch die Englischen Geschworne Richter davon ausgeschlossen, weil sie geglaubt haben, daß ein solcher Mann, der alle Tage ein stehendes Bild unter seinen Urtheil mit Vergewaltigen richtet stehe, nicht zu hart gegen einen armen Sünder sein könnte. — — —

So schrieb vor 74 Jahren Justus Möser, der rechtskundige advocatus patriae. Der rechtliche Entwurf zur Strafproceßordnung für die Preussischen Staaten enthält über den sehr Deutschen Brauch der Geschwornengerichte nichts. —

(Münchener Zeitung 1842. No. 46.)

## 2. Summarischer Proceß.

Begier der Verordnung vom 1. Juni 1833 über den Mandats-, summarischen und Regimentsproceß haben sich bisher kaum hören lassen, wenigstens, weil es ihnen nicht gielt, als weil nur Geschäfts(tribunal)männer darüber schreiben.

Eine der Vorschriften der Verordnung vom 1. Juni 1833 gemäß geführte Proceßinstruktion, zumal die mündliche Verhandlung, zwischen rechtsunkundigen Parteien aus dem gemeinen Mann- und Bürgerstande gewöhnlich, in sofern dabei mit aufrichtigen Gesichten an ungebildeten Mann Anforderungen gestellt werden, welchen aus dem Gebührenden am Rechtsgelahrten genügen können, ein lächerliches, und in sofern dadurch materielles Unrecht oft durch Form und Schein des Rechts festgesetzt wird, ein herabwürdigendes Schauspiel, im Ganzen dem Zwecke auf die Beschäftigten. Daher ist die Zahl derjenigen, welche mit dem summarischen Proceß an Mann Unrecht die Zahlmilde der mündlichen Verhandlung verleißen,

größer als derjenigen, welche bei dem alten Verfahren der Allgemeinen Gericht-Ordnung über Nachtheile aus Verschleppung ihrer Rechtsmittel sich zu beklagen hatten.

Auch die obigen Geschäftsstände sind von ihrer Freude über die Vorteile der Verordnung vom 1. Juni 1833 etwas zurückgekommen, fühlen die Uebel des neuen mathematisch berechneten Verfahrens wohl, wollen ihnen aber, wie bekannt, nur wie Nadeln abhaken, welche nicht gegen den Grund, sondern gegen einzelne Symptome der Krankheit operiren. Man will nämlich die Parteien nöthigen, allgemein durch Justizkostenmassen sich vertreten zu lassen, letztere gleichzeitig von der richterlichen Aufsicht entbinden, und so dadurch effektiv zu der Behauptung römischer oder französischer Advocaten verhalten. Den römischen Advocaten stürzten die alten Deutschen nach der Taurburger Schlacht gegen Lafer die Zangen an, und das französische Advocatenstamm ist ein — Pflaster über einem Krebsknoten; diese aber blickt in die Unkrautbarkeit des Code civil für den Rechtsunkundigen. Unsere Verordnung vom 1. Juni 1833 hat in mehrfacher Hinsicht die Rechnung ohne den Wirth gemacht, die Prozessmaschine aus mathematischen Größen ohne Berücksichtigung des Materials konstruirt. Rechtskundige Parteien und vorzüglich Klage und antwortende, wie auch sehr gewissenhafte Richter werden vorausgesetzt. Die Mehrzahl der Parteien aber ist rechtsunkundig; der Rechtskundige weiß vor Prozess sich möglichst zu hüten. Ueber Fälligkeit, Komproesse und prozessuale Zustellung haben wir noch keinen erfolgreichen Prüfling; unsere Staatsprokuren werden hier täglich ungehört, und nähern sich dem Wesen einer Komize. Das Preussen nicht einmal so viele vorzügliche Köpfe unter seinen Richter zählt, nur alle Obergerichte damit vollständig zu besetzen, läßt ein Bild in so manche Session. Namentlich ist Huns schon Verlegenheit erschienen, wenn die durch Tod oder Versetzung erledigte Stelle eines Dirigenten und Vorsitzenden der Deputationen für den sächsischen Prozeß zu besetzen war. Die Sorge für gewissenhafte Richter ist die schwerste, und um so schwerer, je mehr das Gefühl die Kontrolle erschwert. Jetzt weiß, was es früher kostete, gegen einen pflichtvergessenen Richter die Untersuchung zu begehren, und wie viel mehr noch, durch ein verurtheilendes Erkenntniß seiner Wirksamkeit an die zu setzen. Endlich noch dem veröffentlichten gegen Ich enthalten des Herrn Justizministers haben die Untersuchungen gegen Justizbeamte abgenommen; daraus wird der Feind von seinen die Ju-

Steuern den besondern Schutz auf durchgängig größern Ansehen zu setzen. In 10 Jahren wächst die Moralität einer so zahlreichen Klasse nicht so schnell. Aber die genaue Aufsicht hat die Amtvergehen verhindert. Wenigstens im Allgemeinen müssen die Kriminalthaten desto mehr Verbrechen nach, je sorgfältiger Polizei und Kriminaljustiz gehandhabt wurden. Aus welchem Grunde das statische Gesetz in eignen Briefen nicht geht, muß noch erst begeben werden. Besonders gewährt der Prozeß, besonders die Instruktion, unter allen richterlichen Geschäften die meiste und beste Gelegenheit zu verständlichen Amtvergehen, zu Parteilichkeit und Verschöbheit. Nach der Verordnung vom 1. Juni 1831 werden bei der eigentlichen Instruktion nur das Resultat der Verhandlung im Allgemeinen und die Zugeständnisse, deren Aufzeichnung der Segar verlangt, und die eignen Erklärungen, welche das Gericht für erheblich hält, niedergeschrieben. Wie viel kann da Verlust an den Wunden verlingen, wenn der Richter nachlässig oder lässig ist! Die Kenntniß über den Richter ist im Vergleich gegen das alte Verfahren der Allgemeinen Gerichts-Ordnung gleich mit dem Verfall einiger Parteilichkeit sehr erschwert. Durch die vorgeschriebene Aufzeichnung einer zweiten Gerichtsperson wird diesen Uebel nicht im geringsten abgeholfen. Thatsache ist man die Zahl der Prozeßführer nicht gleichzeitig vermehrt, was notwendig, sehr ist, um dem Richter im Civilprozeß kontrollieren zu können, allermehrstens die Kenntnisse und die praktische Ausbildung eines Referendariums erforderlich, welche weder die gerichtlichen Prozeßführer noch die Assessoraten besitzen. Durchgängig in der Praxis genügt es nun gar, wenn unter dem vom Richter selbst geschriebenen Protokoll eine zweite Gerichtsperson bezeugt, daß sie der Verhandlung beigewohnt. Aber diese zweite Gerichtsperson ist entweder müßig dabei, hört zu, und weicht dann in der That der Verhandlung bei. In diesem Falle beschäftigt das Prozeßsache in der That zwei Gerichtspersonen. Wollte man die Zahl der Justizbeamten vermehren, dann würde auch bei der Verhandlungsart der Allgemeinen Gerichts-Ordnung der Prozeß ein schneller Gang gehen werden können. Die Kontrolle des Deputierten ist möglich, die Verückung der Parteien unmöglich. Ist die zweite Gerichtsperson aber auch hieselbst mit dem zweiten Prozeßsache beschäftigt, was in der Praxis als Regel angenommen, dann ist in der That keine gegenseitige Kontrolle vorhanden, das obige Uebel das diese Form und das Verückung des Amtes. Wer irgend etwas nach der

Erwählung vom 1. Juni 1833 als Syndikus fungirt her, kam die Unzufriedenheit, neben der eigenen Verhandlung gleichzeitig den Gang der Juristen vor einem andern, selbst an denselben Tische arbeitenden Richter, zu beobachten.

Die Vernehmung vom 1. Juli 1833 kann zum Endurtheil für die Partialität des Richters dienen, und wenn sich bei Vernehmung des Herrn Justizministers Richter die Untersuchungen gegen Justizbeamte sich vermehrt haben, so weiß man noch nicht, welchen Einfluß darauf die Vernehmung hat, und ob jene Erscheinung mehr zu beklagen oder mehr zu bejammern ist.

© 2004 by Blackwell Publishers Ltd. *Journal of Internal Medicine* 255: 491–501

### 1. Crinidae Greville

Die großen Interessen, welche hinsichtlich in der politischen Organisation zur Berücksichtigung und Beförderung des politischen Fortschritts vorzunehmen werden — wir meinen unter andern die Gesetze über den Budget-, summenförmigen und Wandlungsprozeß — haben bis jetzt einen Punkt außer Acht gelassen, der neben vielen andern Uebelständen unendliche Verschleppung und Verzögerung der Prozesse herbeiführt. Es ist das der erkrankte Gerichtsstand. Derselbe beruht nach Art. 3. der Allgem. Gerichtsordnung auf der Nationalität, der Geburt und dem Stande der sowohl natürlichen Personen. Wenn auch bei Einführung des Gesetzes das Festhalten gewisser Privilegien für bestimmte Stände in dem Zeitgesetze begründet war, so ist doch unter den jetzigen Verhältnissen eine solche Ungleichheit vor dem Gesetze schmerzhaft zu beklagen. Es existiren nur zwei Möglichkeiten; entweder gänzlich das Institut des Ständes aus dem Gesetz, oder nicht. Gänzlich ist einem Vertheil, so ist dieser ein den allgemeinen Rechtsprincipien durchaus widerstrebender, weil vor dem Gesetze alle Unequalitäten der Staatsbürger gleichgültig wären. Gänzlich ist aber keinen Vertheil, so fällt jeder Grund, das Institut beizubehalten, fort. Die erkrankten Personen haben bekanntlich nur von den Obergerichten ihrer Provinzen Noth zu nehmen. Bei den oft großen Ueberbürdung von dem Tage befristeten werden die Parteien gezwungen, Reisen zu unternehmen oder weitläufige und die mühseligste Mittheilung ständiger stehende Rechtsproben zu unternehmen, durch welche die Kosten des Prozesses ins Unvorstellbare vermehrt werden. Wenn diese



Uebelstand durch das Induzir der Kreisjustizräthe, der beständigen Kommissarien des Obergerichts in den verschiedenen landesherrlichen Reichen, auch für die Prozesse über unbedeutenden Gegenstände einigemassen vermindert ist, so bleibt jedoch doch nur immer eine palliative Hilfe, welche zwar denkwürdig ist, aber da, wo eine Radikaler so leicht ausführbar, nicht befriedigen kann.

Inser der ängsten Prozessdauer spricht für Aufhebung jenes privilegium odiosum des vorerwähnten Wägenworts der Richter, Criminalen, daß, wer einem andern Richter hat, auch noch andere Gemeindeglieder bezieht werden. Denn das unabweisbare Verlangen nach allgemeiner Rechtsgleichheit kann erst dann in dem Bewußtseyn des Volkes seine Befriedigung finden, wenn Alle ohne Ausnahme nicht nur demselben Gesetze, sondern auch demselben Richter unterworfen sein werden.

Ob diesen bedeutenden Uebeln, kann auch nicht ein einziger Theil des Gegengewichts hält, ist es schwer zu erklären, warum das Justiz des einmüthigen Bundesrathes nicht längst schon durch Prestationen von Seiten der damit Bekannten aus der Reihe der Gesetze geschwunden ist. Wahr sagt Weyhe:

Es wem ich Geiz und Neht  
Wie eine ew'ge Krankheit fort. —  
Weh dir, daß du ein Fasel bist! —

Weyhe findet seine Erklärung bei diesem Zustande der Dinge, wie aber offenbar nicht.

Wie andern Uebeln aus der vergangenen Zeit wäre vielleicht auch das hier gesezte Wägenwörtchen längst beseitigt, wenn nicht manche Orten so sehr an den Zuständen ihrer Vorfahren hängen, daß sie selbst werthe Geiz oder schändliche Privilegien aufzugeben sich nicht entschließen können. Fällt sich doch an das die Erhaltung vielerlei mancher Vorrechte nicht anknüpfen, und sind die Klümm der Vorzeit doch so schön, daß — wo diese sind — man selbst künstliche zu schaffen versucht. Hoffen wir jedoch, daß in unserm jedem vernünftigen Fortschritte baldiges Zerknacken auch dieser trübseligen Kette-Gefühls bald den rechten Weg bezeichnen der Gerechtigkeit vor dem Gesetze das Feld räumen werde. —

(Königsberger Zeitung 1842. Nr. 56.)

#### 4. Provinzialgesetze.

Im ganzen Königräiche Preußen galten das Allgemeine Landrecht, die Allgemeine Gerichtsordnung und die Gesetzsammlung. Diese Gesetzbücher machten schon zusammen ungefähr 40 Bände aus, die Gesetzsammlung in Quartformat. Nach §. 12. der Einleitung zum Allgemeinen Land-Rechte ist zuverstehen: „Es ist ein jeder Einwohner des Staats sich um die Gesetze, welche ihn oder sein Gewerbe und seine Handlungen betreffen, genau zu erkundigen gehalten; und es kann sich Niemand mit der Unwissenheit eines gehörig geklärten Gesetzes entschuldigen.“ Hiernach ist jeder preussische Staatsbürger verpflichtet, alle Gesetze zu kennen, denn es kann nicht gut Jeder im Voraus erweisen, welche Gesetze den Fortgang seiner Verhältnisse bestrikt bekränken werden, welche nicht.

Wenn man aber zu den oben aufgezählten 40 Bänden die 53 Bände der Jahrbücher des Herrn v. Kamptz und die mehreren Quartbände der Königsalmanachen zählt, die mehr oder minder Verrichtungen enthalten, welche nicht bloß die eigentliche Justiz, sondern auch oft den bürgerlichen Geschäftsverkehr betreffen, so dürfte jedem ehrlichen Manne, der gerne gesetzlich leben möchte, der Angstschein über den Gedanken ausbrechen, daß es rein unmöglich sei, alle diese Gesetze kennen zu lernen.

Hat er vielleicht noch Gelegenheit zu bemerken, wie die Rechtsgelehrten Handlung über die Auslegung eines Gesetzes streiten, das ihm ganz deutlich zu sein schien, nimmt er wahr, daß öfter in einer ansehnlich einfachen Rechtsangelegenheit durch drei Instanzen drei ganz verschiedene Erkenntnisse ergöhen, nimmt er ferner wahr, daß die künigliche Regierung selbst zu einem einfachen Gesetze oft eine solche Masse von Declarationen und Commentarien beiset, daß sie zu vielen Bänden aufschwellen, bemerkt er endlich, daß die Fassung der Gesetze oft von der Art ist, — man vergleiche die Gesetze vom 4. März 1834 und 6. April 1839 — daß selbst der klugste und geistreichste Kopf Mühe hat, sich eine deutliche Vorstellung von dem Resultat der eigentlichen Verordnung zu machen; so mag er völlig versteh'n, was seine Gesetzgebung sich als höchst unfaßliches Bild zu schaffen.

In diesem Meer von Gesetzen oder besser an diesem Wogen von Gesetzen haben wir jetztbüchtigen Preußen noch nicht genug, wir müssen in dieses Meer noch einige Stübe setzen, wir müssen zu diesem Wogen von Gesetzbüchern noch einige Hügel von Provinzialgesetzen fügen.

Nach unserm unmaßstäblichen Dafürhalten wäre dieser Provinzial-Gesetz-Jammer gleichet überflüssig. — Leute, welche die äussersten Entfernungen zwischen nicht mehr als 6 Provinzen und 17 Bingenorte von einander entfernt wohnen, können sich mit einem und demselben Gesetz begnügen, und nicht beauftragt die Provinzen des päpstlichen Staates auf besondere Provinzialgesetze Ansprüche zu machen.

Ein Gott, ein König, ein Gesetz, eine Sprache ist unser Wahlspruch. Es hat allerdings Gott und der durch Ihn wirkende Natur nicht gefallen, den Menschen in Uniform zur Welt zu bringen, darum hat sie einem Theil der Menschen eine weiße, dem andern eine schwarze, dem dritten eine kupferfarbige, dem vierten eine gelbe Haut gegeben. So thöricht es nun wäre, durch physikalische und chemische Operationen einen Versuch zu machen, allen Menschen eine gleichfarbige Haut zu bewirken, so thöricht es wäre, eine Universalgesetze erfinden zu wollen, in der alle Menschen sich mit einander verständigen könnten, so thöricht es wäre, alle Menschen zwingen zu wollen, ihrem Gott in derselben Weise anzuhängen; so thöricht würde es auch sein, zu verlangen, daß alle Menschen des Erbtheils einem bürgerlichen Gesetz unterworfen sein sollen.

Alles, der Zustand der Nationalität und des Nationalwohlstandes werden hier menschliche Zweckungen nicht allein widerspruchswürdig, sondern sogar nothwendig machen, obgleich auch selbst auf diesem Gebiete die Gesetze, nach welchen die Verträge des Kaufes, der Miete, des Leihens, des Darlehens, des Pfandes und Ähnlicher regulirt werden, so ziemlich bei allen christlichen Nationen des Erbtheils derselben sein werden.

Aber eben so ungemessmäßig und unerschütterlich es sein würde, alle Nationen der Erde unter ein Gesetz stellen zu wollen, so destruktiv und gefährdend für das Wohl zumal kleiner Staaten dürfte es sein, jeder Provinz, jeder Stadt oder endlich gar jeder Gemeinde ihr besonderes Gesetz zu verwilligen. Abgesehen von dem Nützlosigkeit, die dadurch dem Gesetzstudium aufgebracht werden, und welche, wie wir eben gezeigt haben, schon groß genug bei dem Studium der Landrezepte sind, so wird dadurch auch offenbar dem Universalismus Eintrag gethan. Daß die Verschiedenheit der Sprache, der Gesetze und übrigen Staatsverrichtungen es hauptsächlich sind, welche Volk von Volk trennen, wird Niemand bestreiten; denn es dürfte schwerlich ein Krieg zwi-

ihren Grenzreich mit Deutschland in unsere Zeiten noch hinlänglich und ausfüllbar sein, wenn von den Fremden bis an die Mauer nur deutsch oder nur französisch gesprochen würde, oder nur der Code Napoleon oder nur das Gesetzbuch Friedrichs des Großen Geltung hätte.

Es wird sich heraus umgekehrt ergeben, daß es zur Einheit seit und zur Kraft eines Volkes wesentlich beitragen muß, nur eine Sprache und ein Gesetz zu haben. Es wird Niemand beargwöhnen, daß die österreichische Monarchie mit ihren 30 Millionen Einwohnern morgen die Kraft von 60 Millionen haben würde, wenn es möglich wäre, die 30 Millionen alle in Österreicher oder alle in Ungarn, oder alle in Pechenken umzuwandeln.

Preußen ist ein kleiner Staat, er zählt kaum 13 Millionen Einwohner und Centralisation thut uns vor allen Dingen noth.

Das Wesentlichste bei der Centralisation ist aber Einheit in der Gesetzgebung; denn durch Zersplitterung in ihr wird der Ohrspreng des Vornamens, dem Kaiser, dem Kaiser, dem Kaiser und dem Kaiserländer entfreundet, wie es bei Wälsch dem Österreicher, dem Ungarn, dem Galizier, dem Pechenken ist. Aber noch ein schrecklicheres Beispiel haben wir vor unserm Auge in Spanien. Warum stößt so viel eines Völkchens in dem hochherzigen Spanien? Wahrscheinlich viel weniger des hochherzigen Carlos wegen, als wegen der Juncos der Waffen und Vandalen. Was sind diese andres als — Provinzialgesetze! —

Mögen Herrschsüchtige und Schwache immerhin ihr Spiel in dem Machtwortstücken Divide et impera finden, mögen sie deshalb die Provinzial-Interessen und Einrichtungen der einzelnen Provinzen so viel als möglich trennen, wir leben Gott sei Dank unter einem Herrscher, bei der Hochherzigkeit ansieht, das physisch kleine Preußen moralisch groß zu machen. Dieses kann aber nur durch Einheit geschehen. — Hat die Weisheit unserer Herrscher schon vermocht, und durch den Zollverband wirkende von Herzen unserer deutschen Mitbürger zu werden, hat das Genie unserer Minister nicht es vermocht, durch Eröffnung des summanischen Prozesses den ersten Schritt der Annäherung des preussischen Reichthums in den alten Provinzen zu dem in den Rheinländern zu thun, wird es vielleicht möglich werden, in dem zu erwartenden neu redigirten preussischen Landrechte ein Gesetzbuch hineinzustellen, welches die Rheinländer vor dem österreichischen Code Napoleon den Vorzug geben.

Im Allgemeinen Landrechte finden wir für alle Gerichte des kaiserlichen Reichs hinreichende Bestimmungen, und die Bestimmungen für einzelne Provinzen, größtentheils einer festen, längst antiquirt im Gesetz angehörig, sind nicht allein überflüssig, sondern sie sind dem Zwange aller Provinzen schädlich.

Es ist es zu wünschen nicht, daß es für alle Theile der preussischen Monarchie nur eine Gesetzgebung und nicht zwei gäbe, so ist es von allen Provinzen und dem Reichthum darauf hinzudeuten, daß alle Provinzialgesetze allmählig verschwinden und es künftig vom Rhein bis an den Main nur ein Landrecht und eine Gesetzgebung gebe.

Das Deutsche Reich ist eine Sprache und es sollte der mächtigste Staat Europa's sein, wenn vom adeltlichen Meer bis zum baltischen Meer auch ein Gesetz herrschte.

Ist die Erfüllung dieses frommen Wunsches aber auch fernem Jahrhunderten vorbehalten, so wird es vielleicht schon möglich sein, den 15 Millionen Preußen, welche trotz ihrer geringen Anzahl schon seit Friedrich dem Großen dem Reich eine gewisse Macht für sich gesammelt haben, die Wohlfahrt der Einheit des Gesetzes zu verdanken.

Die 15 Millionen Preußen sind Alle Brüder, wir reden eine Sprache, wir haben einen König. Wir wollen keine Vorrechte Einer vor dem Andern, wir wollen Alle vor einem Gesetz gleich sein. — Und sind denn diese Provinzialgesetze vernünftig? — Mit nichts! Sie sind veraltete Bestimmungen, die der allgemeinen Vertheilung des Volks, der Nationalwohlthat, der Einheit, der Gerechtigkeit, der Macht der Nation Eintrag thun. Ist es uns endlich gelungen, die ganze Gerechtigkeit, die Minderen, die Widrigen und die Krüger in Einklang zu bringen und Pflichten anzulegen, so wird es uns auch wohlwollend gelingen, die bürgerliche Gerechtigkeit, die westpreussischen und ostpreussischen Provinzialrechte in ein Landrecht umzusetzen. Ist es der Zeit geworden, es dahin zu bringen, daß wir nicht mehr den Kaiser zur Reichsversammlung des Reichs bürden, wenn wir von Königsberg nach Berlin wollen, so werden angestrebte Gesammtebemühungen es auch endlich dahin bringen, daß wir nicht mehr in jeder Provinz ein besonderes Provinzial-Gesetzbuch werden aufschlagen dürfen, wenn wir kaufen wollen oder mieten wollen.

Concordia res parvae crescunt!

(Königsberger Zeitung 1842. No. 42.)

### 3. Criminalstrafen.

Die gerechteste Vergeltung einer That besteht in ihrem natürlichen Folgen. Eine allgemeine natürliche Folge der Missethat ist das Entbehren des Wohlstandes, welches über sie in dem Maße ergreift, in dem sie bekannt geworden. Einen symbolischen Ausdruck dieses Wohlstandes müßte und soll die positive Strafe abgeben, welche der Beschädigte verdient und der Richter vorschlägt. Auch von dieser Seite anschauen sich die Geschworenen-Gerichte. Als symbolischer Ausdruck des Wohlstandes muß ihm die positive Strafe in Gemessung und Höhe entsprechen, damit die öffentliche Meinung weder das Staatsverbrechen der eigenmächtigen Selbsthilfe zu entschuldigen, noch sich gegen das Strafgesetz, anstatt gegen dessen Verletzung zu ihrem Verzichtung finde. Das letztere geschieht jetzt bei der Strafe des Todes allgemein, bei der Leibesstrafe nie und wieder, und hauptsächlich bald bei der körperlichen Bückung Entschuldung. (Der Verf. ist nicht eben unvorsichtig, aber als er aus dem Hofsaal auf das Forum trat, und zum ersten Male einer Resolution dieser Art beitrete, schämte er sich des Besizes ebenso sehr, als der Delinquenz seiner That.)

Wo dagegen eigenmächtige Selbsthilfe von der öffentlichen Meinung entschuldigt wird, oder gar zur Ehre gerechnet ist, läßt die Schuld meistens auf mangelhafter Beschädigung oder mangelhafter Rechtspflege in Aufhebung des eigenmächtig verfolgten Rechtes. Dann es widerspricht den Gesetzen der Natur, daß der Mensch im Allgemeinen oder die Mehrzahl eines Volkes kenne die Gefahr eigenmächtiger Selbsthilfe vorziehen sollte der Eigenschaft obergerichtlichen Rechtshülers. Natürlich aber ist es, daß Wundersüßigkeiten, welche von der Beschädigung oder von der Rechtspflege übersehen werden, von der Ehre abgehoben wird.

Die härtesten Strafen gegen das Duell vermehren diesem Uebel so wenig zu setzen, daß sie im Gegentheil genöthigt werden, ihm zu weichen. Gleiches kann sich, wie deutsche Nation verstanden, auch die preussische Beschädigung in diesem Punkte haben. Aber das eigenthümliche neue Duellgesetz erklärt das Duell für den guten Eimen nicht ansehnlich, und läßt es mit dem Verluste der politischen und Staatsverrechte, gemessenmaßen mit dem bürgerlichen Leben, mit einer Art von Insanität. Herr v. Savigny möchte nicht Anrecht haben, wenn er der Gegenwart den Vorwurf für Beschädigung abspricht. Das Duell, eine Handlung, welche, wie sie auf milde Verpöthung Anspruch hat, also in der Regel

auf dem regsten Eyzeltheits entspringt, und eben dessen von der öffentlichen Meinung aller Völker und aller Zeiten, die sie kennen, gebühret worden ist und stets gebühret wird, mit Ehrenstrafen zu belagern — welche Thor! Wenn wird man endlich hinreichend erkennen, daß das Recht nicht ein Werk von Menschenhänden ist, sondern daß es auf dem Leben des Volksganzen ruht, wie die Sprache, und daß der Gesetzgeber nur zum Wächter berufen ist. So lange Herr v. Savigny Justizminister ist, sollten wir ihn solcher Duzelerei, wie das angeführte, nicht beschuldigen dürfen.

Wenn wir nicht irren, überseht man wiederum, wie schon häufig der Geant des Uebels, und operirt gegen dessen Symptome. Das Duell ist eine Art der eigenmächtigen Selbsthilfe. Das Gesetz gebe den öffentlichen Urtheilen, die sich gegen den Verleumdiger richtet, einen angemessenen symbolischen Ausdruck, und dem Verleumdigen eine rechtliche Genugthuung durch passendere Injurienstrafen, und das Duell nicht, wenn nicht verdrängt, doch sich auf solche Fälle beschränken, wo die Verleumdung in einem Verwurfs der Treue besteht, den der Verleumdete anderweitig zu widerlegen nicht Gelegenheit gehabt hat, oder wo die mit dem Nachtrage nothwendig verbundene Veröffentlichung der Verleumdung den Verleumdigen kompromittiren würde. Selbstmord gestatte nur, wo die Ehre verletzbar ist. Pöbellicher Mord brüde die öffentliche Meinung denselbe unerschütterlich aus, wie wenn der Verleumdete in Folge seiner That durch Unrecht gerechtfertigt würde, sein Zimmer zu hüten. Bei jeder Strafe erleidet der Verleumdete häufig mit Vergnügen, wenn er um solchen Preis sein Muthchen spielen darf. Wenigstens bei Injurien, welche von Personen mittleren Bürgerstandes oder höheren Standes mit Verfaß und Ueberlegung verfaßt werden und welche den Verleumdete in der öffentlichen Meinung gewissermaßen ansehnlich machen, sollte man die Geldstrafen ganz aufheben, und mit der Freiheitsstrafe gewisse Ehrenstrafen verbinden. Nach dem Allgemeinen Landrechte greift die Injurienstrafe nur bei besonders, unter dem Puncte stehenden Verhältnissen die Ehre des Verleumdeten an, wie bei ähnlichen Verleumdungen der Kirche gegen ihre Äbten, oder wenn ein Obermann von einem aufsteigt, um ihn öffentlich zu beschimpfen. Die Generalverordnung vom 30. Decbr. 1798 hat den richtigen Gesichtspunkt so sehr verkannt, daß sie die Injurienstrafen des Allgemeinen Landrechtes im Allgemeinen für zu streng erklärte und die Substitution von Geldstrafen an Stelle der

Gefängnißstrafe erlöschen; auch sie hat aber anerkannt, daß die land-  
rechtlichen Injurienstrafen unpassend sind. Auch die Verurtheilung in  
Zeitungssachen ist seit 1811 dadurch ungewöhnlich erschwert, daß der  
Eid für ein unzulässiges Beweismittel erklärt wurde. Die empfindlichsten  
Zeitschriften werden gerade unter vier Augen zugesagt. Wie nöthig, sehr  
belehrend und fördernd aussehende, oder wenigstens chemisch-richtige Strafen  
gegen vorsätzliche Injurianten auf die moralisch-öffentliche Erziehung des  
Volkes einzuwirken wirken müssen, liegt zu Tage. Umgekehrt muß es zur  
Democratisirung führen, wenn die öffentliche Meinung gezwungen wird,  
mit einem andern, eher schwächerem Ausdruck der Verbilligung sich zu  
begnügen, als dem weltlichen. Den Schwächen und Mängeln trotz des  
Dauers zwischen Willkürern unbekannt. Ob wir Veranlassung haben,  
diesen Umstand zum Theil wenigstens passendem Injuriengeheimen ge-  
genüber, wäre der Untersuchung werth.

(Königsberger Zeitung 1842. No. 16.)

#### 6. Öffentlichkeit und Mündlichkeit des gerichtlichen Verfahrens.

Eine der wichtigsten Fragen, mit denen deutsche Gesetzgeber sich  
in neuester Zeit beschäftigt haben, ist die Umänderung des Criminalver-  
fahrens. Öffentlich-er mündlicher Anklageproceß oder ge-  
heimen schriftliches Inquisitionsverfahren! so lautet das  
Hauptthema der letzten großen Parteien unter den deutschen Juristen.  
Eine ausführliche Vergleichung der beiden Proceßarten kann hier nicht  
beabsichtigt werden; eine kurze Darstellung der Hauptverschiedenheiten  
dürfte aber für unsere Leser um so mehr von Interesse sein, da sie im  
Nächst- zusammenstehenden Ausschüsse der Provinzialstände  
über diesen Gegenstand zu berathen haben werden. —

Der Anklageproceß war bis zum 16ten Jahrhundert in Deutsch-  
land herrschend, er beruht auf einer, sehr beschränkten Eigenthümlichkeit  
und wurde nur durch unzureichende Anwendung kanonischer Bestim-  
mungen verdrängt. Selbst das kanonische Recht klagte nicht allgemein  
dem geheimen Inquisitionsverfahren; man fand hauptsächlich nur in den  
Verordnungen über Rehergerichte des Bundesraats, auf welchem man  
unsern heutigen Criminalproceß erbaut hat. Diese Ursprung hätte wol  
schon den Inquisitionsproceß verdrängen sollen; allein es fanden sich



im Gegentheil, jehende Stimmen, welche behaupten, das Verlangen nach Oeffentlichkeit und Mündlichkeit sei nur ein lauter Beschwalg ultra-überer Zeitalters, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit sei nur durch die französische Revolution entstanden und müsse, wie alles Französische, von jedem deutschen Parteinum verabscheut werden! Derselbe Rednerarm merkte freilich Niemand überzeugen; der übertriebene Franzosenhaß wird heutiges Tages allgemein belächelt. Eben so suchte man Viele dadurch gegen Mündlichkeit und Oeffentlichkeit einzunehmen, daß man sie als unvereinbar von dem Institute der Geschworenengerichte darstellte; aber auch bei unsrem mit gelehrtem Juristen besetzten Gerichte läßt sich ein mündliches öffentliches Verfahren sehr wohl einführen.

Verzichten wir beide Prozeduren gesehnt! Im Inquisitionst-prozeß, der bei uns bis jetzt noch herrscht, tritt ein Inquirent auf, zieht den Verthätigten zur Verantwortung, und soll gleichmäßig die Beweise für Schuld und für Unschuld beibringen können. Er vertritt also schon in der urgerichtlichen Auszeichnung dieser beiden Richtungen der Amtschlichteit kein kleine Schwierigkeit für den Inquirenten. Auch auf den stillesen Charakter muß die formelrechtliche Beschäftigung mit Verbrechen, deren Ausprüche der Inquirent zu ertheilen hat, allmählig einige Wirkung ausüben; und so wird derselbe allmählig immer gewitzter werden, wie nicht die schlagendsten Beweise ihm entgegenstehen, eher an Schuld als an Unschuld zu glauben. Es ist zu nachtheil, daß der Inquirent gewissermaßen einem Ehrenpunkt darin setzt, den Inculpanten zu überführen, da es leicht einen Schatten auf seine Gedächtniskeit werfen kann, wenn ihm diese Überführung häufig mißlingt. Durch Zuzug aber eigenes Geständnis soll nun der Beweis der Schuld oder Unschuld hauptsächlich geführt werden. Die Aussagen der Ange-schuldigten und der Zeugen diktiert der Inquirent zu Protokoll. Mündlich kann dabei die oft verzerrte und ungrammatische Ausdrucksweise der Vernehmten nicht beibehalten werden, auch wird Dasjenige, was der Inquirent für unwichtig hält, nur auf außerordentliches Verlangen nachgetragen; so kann man diese Protokolle in der That oft nur für eine Art von Uebersetzung der eigentlichen Aussagen erklären. Die Macht aber, die bei diesen Verhandlungen dem Inquirenten zugehen ist, erscheint um so größer, wenn man bedenkt, daß bei den Verhören meistens nur noch ein Protokollführer zugegen, und dieser mehr durch theo-

welche Kenntnisse noch durch Erfahrung bekräftigt ist, nöthigenfalls das Interesse des Angeklagten gegen den geheimen Inquirenten zu vertreten. — Außerdem hat bei diesem geheimen Verfahren der Inquirent selbst durchaus nicht die Mittel in Händen, auf das Gefühl der Zeugen zur Aussage der Wahrheit in dem Maße zu wirken wie bei einer öffentlichen Proceßur. Der Eid wird oft Mehrern zugleich stillschweigend vom Inquirenten vorgesagt, und dann von ihnen nachgesprochen; diese Cerimonie hat so wenig Ergreifendes, daß gewiß sehr selten Jemand, der nicht auch ohne sie die Wahrheit gesagt hätte, sich dadurch zur Aussage befehlen wird bewegen lassen. Es führt der Inquirent die Untersuchung fort, bis alle erheblichen Umstände derselben möglichst klar beleuchtet sind, und nun gehen die Akten zum Spruche an das betreffende Gericht.

Dieses kennt den Angeklagten nur aus dem vom Inquirenten aufgenommenen Akte? aus eigener Anschauung weiß es eben so wenig vom Inculpanten als von den Zeugen. Möglichen kann, daß der Inquirent bei Auffassung und Niederschreibung der Aussagen von der Sprache behörig gar nicht kontrollirt werden kann, bleibt diese besonders jetzt gemauerte Einigung der Individualität des Angeklagten wohl unmöglich. Daß aber bei gemauertem Kenntniß dieser Individualität das Urtheil über die moralische Schuld sich oft vollständig anders gestalten würde, als ohne dieselbe, ist kaum zu bezweifeln. Von der ganzen Persönlichkeit des Inculpanten und der Zeugen, von ihrem Wesen, ihrer Sprache, ihrer Bildung, kann der Inquirent selbst kein bestes Bild in den Akten sein Kunst Bild ansetzen, das Gericht also keine deutliche Vorstellung haben: muß nicht ohne diese Kenntniß das Urtheil des Richters oft ein mangelhaftes bleiben? Das Verdict hat bei Bestimmung des Strafmaßes dem Richter oft einen Spielraum von 6 Monaten bis zu 2 Jahren, von 4 bis zu 8 Jahren, von einem bis zu 6 Jahren Gefängniß gelassen: scheint es nicht unangenehm noch merkwürdig, daß der Richter die künftigen Befehlungen der Bildung, der Verstandeskkräfte, der Gemüthsart und danach der moralischen Schuld des Verurtheilten aus eigener Wahrnehmung kennt, um das passendere Maß der Strafe finden zu können? Von diesen Akten weiß er aber aus eigener Ueberezeugung gar nichts; er hat den Verurtheilten nicht gesehen, nicht sprechen gehört, er hat keine andere Richtschnur als die Akten, welche der Inquirent dem Proceßschreiber in die Feder diktiert! —

So wird der Verbohrer im Inquisitionsproceß vernommen; erleidet er eine öffentliche Strafe, so steht die Menge eher Mitleid als Mischen, denn eine kurze Anzeige des begangenen Verbrechens reicht nicht hin, den nothwendigen Zusammenhang des verübten Mordthats und der erkannten Strafe dem Volke zur klaren Erkenntniß zu bringen.

Der Anklageproceß ist schon bei seiner Einleitung von dem Inquisitionsverfahren völlig verschieden. Hier tritt nicht der Untersuchungsrichter, sondern eine eigene hier eingesetzte öffentliche Behörde als Ankläger auf. Dieser öffentliche Ankläger sucht zu erweisen, daß und von wem ein Verbrechen begangen sei. Der Untersuchungsrichter befindet sich hier also nicht in der schwierigen Lage, zugleich Ankläger und Vertheidiger des Inculpirtten sein zu sollen. Aus diesen Verhandlungen erkennt nun ein Obergericht, ob überhaupt hinreichende Gründe vorhanden seien, die Untersuchung fortzusetzen; und erst wenn dies entschieden ist, wird ein weiteres Criminalverfahren betrieben. So ist jede mögliche Garantie gegeben, daß kein offener Unschuldiger einer Criminaluntersuchung ausgesetzt werde. — Nun werden Zeugen und Beweise für Schuld und Unschuld dem Richter vorgeführt und in Gegenwart des Inculpirtten und seines Vertheidigers vernommen. Hier kann der Richter aus eigener Ueberzeugung urtheilen, hier kann er auf die heißen Vertheidigertheten im Vernehmen, Character und Fähigkeiten Rücksicht nehmen! hier darf er die Zeugen nicht zählen, sondern kann die verschiedenen Aussagen auf Grund ihrer Glaubwürdigkeit gegen einander abwägen. Hier denkt man sich nur noch den mächtigen Hebel der Öffentlichkeit! In ihr liegt die stärkste Bürgschaft für Pflichterweis, Unparteilichkeit und Humanität des Richters. Hunderte von Zuschauern beobachten ihn mit gespannter Aufmerksamkeit, und Hunderte wirken bei der geringsten Willkür eher Hölle von seiner Seite herab und Geringachtung in allen Kreisen gegen ihn verbreiten. So steht der Richter nicht mehr diese Papiere und Zahlen vor sich, aus denen er wie durch eine Art von Rechnen-Sprang sein Urtheil bildet, sondern er sieht Menschenleben, deren Wohl und Weh in seiner Hand liegt, und theilnehmende Zuschauer, welche nach allgemeinen moralischen Principien sein Verfahren zu beurtheilen wissen. —

Woh! ein mächtiger Oheim für die Thätigkeit des Vertheidigers liegt nicht auch in der Öffentlichkeit! Er weiß, daß er als öffentlicher Kämpfer für die Sache der Unschuld die Achtung seiner Mitbürger sich

erwarten mag, während das geheime Verfahren noch so wenig die Menge zu den härtesten und unerbittlichsten Urtheilen über die Anwesenden veranlaßt. Die Oeffentlichkeit wirkt aber auch unmittelbar auf die Jurgen. Eine offene Scene gehört dazu, einen Mord zu strafen zu, während hundert Augen auf den Schwirrenden gerichtet sind. Die Zeugenschaft wird hier eine Heiligkeit, die auch auf das verlodrigste Gemüth noch wirken kann. So sieht das Publikum den Gang der Verhandlungen, es weiß also auch die darauf erlassenen Strafen sich hinwiegend zu erklären. Dieser Anstand muß gewiß auf das Rechtsgemüth der Menge die heilsamsten Wirkungen ausüben. Man hat gemeinlich behauptet, es sei zu hart, den Insurgenten den Rücken des ganzen Publikums auszusetzen; allein gerade die öffentliche Anwesenheit der Urtheile, die Gegenwart ehelicheminder Richterinnen können allein einem unkluglich Angeklagten volle Genugthuung für die trübenden Zweifel an seiner Unschuld gewähren. Die öffentliche Oeffentlichkeit — ist es durch unmittelbare Anwesenheit, ist es durch seine Berichte der Presse — allein im Stande ist, dem Volke die lebendige Uebersetzung zu geben, daß die Behörden nur zu seinem Besten thätig sind, so vermag auch sie allein, demselben volles Vertrauen zu der Gerechtigkeit einzuspielen. Diese Kraft der Oeffentlichkeit ist ein Vorzug, der schon allein machen möglichen oder wirklichen Fehler auszuheilen vermag; denn Mißtrauen in die Rechtspflege macht mehr Böses zu den Götzen unmöglich. Dort haben auch die Völker überall richtig erkannt, denn wo nur einmal Mündlichkeit und Oeffentlichkeit eingeführt ist, da hat man schon niemals gefragt, warum dieses nothwendige Institut stamme, sondern man hat lieberall an ihm gehalten, wie an einer Grundfeste bürgerlicher Ordnung und Freiheit. England, Venedig, Frankreich, die Schweiz, die Niederlande, ja selbst die italienischen Staaten haben sich für Mündlichkeit und Oeffentlichkeit erklärt, nie ist von vorher eine heimliche Scene aus dem Volke gegen sie laut geworden; der geheime Inquisitionsprozess wird dagegen fast überall angefochten, wo er noch besteht, und seine Vertheidiger verlieren täglich mehr an Tugend.

Große Lust ist es in nächster Zukunft für die Verheerung unserer Vaterland zu hoffen. Unser erhabener Monarch selbst soll sich wiederholentlich sehr günstig für Mündlichkeit und Oeffentlichkeit geäußert haben; von einem ersten Schritte strahlen jetzt an hundert Stellen Preussens, Rheinlands und Pommern sind bei uns auf's Eifrigste vertreten.

Wie solche Kräfte in Thätigkeit sind, darf man mit Recht sich der Hoffnung hingeben, recht bald Veränderungen in der Rechtspflege zu erleben, die vom ganzen Volke mit dem dankbarsten Enthusiasmus werden aufgenommen werden! — — (Königsberger Zeitung 1842. No. 88. u. 100.)

(Königsberger Zeitung 1842. No. 88. u. 100.)

## 7. Der Abwofacienplan.

Die häufig besprochene Frage über Unabtheilbarkeit und Unverletzlichkeit des Prozeßverfahrens hat es mißgünstig mit den Forenmen zu thun gehabt, und wenigstens nicht in Abrede zu stellen ist, daß eben in dem festgestellten Normen des Rechtsganges ein Theil der Bürgschaft für die Sicherheit der Personen und des Eigentums liegt, so darf auf der anderen Seite nicht übersehen werden, daß der Mechanismus des Verfahrens nur ein äußerlicher ist. Deshalb kann er leicht die geisttöbrender werden, und ist es hin und wieder schon gewesen. Die Verantwortlichkeit jeder Instanz aber hängt von denen ab, die vorzüglich zu ihrer Ausbildung mitgewirkt haben. In allen Rechtsständen bewegen sich die Interessen der Parteien unter dem Auge und der Aufsicht der richterlichen Beamten. Es ist nicht zu lehen, und hat sich häufig als unvorteilhaft heraus, wenn der Richter von seinem objektiven Standpunkte herabgezogen wird in das Getriebe der kollidirenden Interessen der streitenden Theile. Daher rührt dieser Vorwurf des von dem besten Willen befehlten Prinzip unsers alten Prozeßverfahrens in mehr als einer Art. Statt über den Parteien zu stehen, versetzt der Willkür des Befehlshabers des Richters mitten unter dieselben. Er soll überall das Rechte und Wahre finden, und größtentheils selbst Mittel und Wege anzuzeigen, wie jenes zu finden. Von dem Befehl mit ziemlich unbeschränkter Vollmacht zu diesem so demüthig stehenden Zwecke ausgestattet, sagt er in der menschlichen Natur, daß er jede Einmischung eines Dritten gütlichweisen befehle sein muß, die seine Ansicht nach dem Gemeinwohl in den einmal eingeschlagenen Weg legen kann. Willkür consequent ging daher die seltsame Befehlshabung davon aus, daß der Richter unmittelbar mit den Parteien und nur mit diesen zu verhandeln habe. Dem Staats angehörte Beamten — Kassenverwalter — sollten zu in seinem hohen Strahlen unterstehen. Indes das Experiment verunglückte — wir sagen nicht zu viel —

fast gänzlich. Nur selten konnte der Richter bei aller Pöblichkeit und Gewissenlosigkeit sich das Vertrauen der Parteien in dem Maße erwerben, als es ihm zur vollen Erreichung seiner Zwecke nöthig war. Noch weniger Interven schiedten die Recht suchenden Parteien von dem Senate beiderlei Rathsgrößen, da diese sich ihrer Angelegenheiten nur mit allgemeinem Gemüthe, nicht mit dem speziell persönlichen Interesse annahmen. Man war deshalb gezwungen, zu einer Institution zurückzukehren, die man gänzlich zu besänzen bemüht gewesen war. Das Interesse der Parteien erforderte eine gründlichere Vertretung derselben, als durch sie selbst. Man sah sich daher, obwohl mit sichbarem Widerstreben, von neuem dem Advokatenstand, und beehrte ihn durch eine nur mögliche Kontrolle und Vorsichtsmaßregeln geschützt, um die Beförderung, welche die Erneuerung dieses Standes verlangt hatte, zu beschaffen.

Je mehr man nun in neuerer Zeit erkannt hat, daß ohne fest vorgeschriebene Normen des Verfahrens der willkürlichen Behandlung des Rechtsganges nicht vorgebeugt werden kann, um so bekannter wird der Einfluß der Advokaten. Sie sind, sofern ihrer Stellung richtig festgehalten wird, brauchen, zur Fortbildung des Rechtes in dem dem Maße mitzuwirken, wie die Beamten, und befähigt, den noblen Fortmen ein reges zur Fortbildung nöthiges Leben zu verleihen.

Deshalb hat sich auch in neuerer Zeit die Gesetzgebung unter andern mit der Frage beschäftigt:

wie ein tüchtiger das Wohl der Parteien befördernder und das Interesse des Staates sichernder Advokatenstand zu bilden sei? —

Es sind hierbei höhere Ortes die Wünsche der Gerichtspräsidenten, und von diesen die Ansichten der Interessenten selbst erforderlich.

In allen Zeiten hat man, besonders in unserem Vaterlande, die Advokaten als den Stand der geborenen Opposition gegen die Behörden betrachtet. Misstrauen erzeugt mindestens kein Vertrauen. Soll erstens aufstehen, und die künftige Stellung der Advokaten auch nach außen eine befriedigende sein, so muß Alles entfernt werden, was nur dazu geeignet ist, eine solche Opposition, auch wo sie nicht ist, ins Leben zu rufen. Es muß daher Alles vermieden werden, was der Erhaltung und Fortbildung der inneren Moralität hemmend entgegensteht, und dieses ist nur zu erlangen, wenn dem Advokaten keine oft schon

eine Berufsbefähigung als eine ehrenvolle erscheint. Es darf mithin nicht in dem Maasse verlangt werden, daß der Staat ihm im Verfall seiner Ehre anderen Unterthanen nachsehe. Hier unter verstehen wir aber nicht die äußerlich hervortretenden Ehrenbezeichnungen, mit denen der Landesherren Standesklasse anerkannt und begünstigt. Wir sprechen vielmehr von der Ehre, die aus dem Ansehen der gewissenhaften Erfüllung der Berufspflichten entspringt. Diese aber ist unentwärtlich mit den gesetzlichen Vorschriften, welche die Interessen des Vertrauens ihrer Richter und der Regierung gleich unwidrig erscheinen lassen. Dahin gehört die ausgesprochene Unfähigkeit, zu Landtagsdeputirten und zu Raths- und Prepositoren der Stadtverordneten-Versammlung erwählt zu werden, selbst wenn sie die sonstigen Bedingungen der Wählbarkeit erfüllen. Zu dergleichen Ehrenämtern erwählt das Vertrauen der Mitbürger. Es ist eine schmerzliche und nicht zu verkennende Erniedrigung, wenn der Staat im Voraus, ohne Unterschied der Person und ohne Prüfung der Qualifikation, bekannt, daß den Advocaten in Preußen ein solches Vertrauen nicht geschenkt werden dürfe, obwohl mit dem Augenblick der Niederlegung ihres Amtes jedes Hinderniß gehoben ist. Eine solche Absenkung ermannt aber ersichtlich jedes haltbaren Gemüths. Die Geschichte spricht nicht für eine solche Absenkung, vielmehr zeigt uns das Beispiel derjenigen Länder, auf welche wir nur zu oft hingewiesen werden, daß mindestens die Advocaten dort, wo man ihnen die Beize, in welche das Vertrauen der Mitbürger taucht, nicht verschleift, ihren Beruf gewissenhaft erfüllen, ohne der Regierung nachtheiliger zu sein, als andere Stände.

Wir wissen nicht, daß auch in unserm Vaterlande das ehrenvolle Vertrauen der Mitbürger manchen Advocaten zum Vertreter der öffentlichen Interessen erwählt wählte. Der Wunsch, jenes gesetzliche Hinderniß der Unfähigkeit aufzuheben zu sehen, erscheint deshalb offenbar den Forderungen der Gerechtigkeit entsprekend; und man darf deshalb mit Vertrauen seine Berücksichtigung entgegensehen.

(*Königsberger Zeitung 1842. Nr. 102.*)

## 8. Oeffentlichkeit und Mündlichkeit im Strafverfahren.

Es häufig in diesen Blättern die Frage über die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens in Strafsachen schon angeregt worden,

so sehr es überflüssig scheinen könnte, darauf wiederholt zurückzukommen, so kann das Thema doch nicht erst genug berührt werden, vorzüglich weil die Frage über die Einführung eines in seinen Grundprinzipien von dem früheren abweichenden Rechtsganges in den Lebensfragen unserer bürgerlichen Existenz gehört; jedoch aber weil eine völlig erschöpfende Besprechung dieses Gegenstandes in Tageschriften niemals möglich ist. Demnach muß nicht eine notwendige Beschränkung eintreten. Aus einigen Seiten dieser oder jener Einrichtung würden zu besprechen, nur einzelne Vortheile oder Nachtheile, Geburten oder Vergehre anzudeuten. Es lagern sich nicht, daß in Beziehung auf die Brauchmäßigkeit erhöhter Öffentlichkeit im Allgemeinen ein wesentlicher Fortschritt stattgefunden hat; nicht nur in der öffentlichen Meinung, d. h. in dem mehr oder minder metrischen Vorurtheile aller Ständen, sondern auch in der wissenschaftlich begründeten Ueberzeugung derjenigen, deren Beruf sie vorzugsweise zur Prüfung ihrer Frage führt. Wären wir einem Zeitraum von 20 Jahren zurück. Damals hatte eine bestimmte Veranlassung, der Fortschritt Preß, die Meinungen hinst einander gegenüber gestellt. Sie hatten sich zu Parteien gestaltet, und der Öffentlichkeit und Mündlichkeit auch nur entfernt das Wort reden galt für einen Akt unpatriotischer Gesinnung. Dadurch gewann jene, welches an sich bedeutende Nachtheile als erhöhtes Interesse. Man erwartete damals bestimmte Erklärungen der bei der Befolgung unmißverleiblichen Behörden über die Aufhebung oder wesentliche Modifikationen des christlichen Strafverfahrens. Es erfolgte nicht, und wenn man hin und wieder einzelnen Versuche machte, durch allmähliche Entziehung einzelner Gegenstände die Wirksamkeit der öffentlichen Gerichtspreß zu schwächen, so sind diese Ansehungen durch unsere allmähliche Befehle auf das entschiedenste vernichtet worden. Durchaus verschieden stellt sich die Sache gegenwärtig. Die belächelte Frage hat aufgehört ein Kampf der Gesinnungen zu sein; sie ist fortan ein Streit der Ansichten. Jede Partei weiß, daß sie dagegen kann sich nurmehr mit voller Offenheit geltend machen; sie hat keine Verhöhnung mehr zu befürchten und eben darin liegt dasjenige, was wir als einen wesentlichen Fortschritt zu bezeichnen seinen Anstand nehmen.

Häufig ist den Anhängern der Öffentlichkeit der Vorwurf gemacht worden, daß ihr Hauptargument sich auf die vorgesetzte Meinung gründe: die zur Ausübung des richterlichen Amtes berufenen Beamten



vermuthen, dasselbe nicht mit der beschränkten Ungewissheit und Unwissenschaftigkeit. Wenn wir uns für die Oeffentlichkeit erklären, so haben wir diesen Vorwurf sofort zurückzuweisen. Das das „geheim schriftliche Verfahren“ nicht schlimmere Früchte getragen hat, verdamnen wir der vermutheten Wirkung und der hohen Wichtigkeit der Meinung, ein Gesändnis, welches wir im Gefühle reinster Vaterlandsliebe gern und offen ablegen. Damit ist jedoch die Frage selbst, ob man vom objectiven Standpunkte gehörig zu beurtheilen steht, nicht entschieden. Man muß, wenn man die guten oder schlechten Eigenschaften einer Einrichtung prüft, von Vorurtheilen durchaus absehen, und die nicht wahrgenommenen Besätze liefern noch keine Mängelhaftigkeit dafür, daß sie nicht in der That vorhanden sein können.

Zunächst haben wir zwei Gegenstände, welche man leicht vermengt, von einander zu sondern, nämlich: die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit von der Inquisition der Geschworenengerichte. Erstere sind fastlich die Bedingungen des letzteren, aber letzteres noch nicht die notwendige Folge der erstern. Ohne Oeffentlichkeit und Mündlichkeit sind Geschworenengerichte unbrauchbar; weil aber bleibt die Mündlichkeit offen, daß richterliche Urtheile — Königlich Diener — das Rechte nach sorgfältigem Erforschen und mündlichen Verfahren zu finden, anzugeben werden. — Wir haben deshalb alle den ferneren Verlauf und zum Verständnisse dieses Artikels zwei entscheidende Erklärungen vorausgeschickt; einerseits, daß wir für die entgegengegesetzten Verfahrensweisen Richter von gleicher Fähigkeit und Tugend voraussetzen, und zweitens, daß wir die Frage über die Geschworenengerichte für jetzt nicht berühren.

Als dann der wesentlichen Unterschiede der im Streit befangenen Ansichten haben wir zunächst den wichtigsten Akt, den der Anklage, genannt. Die Inquisitionstheorie legt auf dieselbe wenig Bedacht. Von Amtsbefugnissen hinsichtlich hat der Richter die gesetzliche Macht, von diesen Verantwachtungen sofort zur Untersuchung gegen eine bestimmte Person vorzuschreiten. Er kann den Angeklagten in den Anklagezustand versetzen, ohne daß diese auch nur die entfernteste Meinung davon hat. Es sind Fälle vorgekommen und können ohnehin noch vorkommen werden, daß Personen als Zeugen bestellt und vereidigt sind, daß nachher als die eigentlich Schuldigen in die Untersuchung selbst verwickelt fanden, ohne daß dieser Uebergang von der Stellung eines Zeugen zu der eines Angeklagten zu ihrem Bewußtsein gelangte. Dabei ist ausdrücklich zu be-

vornehmen, daß der untersuchende Richter mit völliger Gewissenhaftigkeit und Anstrengung zu Werke gegangen und jene Verantwortung fast ohne seine eigene freie Zustimmung eingetraten war. Eine solche Negativität aber kann sich nur aus dem Systeme des geheimen Verfahrens ermitteln und wurzelt tief in demselben. Anders der Anklageprozeß. Er unterscheidet zwei wesentliche Theile des Verfahrens und trennt die gemeinsame Nachforschung von der speziellen Untersuchung. Die auf dem Beschluß eines Gerichtshofes gegründete Anklage, die Anklageakte, ist das spezifische Kennzeichen des Eintretens des gegen den Angekündigten eröffneten Verfahrens. Sie enthält die einzelnen, dem Angeklagten zur Last gelegten Thatfachen; sie bezeichnet das Verbrechen. Sie erklärt ihm im öffentlichen Sinne den Krieg und fordert ihn auf, sich in den Vertheidigungsstand zu setzen. Die preussische Criminalordnung — von den humansten Bestimmungen ausgehend, den Beschwitten gegen frühere Schäden der Rechtspflege beruhigend — hat sich von der Nothwendigkeit dieser bestimmten Stellen nicht abzuwenden können. Sie weiß von der speziellen Anklage und es ist keine Verheißung in ihr enthalten, welche dem Richter ermöglicht, dem Angekündigten den Grund seiner Verurtheilung oder gar seiner Verhaftung mitzutheilen. Wir glauben nicht, daß dies mit dem Principe der Gerechtigkeit im Einklang steht. Wo der Staat als Partei auftritt, als Ankläger, sollte er sein Interesse nur innerhalb bestimmter Grenzen wahrnehmen, nicht aber diese Grenzen theils unbestimmt lassen, theils sie der bloßen Ansicht der Richter anheimgeben. Man werde nicht ein, daß die Erhebung einer besondern Anklage mit der Frage über die Oessentlichkeit in keiner Verbindung steht, und sie — sofern sie nothwendig oder wünschenswerth ist — sich auch mit dem bisherigen Verfahren vereinigen lasse. Dies würde ein glücklicher Fehlschlag sein. Die Anklageakte konstituiert einen Ankläger, eine bestimmte Partei, welche dem Angeklagten gegenübertritt. Sie verlangt ein Vergehen, welches die Anklage ausdrückt, und sich als dem Beschuldigten darstellt. Sie veranlaßt einen Hauptgrundsat der Inquisitionsmarine, mit dessen Aufhebung der größte Theil der Verheißungen der Criminalordnung befristet. — Ist hiernach die bestimmte Festhaltung der Anklage eine Forderung der Gerechtigkeit für den Angeklagten, so ist sie es auch ebenso für den Staat. Wir meinen, daß bei der Würde, mit welcher möglicherweise ein Richter einzelne Handlungen der Untersuchung unterwerfen kann, es auch in seiner Macht steht, bei be-

sondern Nothwendig, verschiedene Handlungen zu lassen, setzen die-  
selben nur nicht zu großer Lusten gemacht haben. Diese Möglichkeit  
ist ihm gewissermaßen, sobald eine andere, nämlich zum Zwecke der Auflage  
konstatirter Bedeute ihn zur Verfolgung einer bestimmten Angelegenheit  
aufsetzt. Wer eine gewisse Kenntniß vom Stande der Parteimenge  
gewisshafte hat und nicht gerade mit Böden-Gewissheiten für dem  
Vertrauenswürdigkeit schreitet, von es weiß, wie hin und wieder Handlungen,  
aus Furcht vor bedeutendem Kostenverluste, Verbrechen zu vermeiden  
und zu verheimlichen streben, wird gesehen müssen, daß jene Möglich-  
keiten, Befugnisseübertragungen ungeschadet zu lassen, sich wiederum auf  
das Gebiet der Wirklichkeit verwerthen haben.

Im Interesse des Angeklagten wie des Staates ist offenbar die-  
jenige Form des Verfahrens die wünschenswerthe, welche die meisten  
Rechte gewährt, indem sie die meisten schont, daher verdient die  
Mündlichkeit und Öffentlichkeit des Proceß schon aus dem  
einzigen Grunde, weil sie das Vertrauen der Bürger zur Staatsgewalt  
wesentlich vermehrt, und eben dadurch zur öffentlichen Befriedigung des  
Volkes beiträgt. Je geschwinder, je offener der Kampf zwischen der  
Staatsgewalt und dem Angeklagten ausgetrieben wird, um so sicherer  
ist das allgemeine Urtheil über die Gerechtigkeit des Urtheilsspruches, um  
so größer die Bezeugung, die jeder Bürger in dem Verfahren mit den  
Gerechtigkeiten des Landes findet. Oder sollte es eine unannehmliche eigen-  
willige Hartnäckigkeit sein, welche Vorurtheile des öffentlichen Verfahrens  
an dasselbe setzt? Sollte nicht vielmehr von Seiten der Gesetzgebung  
Alles aufgebracht werden, um die Bürger mit den Institutionen des  
Staates bekannt zu machen und dadurch die Liebe zum Vaterlande zu  
stärken und zu befähigen? Die öffentliche Verhandlung der Gerechtigkeit  
aber gehört eben zu den Institutionen, welche diese Wirkung mit sich  
führen. Je mehr sich die Abwägung festsetzt, daß jede Parteilichkeit  
und Voreingenommenheit von dem Verfahren der öffentlichen Bedeuten  
ausgeschlossen bleiben muß, um so geringer die Furcht, um so größer  
die Liebe. Wir wissen, daß es nicht an Fehlern in dem von uns be-  
vorzugten Verfahren fehlt, wir sind auch davon überzeugt, daß die be-  
sten Einrichtungen dem Mißbrauche unterliegen können; wir glauben an  
die Unparteilichkeit und Gerechtigkeit unserer Gerichte — aber wir  
glauben auch an die größere objectivere Garantie, welche die Of-  
fenheit und Mündlichkeit darbringt, und setzen diese Garantie in

dem Urtheile, daß bei dieser allen Theile, den Ankläger wie dem Angeklagten, völlig gleiches Recht gegolten wird. — Diese Betrachtung führt uns auf einen zweiten, nicht minder wesentlichen Punkt, welcher mit der Anklage auf das Bewußte zusammenhängt, auf den der Vertheidigung.

Wer sich vertheidigen soll, muß den Angriff kennen. Wenn dieser vorbeugen ist, der kann durch Ueberraschung bestraft werden, aber nicht sich vertheidigen. Die verbotenen heimlichen Angriffe gehören dem Gebiete der Sicherheitspolizei an. Diese ist in ihrer Funktion, wenn sie überrascht, aufsteht und keine Vertheidigung gestattet. Der Richter des Richters muß jedes nicht gleichmäßige Verfahren stand sein. Beide Theile auszuheben ist die Grundlage seiner Pflicht. Sehen wir von dem schwachen Richter ab und nur auf den Untersuchungsrichter und fragen uns: ob er beide Theile anhört, so sind wir um die Antwort verlegen. Er hört den Ankläger nicht, denn er ist es selbst, aber er hört ihn nur, so fern er sich selbst hört. Stillschweigen er den Angeklagten bald als Richter, bald als Ankläger. In letzter Beziehung steht er ihm als Partei gegenüber, und es ist natürlich, daß er sich erlaubt, eine einmal gefasste Ueberzeugung stehen zu lassen. So weit er also den Angeklagten als Ankläger hört, so weit ist er ihm ungünstig; so weit als Richter — ist er unethisch. Wir glauben nicht, daß irgend ein Mensch mit dem reichlichsten Willen und den ausgebreitetsten Fähigkeiten im Stande sei, beide Funktionen beiseite von einander zu trennen, daß nicht eine der anderen unbewußte Störung thäte, wie können uns nicht überzeugen, daß die Vertheilung unserer Kriminalordnung, welche dem Richter gleiche Sorgfalt für die Schuld und für die Unschuld des Angeklagten auferlegt, menschlich ausführbar sei. Der Angeklagte sieht in dem Untersuchungsrichter seinen Feind, und kein Mensch wird ihn je eines bessern bezeugen. Er setzt nicht voraus, daß seine Angaben nur durch die Vermittlung seines Feindes zur Kenntnis des erkennenden Richters — wenn dieser ein anderer ist — gelangen; er ist in vielen Fällen unfähig, die von dem Untersuchungsrichter aufgestellten Forderungen zu kontrollieren, oft zu verstehen. Er ist ohne Heilung, ohne Abmahnung; denn die Gegenwärtigkeit des Vertheidigers bei dem Zeugenhören und den Vernehmungen des Angeklagten, wie die Kriminalrechnung sie gestattet, kann nach den Umständen nicht mehr als eine scheinbare Hilfe sein. Zuletzt konzentriert sich also das ganze Element

der Vertheidigung auf die Einrichtung einer Schrift. — Gehört nun, diese Schrift ausserdem in der That allen denkbaren Erfordernissen, so entsteht wiederum die Frage, ob und wie weit der erkennende Richter davon Gebrauch erhält. Von den Mitgliedern eines Richterkollegiums heft Court, lesen miteinander Court die oft voluminösen Akten. Auch sie vertheilt das Collegium den Inhalt derselben. Nur sie können den der Vertheidigungschrift, obwohl sie davon dem Collegium mittheilen wollen, sagt — denn Vertheilung kann es darüber nicht geben — in ihrem Urtheile, und nur zu häufig erscheint der subjektiven Meinung des Referenten ein Defectmoment so verwerflich, daß er mit dessen Vortrage die übrigen Richter nicht einmal beßigen mag. Die Sicherheit, daß die Vertheidigung überhaupt gründen werde, liegt nur in der amtlichen Zusage des Referenten; und letztere genügt mindestens dem Angeklagten, weil er sich mit dem Staate im Kriegszustande befindet, keine falsche Gewissheit. — Wir können dieses Bild weiter ausmalen; jedoch beschränken wir uns auf diese wenigen Züge, um darzustellen, daß die Sicherheit der Rechtsvertheilung in Strafsachen durch Defectlichkeit und Unbilligkeit nur gewinnen kann, und geben uns mit Freude der festen Ueberzeugung hin, daß die stets dankbare Fürsorge Sr. Majestät für die Handhabung der Gerechtigkeit bei Vertheilung die sorgfältigste Prüfung der Frage: wie weit wir uns jener Institution zu erheben haben werden, zur unabweislichsten Pflicht machen wird.

(Erlanger Zeitung 1842. Nr. 104. u. 105.)

## V. Vermischtes.

### I. Staatsverwaltung.

In den letzten zwei Jahren hat Preußen politische Bedeutung größere Fortschritte gemacht, als in den zwei vorhergehenden Jahren. Bedarf es hierfür noch eines Beleges, so erwäge man die Aufzählung, welche der Börsen-Commercen-Schrift: Preußen, seine Verfassung u. zu Theil geworden. Ein die Staatsverwaltung so sehr nützlich beleuchtendes Buch wie das vorliegende, wäre noch vor wenigen Jahren von der Censur unterdrückt oder — wenn die ausländische Verleger sich des verbotenen Manuscripts angenommen hätten — von den preussischen Behörden verboten, von dem Publikum wenig gelesen, noch weniger beachtet, und der Verfasser selbst ohnehin wegen frecher unehrerbietigen Laubis der bestehenden Regierung vor Gericht gestellt worden. Wie anders jetzt! Unter welcher Censur erschienen ist die erste Auflage dieser Schrift in kurzer Zeit vergriffen; alle preussischen Zeitungen — sogar die sonst so vorsichtige Staatszeitung — haben sich beileb, sie ausführlich zu besprechen, und der Autor darf in öffentlichen Blättern ungehindert seine Segens hoffen. Mag immerhin das Buch hienun Laubis gegen die Staatsverwaltung enthalten, sein Erscheinen selbst ist das beste Lob der Regierung. Ohne der Obrigkeit, die — weit entfernt sich selber für unschuldig zu halten — auch der außer-ordentlichen Inzultung ihr volles Recht widerfahren läßt. Als ein satirischer Beweis dafür, daß das Censur-Regime vom 21. Decbr. v. J. nicht nur scheinbar eine freiere Bewegung der Presse bewirkt, wie Viele noch immer glauben, dürfte die Erfahrung der Schrift für uns wichtiger sein als ihr Inhalt.

Indem wir auf die Aufzählung, welche Börsen-Commercen über Volkssouveränität und ständische Verfassung liefert, später zurückzukommen gedenken, begnügen wir uns hier zwei Stellen der erwähnten Schrift, die Verwaltung betreffend, zur Bekräftigung unseres Urtheils anzuführen.

„So hüßsam — heißt es S. 108 der genannten Schrift — eine gute Verwaltung jedem Reiche wird, so bedarf doch Preußen derselben ganz besonders; nicht, weil die Nation unruhig und schwer zu regieren ist (sie zeigt sich sehr gehorlich), sondern weil Preußen eine Stellung in Europa eingenommen hat und erhalten muß, die es nur durch die Concentrirung aller seiner Kräfte zu behaupten im Stande ist. Wenn man

was theilich folgt, haben wir eine solche, so würde die Antwort lieber sein — nein! und ja! Ja, weil wir alles Material haben, eine solche zu konstruiren, und noch einmal Ja! weil nicht nur die unteren, sondern auch manche hohe Verwaltungswenige sehr gut organisiert sind und eben so gut gehandhabt werden. Nein, weil wir aus dieses Materials nicht so bedienen, wie es sein könnte, und weil eine große Lücke entstanden ist, die den Zusammenhang stört, und eine Verwirrung verursacht, die sehr nachtheilig auf den Gang der Geschäfte einwirkt. Unter Hardenberg's Verwaltung waren diejenigen organischen Gesetze gegeben, welche eben alle Kräfte eines so bedeutenden und wehrhäftigen Einfluß auf den Zustand Preussens gehabt haben. Mit seinem Abreten ist nicht nur ein Stillstand eingetreten, sondern ein Rückschritt. Diejenigen, die Hardenberg, und noch während seiner Verwaltung geschehen ist, am heftigsten getadelt haben, sind es, welche, als sie aus Ruhe kamen, durch den Rückschrittsgeist, den sie entwickelten, und durch die Verwirrung, welche sie in die Geschäfte gebracht haben, das Andenken an Hardenberg in der Nation frisch erhalten, so sind es, die dasjenige, was man früher an Hardenberg getadelt hatte, der Nation ganz vergessen gemacht haben, und es gibt nur einen Ruf, der lautet: „Reorganisation!“ —

Die Ministerien sollen nach der Idee der Central-Verwaltung und der Bestimmung der frühern Geschäftswahrung und der Natur der Sache den Vereinigungspunkt bilden, von welchem die ganze Leitung ausgeht. Sie sollen auf die Ausführung der Befehle und Anordnungen wirken, sie sollen sich in der Uebersicht des Ganzen erhalten und über die Reklamationen der Regiereten, wenn diese sich durch die Verwaltungs-Beörden für verletzt halten, entscheiden; sie sollen aber nie selbst verwalten. Jetzt ist es zum Theil anders. Die Ministerien betreten immer mehr ihren Verwaltungskreis aus und betreten dadurch eine Störung in dem regelmäßigen Gang der Geschäfte, verlihren sich in der Masse der Arbeiten, wovon oft Verzögerungen entstehen müssen; den administrativen Beörden wird dadurch die zu ihren Befehlen so nöthige Selbstständigkeit mehr oder weniger entzogen. Die Regierungen sind die eigentlichen Verwaltungs-Beörden, und müssen es immer bleiben, sie sind dazu bestimmt, sie sind dazu am geeignetsten, da sie sich mitten unter den Administrirten befinden, und sich am leichtesten eine Uebersicht von dem Gange der Dinge verschaffen können. Die Störung, welche die eben angeführten Verhältnisse verursachen, machen, daß eine gewisse An-

sichenden in den Massregeln der Regierung darthun, und betheiligen ihren Geschästskreis oft so sehr, daß sie die wichtigsten Sachen darüber zuurtheilen müssen, über welche diese Kraft ausüben wollen, ohne daß sie zur eigentlichen höhern Leitung gehören. Wenn die Regierungen in den Kreise ihres Wirkens solche Hand hätten, wie es in der Absicht des Königs lag, so würden sie sich viel vollständiger ausbilden, weil sie dann sich nur an die gesetzlichen Normen zu halten hätten, und für ihre Handlungen selbst verantwortlich wären; jetzt müssen sie oft mehr, was sie thun sollen, noch wollen. — Nicht minder nachtheilig wirkt es auf die würdige Erhaltung der Regierungen, daß die Befehle der untern Stellen in ihrem Verfügungs-Beytrathe nicht mehr, wie es sonst war, von ihnen, sondern in der Regel von Berlin erfolgt. Dies schadet offenbar dem Ansehen der Regierungen. Jetzt läßt Alles nach Berlin, weil man glaubt, dort sei die einzige Quelle, wo Hüfe zu finden sei, und veranlaßt in den Provinzen die Meinung, daß es nur darauf ankomme, sich dem eine Unterwerfung zu sichern. Vorhin ist aufmerksam darauf gemacht worden, wie wichtig es ist, daß die Verwaltung stark sei; daß kann sie nur sein, wenn sie die Macht hat und geübt ist. Wenn man aber das Volk wahrnimmt, wie gering der Einfluß der Regierungen ist, wie oft die Behörden selbst in Ansehung stehen, so fällt der Muthus fort, und weichen die Verwaltung umgeben sein sollte, und das muß vermieden werden.“ —

Mancher schreiet sich Vorurtheile durch Haß und Jactanz ausgesprochenen Wurm-Parasiten; allein da ihre Hauptbeschäftigung im Leben dieser Menschen besteht, da sich unter hundert Gegenständen der nichtszählbaren Art kaum einer findet, der mit Geist behandelt zu werden braucht, so gehen die eckeligen Wurm in den Geschäften unter, verlieren ihre Besenheit, verzehren der Geistesgaben und beläst ohne Nutzen für den Staat. Noch ein anderer Nachtheil beruht darin, daß die höchsten Verwaltungsstellen so von den laienhaften Geschäften abgelenkt werden, daß keine Zeit zur Beobachtung, zum Fortschreiten in der Zeit übrig bleibt; daher kommt es, daß an keine Verbesserung gedacht wird und werden kann, wenn sie auch noch so sehr groß im Bedürfnisse liegen. Nur hierin liegt der Grund, daß so Manches nicht geschieht, was geschehen mußte, und was längst beabsichtigt ist; es steht zu Allem an Zeit. Wir glauben nun, hinans den Schlag setzen zu müssen, daß nichts wichtiger sei, als solche Einrichtungen zu treffen, durch welche die Verwaltung wieder Herr über ihre Zeit werde,



und in die Lage kommt, sie freischelengebeter zu verwenden, als es ihr jetzt oft möglich ist. Welche Zeit in naher Zukunft in diese Richtung eine Reize ein. Sind wir gut unterrichtet, so steht auf keinem bedeutenden Punkte ein Geschäftsfreistellungsstand nahe bevor, und mit Freuden wird man die Unmöglichkeit der Vertheilung vernachlässigen, weil in selbiger die Würde der Reform liegt.“

(Königsberger Zeitung 1842. Nr. 72.)

## 2. F i n a n z e n.

Die widersprechende Schrift von Hütten-Commeren hat der rits mehr die widersprechende Mittheilungen in der Staatszeitung hervorgehoben. Der Artikel in Nr. 73. betitelt „zur Beurtheilung von Freunds Verfassung und Verwaltung“ enthält zwar, wie schon seine Ueberschrift andeutet, keine vollständige Kritik, allein er bezieht sich hauptsächlich Herrn v. Hütten Angriffe gegen die preuss. Finanz-Verwaltung in den Augen des Publikums ausführlich zu widerlegen. — Herr v. Hütten hat in dem Abdruck „Ministerium der Finanzen“ nachgewiesen, daß die Vermögensverhältnisse des preuss. Staates sich nicht, wie man aus der Schuldenzinsung von 35,678,000 Thlr. schließen konnte, seit 1821 um so viel verbessert, sondern daß im Gegentheil ihr heutiger Zustand sich um 50,021,000 Thlr. ungünstiger gestaltet habe, als es bei einer zweckmäßigen Verwaltung des Staatsschatzes hätte geschehen müssen. Diese Behauptung nun sucht der Artikel der Staatszeitung zu widerlegen. Herr v. Hütten soll „das charakteristisch Besondere, nämlich Anerkennen mit der eigenen Autorität so geschickt untermischt haben, daß mancher Leser das Eine vom Andern kaum noch unterscheiden kann.“ Und nun werden die einzelnen Angaben desselben näher betrachtet; bald als völlig falsch, bald als übertrieben dargestellt. Ein aufschreibendes Entschultat, in welchem angegeben werden, um wie viel der Herr v. Hütten Angaben von der Wahrheit abweichen, wird nirgend geliefert; obwohl ein solches von dem Verfasser des besprochenen Artikels, der dem Publikum, wie wir schon sehen werden, eine kleine große Reizung getraut, aus einer Menge einzelner Feststellungen sich eine Hauptsumme selbst herauszusuchen, wol mit Recht erwartet werden konnte. — Wer ist nun der Wahrheit näher gekommen, Herr v. Hütten oder der Verfasser des besprochenen Artikels? Wenn es gelungen, das Publikum von der Richtigkeit seiner Angaben zu überzeugen, Wahrscheinlich können von beiden; eine geglaubte Wahr-

jugung, eine mathematische Gewißheit darüber kann sich selbst der geübteste Theil des Publikums bei der jetzigen beschränkten Veröffentlichung unserer finanziellen Verhältnisse niemals verschaffen. Das ist der Punkt, den wir unserm Lesern deutlich vor Augen führen wollen.

Vor nicht langer Zeit ist in öffentlichen Blättern behauptet, daß nur völlig authentische, wirklich amtliche Artikel der Staatsregierung als offizell angesehen werden können; der betreffende Artikel ist ganz kurz L. & unterschrieben, steht also in dieser Hinsicht gegen die Wienerische Schrift, die wenigstens den vollen Namen ihres Verfassers auf der Stirn trägt, sogar in einem gewissen Nachtheile. Ist es nicht aber ein wahrhaft außerordentliches, daß selbst bei Fragen, wo es sich um Millionen handelt, das Publikum sich nicht völlige Ueberzeugung verschaffen kann? Zum Theil findet diese Uebelsand selbst in dem Artikel des Herrn L. & Anerkennung. „Für die Regierung“, sagt er, „wird sich vielleicht die Behauptung erheben, daß sich eine halbe Dessen nicht — halb, nicht sowohl auf das Reichthum, als in Bezug auf den Reichthum, in welchem und für welchen es nützlich wird — nicht fernem aufricht erhalten lassen: und lernen sollen und hoffentlich können wir ja Alle.“ Die reine auch nur theilweise Anerkennung dieser Wahrheit gerade in der Staatsregierung hat uns mit lebhaftem Vergnügen erfüllt. Aber leider ist es nur eine theilweise. Herr L. & will allerdings dem Reichthum beistehen, welche authentische Mittheilungen vom Staats empfangen, aber nicht diese Mittheilungen selbst erweitert wissen. Daß unser Staatshaushalts-Buch auf zwei Auserwählten, und nicht ausführlicher veröffentlicht wird, „wie Herr v. Böhm und der Verfasser der bekannten vier Fragen es verlangen“, hält er für zweckmäßig. Aber nicht weicht unsere Meinung von der seinigen völlig ab. Der Zweck solcher Mittheilungen ist die Bekanntschaft aller Staats-Bürger mit dem, was zu Erhaltung des Ganzen jährlich aufzubringen und zu verwenden ist. Das Obige vom 17. Januar 1820 ermahnt die Veröffentlichung des Haupt-Finanz-Status an, „damit Jedermann von dem wahren Bestande der Finanzen vollständig unterrichtet werde und sich überzeuge, daß nicht mehr an Ausgaben getrieben werde, als das bringende Bedürfnis für die innere und äußere Sicherheit, so wie zur Erfüllung der zum nahem Reichthum und zur Erhaltung des Staats eingezogenen Verpflichtungen unumgänglich nöthig mache.“ Nicht das bisher Geübte zu diesem Zweck hindert, wird daraus ersichtlich, es und in wie weit die Haupt-Finanz-Status,

die diese Vorausschlüsse für die Zukunft sind, in der Thatlichkeit haben befolgt werden können? Ueberall vermisse man das nöthige Detail. In diesem grossen Schema langen Budget können in der That nur die Netto-Überschüsse nach Abzug der eigentlichen Regie- und Erhaltungskosten aufgeführt werden. Hierüber sind wir einig. Nur möchten wir gern wissen, wie es möglich ist, aus einer solchen Netto-Angabe zu sehen, wie viel das Land mit demgemäss durchschnittlich der Einnahme an Ausgaben aufzubringen hat; müssen denn die Kosten der Regie und Erhaltung nicht auch vom Lande aufgebracht werden? Und wird sich nicht, wenn auch diese im Budget aufgeführt werden, die Summe, welche als Steuer auf dem Lande lastet, ganz anders ergeben als jetzt? Diese einfache Betrachtung wird uns zeigen, was wir von den häufigen Vergleichen zu halten haben; wie viel der Deutsche voraussetzt, wie viel der Franzose, der Engländer u. s. w. an Steuern durchschnittlich aufzubringen habe.

Herr L. K. meint: „wenn von den dazu Berufenen ein solcher Wunsch ausgesprochen würde, so könnte man näheren Einsicht in die Einnahmen und die Ausgaben, so wie der Nachweisung der bis jetzt aus dem Budget nicht ersichtlichen Verwaltungskosten kein wesentliches Hinderniß im Wege sehen.“ Wir glauben, daß Jeder, der an den Staatslasten mitwirken muß, auch ohne große Vorkenntnisse sich dazu „berufen“ fühlen kann, eine einigermaßen richtige Ansicht über Größe und Verwendung dieser Staatslasten sich zu erheben. Sollen Andere hinsichtlich anderer Ansätze sein, so bezweifle wir das sehr. Vertrauen zu unsern Seelen, die man doch wol für „berufen“ halten wird, daß sie bei nächster Gelegenheit diesen Wunsch aller Diejenigen, die sich überhaupt für vaterländische Angelegenheiten interessieren, Stimme geben werden. —

Herr L. K. fürchtet ferner, die Möglichkeit, eines dem Fiskus durch Budget können für Kinderunterstützung (der Wohlthätigen zu gewähren) zu Bewilligungen über die Höhe der Staatsschuld Anlaß geben. Haben wir denn noch immer nicht die Zeiten der Demagogik hinter uns überstanden? Wir wissen nicht, daß in Preußen in neuester Zeit irgend Anzeichen von Wohlthätigkeit vorgekommen sind; im Gegentheil glauben wir unser Volk berechtigt, die entschiedenste Anerkennung schenken zu wollen, legalen Sinnes zu seuchen. Allen selbst wenn solche Bewilligung sich finden, und abschlech aus einem voluminösen offiziellen Budget eine solche Darstellung ersparten wollten, so würde es für die

zur gestimmten Willen der Monarchie ein Verbot ist, solche blutige Verfassungen auf Sklaverei zu unterlegen. Während jetzt jener Wank durch die Kaiserliche Censur in ein unerschütterliches Stehen, in einen Zustand versetzt ist, und sich selbst durch die Wahrung des Herrn K. K. nicht völlig beunruhigt gefühlt hat; würde bei späterer Verwirklichung des Staatsvertrages durch ein unerbittliches Hochverrath die benutzte Wahrheit zur allgemeinsten Ueberezeugung gebracht werden können. —

In der That, Herr K. K., Monarch würde ein sehr nützliches Budget sein. Allerdings würde gewiß Mancher eine derartige reiche Tabelle scheuen; allein die Beträge würden dem großen Publikum gewiß sehr einen passenden Auszug bieten, bei welchem allgemessen Vorurtheil und der jetzigen übertriebenen Einseitigkeit die richtige Mitte hält. Die Staatsregierung gab bei Ertheilung des Censur-Vertrages zu bedenken, daß es viel halt an Stoff zu interessanten Aufsätzen über türkische Zustände geben dürfte; man gönne doch also uns belustigen Journal-Philosophen diesen unerschöpflichen Stoff einer ausschließlichen Widmung. Jedoch nicht ein schlechtes für die politische Bildung der Landtags-Deputirten, der Zeitung-Redactoren und Journalisten und wol auch noch manches andern lebendigen Patrioten in hohem Grade förderlich sein! Die Deutschen besitzen eine außerordentliche Bescheidenheit — eine Bescheidenheit, die von fremden Nationen selten beobachtet werden, wiewol gewöhnlich sehr leicht zu sein. Man hat uns oft für politisch unruhig erklärt, und unsere Bescheidenheit verachtet und, daß unsere politische Unruhe zu begreifen kann man es uns aber wol verzeihen, wenn wir den bescheidenen Wunsch hegen, und die Mittel nicht vorzuziehen zu sehen, allmählig sich zu ändern? —

(Erlanger Zeitung 1842. Nr. 74.)

### 3. Ueber das Verhältniß des slavischen Elementes in Preußen zum deutschen.

Deutsche Journale haben in den letzten Jahren Aufsehen bei den Ausländern gefunden, alle slavischen Stämme zu einem großen Slaveneiche allmählig zu vereinigen. Sei dies Wunsch gegründet oder ungegründet, so viel ist klar, daß das russische Cabinet mit Aufmerksamkeit Aufmerksamkeit und Energie darauf arbeitet, möglichst viele verschiedene Völker, welche heute dem russischen Czar unterworfen sind, in möglichst kurzer Zeit zu einem einzigen Reiche umzuformen, jhr Czar ein nationales Imperium

vertheilbarkeit möglichst schnell zu verrichten, wie denn Kapsler überhaupt das Fach nicht ist, in welchem man sich übertrieben Zeit läßt. Und diese consequente Richtung erhält eine bekräftigende Aufforderung an alle germanischen Staaten, deren Bevölkerung mit Deutschen Engländern gemischt ist, das Verhältniß dieses Elements zum germanischen näher ins Auge zu fassen.

Preußen hat von den drei Großmächten, welche zur Theilung Polens mitwirkten, für die Dauer den geringsten Gewinn aus diesem trübsigen Ereigniß gezogen. Aber muß es den deutschen Verehrern unseres Vaterlandes bei ihrem lebhaftesten Besitze die Gewissheit, der stärksten Eigenständigkeit der deutschen Nation, einestheils erfreulich sein, daß wir nur einen verhältnißmäßig geringen Theil der Länder, die jetzt unter dem neuen Gepräge der Hohenposten vertheilt sind, unsern Theilnahme an Ereignissen zu verdanken haben, die sich nach Begriffen des natürlichen Völkertums sehr leicht rechtfertigen lassen; andererseits müssen wir es aber gerade jetzt lebhaft bedauern, daß nicht ein größerer Theil des ehemaligen Polens unserm Reiche und glüklichen Herrschen unterworfen ist, der dem slavischen Elemente so viel Spielraum zu gewähren scheint, als die notwendige Einheit der Monarchie irgend erlaubt. Schon hören wir, daß der reiche polnische Adel des Großherzogthums Posen aus seiner finken Absperrung gegen die preussische Staatsmacht allmählig heraustritt; in Silesien wie in Westphalen scheint Posen der Mittelpunkt eines freudigen slavischen Nationallebens werden zu wollen, und diese Möglichkeit nationaler Entwicklung ist auch allein im Grunde, den polnischen Bewohnern des Großherzogthums das Gefühl des Wohlseins unter dem Schutze des mächtigen schwarzen Adels, das Gefühl ihrer Abhängigkeit an ihrem Monarchen und heftiger Vertheidigung mit ihrem deutschen Mitbürgern einzuflößen. Die Hoffnung, unter der Krone Preußens einer Entwicklung polnischen Lebens Raum gegeben zu sehen, singt schon an sich unter den intelligenten Polen zu verbreiten und ihre Blicke auf Posen und unsern erhabenen Monarchen hinzuwenden; aus diesen Gesichtspunkte betrachtet, war die Bitte der Polen in England an unsern König ein wichtiges Zeichen der Zeit. Doch das Verhalten der preussischen Regierung bei diesen Beschwerden kann immer nur ein negatives sein: sie kann wohl schlimme Beschränkungen und Hemmnisse wegzunehmen, allein polnische Wünsche für die andern Staaten, welche auch Theile des unglüklichen Polens sich anzeigen haben, werden es ihr schwierig gestalten, geradezu befehlend und erzwingend

bei solchen Befehlungen mitgetheilt. Hier hängt also Alles ab von den Wünschen der deutschen Bevölkerung der preussischen Monarchie den ihr verbundenen Polen gegenüber.

Es lassen sich hauptsächlich zwei verschiedene Wege in der Geschichte nachweisen, auf denen erobernde Völker die ihnen unterworfenen Nationen mit sich zu einem Ganzen zu amalgamiren suchen. Man strebt entweder die Unterworfenen durch mehr oder minder gemeinsame Maßregeln ihrem eigenen Nationalgute zu bezaubern und die Feinde der Freiheit ihnen aufzuzeigen; oder man läßt dem unterworfenen Volke Sprache, Gesetze, Sitten möglichst unangetastet, sucht durch Anknüpfung von Familienbanden, durch milde Sicherung der Unterworfenen eine dauernde Verbindung zu einem neuen, organischen Ganzen herbeizuführen, und hofft von der Zeit, was sich nicht augenblicklich erreichen läßt. Es kann und nicht wundern, wenn wir Stimmen laut werden hören, die alles Heil für Preußen in einer ganz allmählichen, aber doch abschließenden, systematischen Unterwerfung der polnischen Nationalität in seinen Provinzen erwarten. Es kann und nicht wundern, in gewissen deutschen Lagern solche Stimmen zu vernehmen, welche alle nationalen Befehlungen der preussischen Staaten mit geistigem Feinde bespötteln; dies kann und nicht wundern — wenn wir es wirklich über und vermocht haben, die ganze Richtung solcher Mäner einzuräumen zu beobachten. Betrachten wir aber die beiden angegebenen Wege der Verschmelzung verschiedenartiger Nationalitäten etwas genauer in einigen Beispielen, welche die Geschichte uns darbietet; sehen wir, zu welchem verschiedenen Urtum diese verschiedenen Wege gewöhnlich geführt haben, und überlegen wir, welcher von diesen Wegen der Eigenthümlichkeit der deutschen Nation am angemessensten ist.

Die Römer, diese consequenten Weltmeister, ließen den unterworfenen Völkern wenigstens in geringfügigen Wirkungskreisen meistens eine freie Bewegung nach ihren nationalen Einrichtungen. Zuweilen machten sie von dieser freien Politik gewisse Ausnahmen. So suchten sie z. B. Deutschland durch Einführung römischer Sprache und römischer Gesetze, durch Erziehung vornehmer junger Deutschen in Rom romanisiren; der Erfolg dieser Befehlungen war das Wort Nibelunge im Lantaburger Walde und mit ihr die Bemerkung römischer Herrschaft in Deutschland. Die Araber ließen den Weiß-Geckern auch eine gewisse Freiheit, allein sie unterwarfen sie einer Kesselfener, und behandelten sie als Ungläubige mit Verachtung. Die russische

Wirkung diese Politik war, daß der fröhlichere Theil des Gothen-Volkes sich in ungeduldige Vergessenden zurückzog, und von hier aus allmählig die fremden Eindringlinge wieder aus dem schönen Spanien verdrängte. Noch barbarischer verfahren die Türken mit den unterworfenen Völkern; allein trotz jahrhundertlanger Bedrückung haben sie die griechische Nationalität weder ausgerottet noch mit der ihrigen zu verschmelzen vermocht, und so ist fast ehundert Jahre nach Eroberung Konstantinopels ein neues griechisches Reich wieder entstanden.

Wir können noch mannigfaltige Beispiele aus der Geschichte anführen, welche Wirkungen systematische Vernichtungsversuche gegen die Nationalität eines unterworfenen Volkes gewöhnlich gehabt haben, allein die angeführten mögen genügen. Ein solches Streben kann nur dann zu einer nützlichen Vereinigung beider Nationen führen, wenn das unterworfen Volk so völlig unterworfen ist, daß es nur noch für materielle Interessen lebt. In diesem Falle wird aber die völlige Vereinigung des eroberten mit dem ganz erwerbigen unterworfenen Volke die entscheidendste Bedingung des neuen dadurch entstehenden Reich-Volkes zur nothwendigen Folge haben. In jedem andern Falle wird bei einer solchen Richtung der Herrschenden keine Vereinigung der verschiedenen Nationalitäten eher möglich sein, als bis entweder die Unterworfenen durch blutige Kriege völlig ausgerottet, oder die Eroberer wieder vertrieben sind. Kann man aber wol behaupten, die polnische Nation wäre bereits so erwerbige und in kranken Nationalismus untergegangen, daß man erlauben dürfte, sie würde auf ihre Nationalität ohne den vorgewiesenen Widerstand verzichten? Die Geschichte der Polen seit den unglücklichen Theilungen ihres Vaterlandes giebt die starke Antwort auf diese Frage. — Wir haben schon gesehen, wie schädlich eine absichtliche Vernichtung der Nationalität eines unterworfenen Volkes ist; die heutigen Zustände im benachbarten Königreiche Polen bezeugen uns noch deutlicher, wie wenig eine Regierung, die eine solche Richtung einschlägt, auf den Erfolg dieser Bestrebungen vertrauen kann. Die dort von angelegten Festungen, die zahlreichen russischen Truppenkörper sind ein schlagender Beweis, wie wenig man bei Erfolge gewiß ist bei jenen consequenten Anstrengungen, Polen durch Einführung russischer Sprache, Münze, Verwaltung, ja selbst durch Vertheilung der russisch-griechischen Kirche zu russigieren.

Betrachten wir jetzt den andern möglichen Weg, den ein Volk einschlagen kann, um ein fremdes, eingekeiltes zu einem einzigen Gan-

um mit sich zu verbinden. Es ist der Weg, welchen unsere gemeinsamen Interessen verfolgt haben, als sie auf den Trümmern der römischen Welt Herrschaft über Wege neuer Reiche gründeten, und ihren allmächtigen Einwirkung die heutige Befestigung der europäischen Staaten zu verdanken hat. Es sich mit Verachtung jener alten Vürstinnen auch sein mochten, als aus ihren wilden Umarmen über Frankreich, Italien, Spanien, Belgien hervordrangen, sie hatten ein allmächtiges, geheimes Gefüge der Willen und Verbindungen in sich, welches den Mangel höherer politischer Weisheit glücklich bei ihnen ersetzte. Griechen, Römer, Sassen, Langobarden trafen den unterworfenen Völkern den größten Theil ihrer Grundbesitzthümer, ihre Sprache, Religion und Gesetze; sie trafen durch zahlreiche Verbindungen mit ihnen und dadurch, daß sie ihnen oft die höchsten Staatsämter übertrugen, im Laufe der Zeit jede Abneigung der Besiegten glücklich zu überwinden; und auf diese Art sind die meisten neuen, europäischen Nationen entstanden; Spanien, Italien, Frankreich, Belgien, kaum liegt die Menschenkenntniß und historische Kenntniß ihrer Ursprung mit einer allmächtigen, stillen Beschönigung unspürbarlich sündige Elemente anzusehen vermag. Dies ist also das Verfahren, welches die Lehren der Geschichte gegen unsern politischen Willen uns anweisen; das Verfahren ist von unsern gemeinsamen Interessen fast immer befolgt worden, und es ist deutscher Eigensinnlichkeit wenig angemessen. Denn kein Volk ist so tolerant gegen fremde Nationalitäten als das deutsche; keinem wird es so leicht, sich mit demselben zu befunden.

Man sieht nicht, daß dieser Weg zu einer Verbesserung staatlicher Nationalität von der deutschen im politischen Sinne führen werde; eine solche liegt durchaus nicht in unserm Willen, und eine solche hat daher bis jetzt nicht ein milder Staat gehabt. Die römischen sogar anständig, daß Preußen mehr und mehr zu einem rein deutschen Staat sich entwickle; allein je mehr seine Spielraum bei Polen im gemeinsamen preussischen Vaterlande gelassen bleibt, desto weniger wird ihrer Annäherung an die Deutschen, desto lebhafter ihre Abhängigkeit an unsern erhabenen Herrschern sein. Das Slaventhum erwächst von Tage zu Tage für Deutschland zu einer größern Wichtigkeit; die Zeit steht vielleicht nicht so fern, in welcher es auf Deutschlands Geschick einen den so gewichtigen Einfluß ausüben wird, als Frankreich ihn vom schiffbrüchigen König bis zum Kaiser Frieden ausgeübt, und seitdem noch für die Ewigkeit in dieser





er nicht Hoff zu sehr von allem Realen entsetzt, es zu sehr darin bekehrt hat, über das Ideale erhaben zu sein. Die Brundungen der Deutschen um allgemeine und nationale Interessen möchte man daher nicht unpassend mit den ersten Versuchen eines Kindes zum Schreien und seinem spähesten Besinnen dabei vergleichen, da es bald über sich den Hintern aufschlägt, bald sie verfehrt in der Hand hält. Denn wer kann sich von eines Kindes entsetzen, wenn er die Erbauung eines Dampfschiffes zu Hamburg, um den wohlthätigen Fruchts einer hiesiger Dampfschiffahrtsgesellschaft nicht noch mehrthelms, wenn immer Frucht entgegen zu stellen, als eine wichtige deutsche Nationalsache anerkennen könnte? wenn die Erbauung einer deutschen Kolonie auf einem Inseln von wenigen Quadratmeilen in der Südr, laufende von Meilen von Deutschland entfernt, als eine deutsche Nationalsache dargestellt wird, von der alles Heil und aller Segen für unser Vaterland zu erwarten sei? wenn eine Festsitz im Teutoburger Walde irgend einem kaiserschlachten haben der Bergst ansteht wie eine Nationalfrage von der größtem Bedeutung berichtet wird? wenn ein Lied vom stillen deutschen Rhein verkündet und als heilige Nationalfrage behandelt wird, während jeder Deutsche weiß, daß wir eher solcher Reichthum und Prachtlicher als Abtheilung bedürfen, daß nicht von Westen, sondern von Osten her uns Gefahr droht, was wo wir schon einmal Hunnen und Mongolen die Freiheit und Civilisation Europa's geküßten? Daß dieß Alles, zu dem sich leicht noch manches andere Beispiel fügen ließe, nicht Nationalfragen d. h. Dinge sind, die das höchste Interesse des Volkes betreffen, beweist am besten die gleichgültige Kälte, mit der sie im Allgemeinen aufgenommen, die Gleichgültigkeit, mit der sie in Vergessenheit gerathen sind. Was wirklich Nationalfragen sind, darauf braucht ein Volk nie erst aufmerksam gemacht zu werden: fast instinctiv führt es die von selber heraus, und hält sie mit angestrichelter Besorgniß wie ein heiliges Palladium fest. Der Zollverein ist in Deutschland eine solche Nationalfrage; in England und Frankreich sind es die Verfassungen, die von ihrem Volke, ihrem Kammer und Parlament, ihrem verantwortlichen Ministern, ihrem öffentlichen Berichtswesen und ihrer freien Presse. Im ruhigen Besitze dieser wichtigsten Nationalgüter hält man hier nie von Nationalfragen und deren Nothwendigkeit sprechen.

(Hamburgische Zeitung 1842. No. 63.)

# 6. Umgestaltung der bürgerlichen Verhältnisse der Juden.

Schon vor einigen Wochen vertheilte sich in der Zeitungen des Reichs, daß man die Juden in unserm Staate von der allgemeinen Bürgerpflicht losprechen, ihnen jedoch den freiwilligen Eintritt in das Buer empfehlen wolle. Während die Massen nicht wußten, wie sie diese Sache aufnehmen sollten, glaubten scharfe Redacteure darin das Beste zu erkennen, die Juden ullaige Pflichten zu entbinden, um ihnen auch einige Rechte zu ertheilen. Diese Vorstellungen scheinen jetzt in Erfüllung gehen zu sollen. Eine eben in Breslau unter dem Titel: „Die gegenwärtig beschlossene Umgestaltung der bürgerlichen Verhältnisse der Juden in Preußen,“ erschienene Schrift gibt den Hauptinhalt des neuen Gesetzesentwurfes in folgender Art an: Damit die jüdische Religion und Nationalität ferner ungeschändet bewahrt werden, soll von Seiten der Gesetzgebung das Best der Annäherung der Juden in das Staatsganz nicht weiter fortgesetzt werden. Es sollen vielmehr von nun an die Juden im preussischen Staate politisch gesondert und mit besondern Rechten und Pflichten versehen Corporationen bilden, die ganz getrennt vom Staate ihre besondern eigensinnigen Entwicklung fortsetzen. Es sollen diese Corporationen in Betreff ihrer Angelegenheiten durch Deputirte aus ihrer Mitte bei den Großherzögen vertreten werden. Es sollen jüdische Schlichter für Schlichtung von Streitigkeiten, welche Juden unter einander haben, gewählt werden. Es soll das Recht des Besitzes von Grundstücken nach lokalen Verhältnissen beschränkt werden. Es sollen, um religiöse Grundstücke zu schonen, die Juden statt des Militärdienstes ein Abkündigungs- oder sogenanntes Wehrungsgebiß wählen; wer jedoch freiwillig in den Kriegsdienst tritt, soll von diesem Wehrungsgebiß frei sein und auf Wehrmann stehen können. — —

Wenn wir nicht irren, sehen wir hier denselben Geist, der uns die Phantasme einer Abothe-Kanonien, der Erneuerung von Klöstern und Innungen und mancher andern Dinge aus einer längst vergangenen Zeit vertheilt. Auch das Judenthum soll in seiner eignen häßlichen Gestalt widerhergestellt, es soll auf die Segnungen des Talmsud und in die häßlichen, engen, schmutzigen Judengassen vertrieben werden. Das Land, das den Christen und den Juden jetzt schon zusammenhält, soll zerfallen, die aufsteigende Proletarie in den Haß der Feindschaft verwandelt werden. Ist das christlich gehandelt? Ist das Jude, wenn wir ihn von uns stoßen, der in Gemeinschaft mit uns leben möchte?

Ist das die erste, vorurtheilfreie Gesinnung, die dem Gesetzgeber seine Aussprüche verschreiben sollte? Sagt Böhmer besonders Korporationen der Juden, jüdische Einmischung derselben abgesondert vom Staate, Befreiung ihrer Geschäftigkeit und ihrer Staatspflicht im Interesse der toten und mit und lebenden Juden? Das Festhalten verschiedener ungeschickter Formen in ihrer feindlichen Absonderung — heißt dies die historische Entwicklung verfolgen? Ist denn das Eingehen schon gescheiter Rechte der Weg, auf dem man das Judenthum dem Christenthume und der Gesamtbildung unserer Zeit zugänglich gemacht? — Gewiß auch würde die praktische Unausführbarkeit dieser Grundsätze sehr bald von ihrer Unrichtigkeit überzeugen; es würde in tausend Fällen zu der unangenehmsten Reibung mit den bestehenden Gesetzen des Staates und mit der öffentlichen Meinung kommen, die gewisser als manche Theorien des Vorurtheils schon lange die Juden als brave und tüchtige Bürger unseres Staates achte, und lieben gelernt hat. Endlich wo steht der Geist der Menschlichkeit, daß dieser sichere Grundlag für bürgerliche Verhältnisse, wenn ein Theil der Staatsbürger zu den Ausgaben und Abgaben des Staates gezwungen würde, ohne ihm das volle Äquivalent dafür zu bieten?

Wenn daher die Ausführung der oben erwähnten Grundsätze an diesen Schmelzsteinen scheitern würde, so beruhen auf der andern Seite die Prinzipien, aus denen sie hervorgegangen sind, auf falschen Voraussetzungen. Man will die jüdische Nationalität in ihrer Absonderlichkeit bemerken; aber die Juden selbst wissen weder etwas von dieser Nationalität, noch wollen sie etwas davon wissen. Der deutsche Jude will nichts anderes als ein Deutscher sein, und ist es seiner Sprache, Gesinnung und Bildung nach; er kennt kein anderes Vaterland als das deutsche; was geht es und daht es an, ob seine Vorfahren einst in Jerusalem wohnten? Haben doch genug Abkömmlinge von Franzosen, Engländern und Polen unter uns, die wir ohne solche jüdische Contraste ihren Stammbäume mit Recht für unsere Landeskunde halten. Wir Deutschen dürfen uns dann aber der Allen nicht als Eingewanderte ansehen, da wir wissen, daß unsere Vorfahren ebenfalls Eingewanderte sind. Sprecht man ferner von Bewahrung der jüdischen Religion, so werden die Juden dies zwar als Zeichen ihrer Dankbarkeit dem Staate hoch anrechnen, aber doch sich nicht des Bedünkens erwehren können, daß der Staat gerade die Sache ihnen ungeschmälert bewahren will, um desto williger er sie absondern, ja vielleicht aussondern zu müssen

glaubte. Sind die Juden in Folge ihrer religiösen Ansichten wirklich schlechte Staatsbürger, so habe man jede bürgerliche Gemeinschaft mit ihnen auf; dieses Rechte hat der Staat. Wenn die Erfahrung lehrt uns das Gegentheil; Niemand kann den Juden stilles Recht und noch mehr bürgerliche Tugenden wehren, absprechen, und wir hätten nach nicht, daß Frankreich, Belgien, Holland und Preussen es bereits bereits haben, ihnen alle Rechte des Staatsbürgerthums einzuräumen zu haben. Wenn überdies der Staat nicht anders als die höchstnützliche Einrichtung der stilschen und intellektuellen Kräfte der Menschen bezieht, so ist nicht einzusehen, warum der Jude nicht ebenso wie der Christ seine Anforderungen genügen, seinen Zwecken entsprechen soll. Der Staat in seiner Abstraktion kennt keinen Unterschied der Religion, und der Ausdruck: christlicher Staat, wenn er etwas anderes als vollkommener Staat sagen soll, ist eine leere Formel. Daß daher auch die preussischen Juden keine besondere Rechte und damit verbunden Korporationen verlangen, versteht sich von selbst. Sie erkennen das in unserm Staats geltende Gesetzbuch in allen seinen Theilen an, und unterwerfen sich ihm völlig; so sie haben die Bestätigung unserer Gesetze für sie ihrem gewährt, ihre ganze bürgerliche Stellung bedingendes Recht. Wenn christliche Gegner der Juden noch von einem besondern jüdischen Gemeinheitsrechte sprechen, das, einem besondern Partikularismus heiligend, sie unfähig mache, den Gesetzen des Staats vollständig zu gehorchen; so zeigen sie, daß sie keine Kenntnis von den inneren Verhältnissen des Judenthums haben, und nicht wissen, daß solche Abstraktionen der jüdischen Minderehre liegt bei innerhalb des Judenthums vorgegangenen Revolutionen als Opfer gefallen sind. Will man endlich, um das Gewissen der Juden zu schonen, ihnen den Mindertheil lassen, so warte man doch, bis sie selber im Namen ihres Gewissens darum bitten. Aufrecht Wissen hat mehr ihre völlige Ueberzeugung noch die Ritual sie verhindern, tapferen Theil an den Schicksalen des neuen Krieges zu nehmen.

In jeder Hinsicht müssen wir dem Nature bestimmen, welches schon im Jahre 1812 bei Vernehmung des Edikts vom 11. März besetzten Robert Hardenberg abgab: Ich kann, sagt er, kein Recht über Juden verfügen, das mehr als vier Worte enthält: „Gleiche Rechte, gleiche Pflichten!“ Sollte, was wir kaum glauben können, der Staat wegen aller dieser gereizten Gründe eigentümlichen eigentümlichen Ansichten folgen, und die Juden in besondern Korporationen absondern

von und wissen wollen, so nicht was das doch nie abhalten, was wir ihnen in Wissenschaft, Kunst und literarischer Thätigkeit verdanken, sondern anerkennen, und ihnen zum Danke für die größten und heiligsten Interessen der Menschheit die Dankbande zu reichen.

(Königsberger Zeitung 1843. Nr. 66.)

## 6. Das Bisthum zu Jerusalem.

Als St. Jean d'Acce, das ehemalige Proconsul, in einigen Stunden der christlichen Flotte erlag, schien selbst manchem Protestanten die durch zweihundertjährige Knechtsige vergeblich ersuchte Erhebung des heiligen Thrones leicht und — gerecht. Hatten doch Protestanten für die Legitimität des Thrones, — um ihm den Rest Rotta's zu sehen, — Schätze und Blut geopfert! Allen dieselbe Idee, welche früher alle Christen in der Begeisterung für einen heiligen Jerusalem vereinte, würde gegenwärtig Europa blutig erwidern. Dies sah die Politik recht ein, und so erfolgte die Errichtung eines preussisch-englischen Bisthums Jerusalem als unerwünschtes fremdes Aestankstümmel. Was soll das für das Resultat einer zwischen den betrachteten Regierungen geschlossenen Unterhandlung, bis die Intuition des Erzbischofs von Canterbury alle Welt belehrt, daß nicht mit England, sondern mit ihm verhandelt werden. Preußen trägt den größeren Theil der Kosten für dieses Bisthum, dagegen der Primas von England den Bischof zu ernennen und Bewillige, die denselb die 20 Artikel bekennen, hinzuschicken hat. Zwar kann Preußen Kandidaten vorschlagen, dem englisch-irischen Parlament steht jedoch das unbedingte Veto zu. Wichtigster Zweck des Bisthums ist: Bekehrung der zu Jerusalem wohnenden Juden. Ist aber — muß man fragen — diese Aufgabe in Europa schon zur Gänze gelöst? oder steht etwa die Willen der englischen Missionäre so glänzend, daß man Ursache hat, das Geschäft so großartig anzugehen? Nach der Erde, im Christus gelobt, gelitten und aufgestanden, von wo jeder arme Handwerker beauftragt (Matth. 10, 2. 8. 10.) zur Erhebung eines geistigen Reiches anzugehen, wird jetzt ein reich befehlter Bischof geschickt, um zu vollbringen, was selbst damals nicht gelang. Die Juden Jerusalems sollen bekehrt werden, welche zum großen Theile, nicht die Gefahren des Lebens, nicht die Unsicherheit der Wege scheuen, aus fernem Lande hingekommen sind, um endlich in heiliger Erde zu ruhen. Jeder Ewig predigt den dortigen Juden über Geschichte, jeder Fürst des Landes ist mit dem Worte ihrer Botschaft getränkt im

Kämpfe für Gerechtigkeit und Freiheit! Und sie sollten nun Angesichts der Kultur des Empirismus ihrem uralten Glauben überliefert werden? abweichend für einen Glauben, der sie den schrecklichsten Verfolgungen eines einseitigen Fanatismus preisgeben würde? Es handelt sich hier um das neue evangelische Bisthum, dessen Reich und Grenzen noch dem Himmel zu überlassen; denn die Muhammedaner behielten denselben der Befehle wie die Juden. Wir können ihnen aber selbst auch nicht seinen guten Erfolg prophezeien. Statt seinen Zweck zu erreichen, dürfte vielmehr das neue Bisthum den laien erzeugten Nationalismus in Jerusalem führen. Schon berichten die Zeitungen über Processionen der Pforte und über Mißhandlungen, die der Bischof in Jerusalem erlitten. Und nicht nur die Christen nicht er gegen sich haben; aus Fanatismus und Interesse werden auch die beiden christlich-katholischen Kirchen sich gegen die gleichfalls mit Angehörigen auf Klammern hingeworfenen vereinigen. Griechen und Katholiken werden über das Verhalten der Pforte in Aufregung geraten; denn seit drei Jahrhunderten haben gedruckte Evangelien nicht sowohl die Götzen des Reiches Christi unterworfen, als vielmehr Reformatoren bekämpft. —

Nun noch ein anderer Zweck als die Befreiung griechischer Juden wird von fremden Zeitungen und selbst von christlichen Politikern dem neuerrichteten Bisthum untergelegt. Man sieht darin einen Versuch oder entfernten Anknüpfungspunkt zur Einführung der anglikanischen Episkopalkirche in Preußen, und bringt damit die Nachricht in Verbindung, welche die Berliner Allgemeine Kirchenzeitung aus englischen und französischen Blättern mittheilt, „dass Könige von Preußen sich bei seinem Aufenthalte in London von der Geistlichkeit der Vorschlag gemacht, in Köln ein anglikanisches Bisthum zu errichten, welches über die vier am Rhein, in Baden u. s. w. mehrenden Engländer die Jurisdiction habe; und dieser Plan sei gütlich aufgenommen worden. Die Zeitungen knüpfen daran die Vermuthung, daß die Einführung auf denselben Bewegungen, wie bei dem Bisthum in Jerusalem, beruhe.“ — Es bedarf jedoch nur weniger Worte, um die Unwahrscheinlichkeit dieser Gerüchte und die gänzliche Unmöglichkeit eines solchen Unternehmens darzutun. —

Die deutsche Reformation ist ihrem Geiste und Ursprunge nach demokratisch; das Volk hat sie gemacht. Ein Mann des Volkes griff aus religiöser Ueberzeugung die Widersprüche der römischen Kirche muthig an, und wie diese folgten, fand auch der Papst nach. Erst später

maten die Kirchen heran, zum großen Theile gelodt durch Säkularisation der geistlichen Güter; die letzten Worte ward ihnen überlassen für das höhere Maas der Gewissensfreiheit. Vollständig ist die Reformation geblieben, weil der Adel, mit dem Aufstehen der hohen geistlichen Würden und reichen Pfründen, mit der Wiedereinsetzung des demüthigten Pflanzens in sein bloß evangelisches Ansehen, sich von der Kirche gelodet und die Theologie den Bürgerlichen überließ.

Die englische Reformation ist dagegen vom Throne ausgegangen, sie begann mit dem, was bei uns Folge war. Heinrich VIII. hob — die Ursache ist bekannt — in seinem Reiche die päpstliche Autorität auf, eignete sich die Supremacie über die Geistlichen an und jag zu Gunsten seiner Gesehn viele Klosterlöser ein, eher darum an der lutherischen Religion das Geringsste zu ändern. Erst unter Edward VI. wurden durch den Reichsrathes Rath und den Erzbischof Cranmer die Kirchenverfassung und Liturgie eingeführt, an denen die 39 Axiomartikel der Königin Elisabeth weniger geändert, als sie unantastlich feststelt haben. Die Klösterlöcher in der lutherischen Religion wurden aufhewerke durch Parlamentsbeschlüsse, sie selbst aber niemals abgeschafft. Da in England von vornherein die Supremacie des Königs eines Hauptgrundes der Reformation wie des Staates ansehnliche, ward Alles beibehalten, um sie statiander zu machen, so die unantastbare Nachfolge der Bischöfe, die Quantitätsverhältnisse ihrer Güter, die Lehren und dann eine zum Theil der alten Lehre entkommene Liturgie, durch deren Überlegung die Zeit des Königsvertrags beschränkt und die Phantasie des Volkes genugsam beschäftigt wird.

Von die anglikanische Episkopalische in Preußen einzuführen, willige — was in sich einen Widerspruch enthält — die unantastbare Nachfolge der Bischöfe selbst dem alten Namen nach wieder hergestellt, das Kirchengut ihnen zurückgestellt und die königliche Supremacie proklamirt werden. Dieses wäre ein Restitutions-Edikt, geeignet, unsere Ansehen zu vermindern, die Domänen, woraus das Staats-Defizit fundirt ist, zu schwächen und die — durch den westphälischen Frieden außer Frage gestellten Ansprüche des Papstes auf Rom heranzuerufen. Die Restitution würde der Papst gern annehmen, nicht nicht aber eine Supremacie, welche seiner Macht über die katholischen Bischöfe die größte Gefahr bräche. Auch würden diese zugewinnen, durch das Schicksal ihrer irrenden Amtsträger genannt, ihren geistlichen Oberhaupt bestimmen. — Nichtsden müßte die Union, selbst die



Reformation Luthers aufzuheben werden, da die unumstößliche Nachfolge unserer Bischöfe ohne Hilfe des englischen Primas nicht zu erlangen wäre und dieser sich weigern würde, sie zu consecriren, bevor sie nicht die 39 Artikel (die sich bekanntlich auf die Genfer Lehre stützen) bekennen hätten. Alles indessen zuzugeben, auch daß man den Gewandten das kostbare Recht der Wahl ihrer Pfarrer nähme, würden doch diese Bischöfe völlig iselirt ohne unsere anglikanische Beistandheit bestehen, indem unsere jetzigen Prediger sich einer rechten Ordination nicht süßlich unterziehen dürften. Wäre endlich selbst diese Schwierigkeit überwunden, so könnten doch die angestrebten Rechte nicht hinreichen, einer Episkopalirche ohne Bischofsstuhl in einem Oberhause das Ansehen der anglikanischen zu geben; weil zur politischen Existenz einer Staatskirche nochwendig die Gewandte gehört, daß ohne die gesagte Gewalt nichts an ihrem Gehrücken und ohne Zustimmung der Kirche (nämlich ihrer Repräsentanten) nichts im Staat abgeändert werden könne. Sollte endlich aus freier königlicher Entscheidung ein solch wohlbedachtes Vornahme vollzogen werden, so wird dieselb nicht geschehen für die Epre, Preußen zu einer englischen Illustirche zu machen.

Noch geringeren Bedenken ist die Annahme der anglikanischen Liturgie unterworfen. Der erste Schein dazu müßte die Aufhebung der eum, nicht ohne Widerspruch eingeführt, werden sein. Es bliebe aber ein für das religiöse Volksgesühl höchst gefährliches Experiment, den Gottesdienst, welchen es doch für eine brennende Nothwendigkeit seiner Kirche ansehen soll, häufig umzuwideln. Die anglikanische Liturgie ist aus einer Transaktion mit dem Katholizismus entstanden, sie hat mit ihm Ainde, was sie wesentlich behält, gleichen Ursprung, und wird von demselben Geistes und Disziplin umschlossen. Sollte diese Liturgie ohne weiteres Schutzmantel bloß um ihrer Ordnung willen bei uns eingeführt werden, so würde nicht abzusehen, warum das Volk nicht noch consequenter sein und sich dem so nahe liegenden, viel herrlicheren katholischen Gottesdienste zuwenden dürfte; wenigstens wäre es alsdann gegen unsiliche Unternehmungen sicher gestellt.

Ohne Luthers Namen aus der Geschichte und aus dem Volkstheumstän zu tilgen, läßt sich selbst die englische Liturgie bei uns nicht einführen. Wir vermessen der Weisheit unserer Regierung und haben daher jede Furcht vor etwaigen Uebergriffen der anglikanischen Kirche für uns völlig leer, gründliche Beforgniß.

(Rheinischer Zeitung 1842. Nr. 74.)

## 7. Deutschland und der Bundestag.

Deutschland steht jetzt da, denn je zuvor, nach Einheit und nationalpolitischer Bedeutung. Keine der vielen Bismarckverordnungen hat mehr die Macht, — gleich den ehemaligen Verfügungen — die Seinsweise gegen einander zu führen oder gar der Fremdherrschaft zu weichen. Als vor Kurzem der Rhein bedroht ward, rüstete sich die spanische Jugend, und gleiche Hilfe würde uns vom Rheine zufließen, hätten wir irgend einen Andrang feindlicher Mächte abzuschrecken. Wäre die Gegenwart sich immerhin solcher Thatfachen freuen, um lassen sie sich dadurch nicht zu einer sorglosen Unthätigkeit verleiten; man wende sich nicht über die mannigfachen Hindernisse, die dem Eintraben nach nationaler Kraft und Einheit noch im Wege stehen. — Vor Allen haben wir hierbei die Stellung, welche die deutschen Staaten einseitig dem Auslande und andererseits dem hohen Bundestage gegenüber einnehmen, ins Auge zu fassen. Wer mit Unbehagen stimmt die Deutschen es anzusehen, daß sie in ihren auswärtigen Beziehungen nicht als Gesamtheit repräsentirt werden, daß zwar für und über sie, doch immer ohne sie verhandelt wird. Größer und mächtiger als irgend ein europäischer Staat, verschmähete Deutschland an politischer Bedeutsamkeit selbst gegen Holland, und doch wird eine Nation erst nach Rücksicht des Auslandes, welches sie dem Auslande gegenüber sich zu verschaffen will, gehet und gesüchtet. Das heilige römische Reich, obgleich im Innern zerfallen und oftmals von seinem großen Wohlstand verfallen, aber doch noch außen einen mächtigen Janus darstellte. Ein sicheres Oberhaupt war vorhanden, und die — unter einem kräftigen Kaiser wenigstens mögliche Einheit verleihte eine Ehre, gleich der vor einem schlafenden Riesen. Dadurch allein ist es erklärlich, wie das schon seit Jahrhunderten marode Gebäude sich so lange erhalten konnte und erst vor dem Sturme zerfiel, der — wo es seiner Herrschaft galt — von keinem hohen Schicksal sich blenden ließ. In die Stelle trat ein thrones Oberhaupt, welches doch die Einheit Deutschlands repräsentirte, ist gegenwärtig der hohe Bundestag getreten. Allein dieses — dem konstitutionellen Weltreiche entnommen und auf einem Monarchenbau angeordnete Institut vermag schon desshalb nicht Gleiches zu leisten, weil es, — lediglich nach innen gerichtet, — zum Auslande in keiner direkten Beziehung steht, sondern bei den fremden Höfen nur durch die Gesandtschaften der beiden zum Bunde gehörigen Großmächte mit vertreten wird. Es gleicht hierin unser Vaterland dem

einmüthigen Volke, welches lange Zeit fremde Besatzungen ohne Widerspruch dulden und eben darum gützlich gesünder, niemals geschwächt wurde. — Je geringer die Widerstandskraft des Bundes nach außen erscheint, desto entschiedener thut sie sich den einzelnen Bundesstaaten gegenüber kund. Nichts der Aufhebung der in Weimarberg verfassungsmäßigen Pressefreiheit sind es besonders die Beschlüsse vom 28. Juni 1832, deren hier Erwähnung geschehen muß. Aufolge des ersten Artikels derselben soll, da die gesammte Staatsgewalt in dem Oberhaupt des Staats vereinigt bleiben muß, jeder deutsche Souverän zur Vertheilung einer hiemit in Widerspruch stehenden Portion der Erlasse berechtigt und verpflichtet sein; — der zweite Artikel bestimmt, daß die Landstände die zur Führung der Regierung erforderlichen Steuern weder auf eine mittelbare noch unmittelbare Weise verweigern dürfen; — der vierte Artikel sagt ferner: „um die Rechte und Gerechtsame des Bundes und der den Bund repräsentirenden Versammlung gegen Eingriffe aller Art sicher zu stellen, zugleich aber in den einzelnen Bundesstaaten die Handhabung der zwischen den Regierungen und ihren Ständen bestehenden verfassungsmäßigen Verhältnisse zu erleichtern, soll am Bundestage eine mit diesen Geschäften besonders beauftragte Commission errannt werden, deren Bestimmung sein wird, insbesondere auch von den ständischen Verhandlungen in den deutschen Bundesstaaten fortwährend Kenntniß zu nehmen, die mit den Verpflichtungen gegen den Bund oder mit den durch die Bundesverträge garantierten Regierungsgerechten in Widerspruch stehenden Urtheile und Beschlüsse zum Gegenstande ihrer Aufmerksamkeit zu machen, und der Bundestagsversammlung davon Anzeige zu thun, welche demnach, wenn sie die Noth zu nothwendigen Erörterungen geahndet findet, solche mit den dabei theilhabenden Regierungen zu veranlassen hat;“ — nach dem Sinne Artikel endlich ist „zu einer Auslegung der Bundes- und der Schlußakte mit rechtlicher Wirkung nur allein und ausschließlich der deutsche Bund durch das Organ der Bundestagsversammlung berechtigt.“ — — Entwirft man diese Beschlüsse näher, so ist offenbar, daß durch dieselben dem hohen Bundestage eine große — die deutschen Souveränen berechnende und überwachende Macht anhebt und diesen Souveränen selbst bei Ausübung der Staatsgewalt nur eine beratthende Mitwirkung zugesprochen wird. Dem Bund endlich nach Frankfurt gerichtet, ohne jene Erhebung, die das Gefühl eines großen mächtigen

Staats anzugehen erlaubt, sind die deutschen Völker dem Gesamt Vaterlande gegenüber als bloße Provinzialstände zu betrachten, die nur über Bundesinteressen befragt werden. Wagt irgend ein Mitglied über die engen Grenzen seines Staates hinauszugehen und das Wohl des gesamten Deutschlands in den Kreis öffentlicher Berathung zu ziehen, so wird ihm solches als ein Eingriff in fremde Rechte verurtheilt oder die Einheitsversammlung, wenn sie ihm bestimmt, entlassen. Vorgänge, wie wir sie neuerdings in Baden, Hessen und Hannover erlebt haben, dürfen nicht übersehen werden, wenn man über die jetzigen Erfolge ständlicher Berathungen ein gerechtes Urtheil fällen will. —

Über das Werden der deutschen Stämme nach nationaler Kraft und Einheit wird trotz aller Harmonie nicht ohne Erfolg sein; denn der Stern des Heils ist bereits von Osten her aufgegangen. Preussens König fühlt, daß sein Staat von einer Größe die nur andern in Bestimmung und Bildung, in Schmerz und Hoffnung durch und durch deutsch ist, daß Preußen und Deutschland einander nothwendig ergänzen müssen. Wie durch Verankerung — ein einziges Gefühl hat dabei gewirkt — ist das hehrliche Wort „Preussenthum“ aus unserer Sprache geschwunden. Täglich geschehen Schritte, Andeutungen, die zu den schönsten Hoffnungen berechtigen. Die Presse darf von ihrem langjährigen Zwange anstehen, öffentliche Berathbarkeit nicht anzuzeigen und — wie Niemand bezweifelt nach der königlichen Weisheit, um gelegentlich sein Volk zu beglücken. Das neue Circular hat uns nicht bloß die wohlgeordnete Besprechung preussischer Zustände freigegeben, es hat uns zugleich das gesamte deutsche Vaterland erschlossen; was durch den Hohenstamm für dessen materielle Interessen geschehen, wird durch das Circular für die geistigen wenigstens vorbereitet.

Sobald Preussens Verfassung durch freisinnige Institutionen verändert ist, werden alle deutsche Völkerstämme der Befreiung nach in Eins verwechseln, wird das freie Deutschland auch mächtig sein. —

(Ebnigsdorger Zeitung 1842. No. 96.)





200-

E 258224

26. Sp.

2007



302







ROTANOX  
oczyszczanie  
VI 2015



Inländische Zustände

KR IV.4.3

nr inw. 34925